

Politische Themen in Europa

01) Die Verfolgung von Julian Assange: 40 Rechtsgruppen fordern die Freilassung von Julian Assange. Nichts gelernt aus der Dreyfuss-Affäre Von Alfred de Zayas

15. 05. 2021



Bild: <https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/over-40-rights-groups-call-on-uk-to-free-julian-assange.html>

Die Wiederholung der Plattitüde, dass Demokratie von Transparenz und Rechenschaftspflicht abhängt, mag überflüssig erscheinen, doch wie oft wurde in jüngster Vergangenheit die demokratische Ordnung von unseren politischen Spitzen verraten? Wie oft schon haben Medien ihre Kontrollfunktion aufgegeben? Wie oft haben sie nur die Rolle der Echokammer für die Mächtigen von Regierungen und transnationalen Konzernen gespielt?

Neben all den Skandalen und dem Verrat an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erleben wir die mediale Verfolgung unbequemer Journalisten durch Regierungen und ihre Vollstrecker. Das vielleicht skandalöseste und unmoralischste Beispiel multinational-korrupter Rechtsstaatlichkeit ist der „*Rechtskrieg*“, welcher gegen Julian Assange, den Gründer von Wikileaks, geführt wird. Im Jahr 2010 hat Assange Kriegsverbrechen und

Verbrechen gegen die Menschheit aufgedeckt, welche die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten in Afghanistan und im Irak begingen und in Erklärungsnotstand brachten.

In einer Welt von Rechtsstaatlichkeit, würden solche Kriegsverbrechen sofort untersucht und in entsprechenden Ländern zur Anklage gebracht haben. Aber nein – der Zorn der Regierungen und Medien trifft stattdessen denjenigen Journalisten, der es gewagt hatte, diese Verbrechen aufzudecken. Die Verfolgung von Assange stellt den konzertierten Angriff auf den Rechtsstaat durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Schweden und den Nachzügler Ecuador dar. Die Instrumentalisierung der Justiz – nicht um der Gerechtigkeit willen, sondern um einen Menschen zu vernichten – zog immer weitere Kreise einer gemeinschaftlich-kriminellen Verschwörung nach sich: mit Verleumdungen, aufgebauschten Anschuldigungen, Ermittlungen ohne Delikt, mutwilligen Verzögerungen und Vertuschungen.

Im April 2021 veröffentlichte mein Kollege, Professor Nils Melzer, der *UNO-Sonderberichterstatter für Folter*, eine akribisch recherchierte und methodisch unangreifbare Dokumentation über diese schier unglaubliche Saga. Sein Buch **„Der Fall Julian Assange“** (*Details dazu siehe unten*) kann bestens als das **„J'accuse“** – unserer Zeit herhalten. Das Buch soll erinnern, wie die Behörden uns verrieten und wie vier Regierungen bei der Korrumpierung des Rechtsstaates kollaborierten. So wie Emile Zola im Jahr 1898 in Frankreich das Lügengeflecht rund um das skandalöse Gerichtsurteil gegen den französischen Oberst Alfred Dreyfuss aufdeckte, schockiert uns Nils Melzer 122 Jahre später mit dem Beweis, wie Länder, die sich angeblich der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten verpflichtet fühlen, mit Mainstream-Medien als ihre Komplizen das demokratische Ethos verraten. Melzer schreibt über **„konkrete Beweise einer politischen Verfolgung, groben Willkür seitens des Justizapparats mit vorsätzlicher Folter und Misshandlung.“**

Es ist ein enorm wichtiges Buch, weil es von uns verlangt, unsere **„Komfortzone“** zu verlassen, um von unseren Regierungen Transparenz und Rechenschaftspflicht einzufordern. In der Tat ist es skandalös, dass keine der vier am Komplott beteiligten Regierungen mit Professor Melzer kooperierte, doch diese es vorzogen **„politische Plattitüden“** abzusondern. Ich selbst erfuhr denselben Mangel an Kooperation von mächtigen Staaten, nachdem ich an diese Verbalnoten zu Menschenrechtsverletzungen sandte: Keiner der Staaten hat eine zufriedenstellende Antwort erlassen.

Melzer erinnert uns an Hans-Christian Andersens Fabel **„Des Kaisers neue Kleider“**. So halten alle am Assange-Komplott Beteiligten konsequent an ihrer Illusion der Legalität fest, doch wiederholen nur Unwahrheiten, bis ein Beobachter fragt: **„Wo sind des Kaisers Kleider?“** Das ist der Punkt. Eine **Justiz ohne Kleider** verabsäumt sich der Gerechtigkeit zu verschreiben und nicht an der Verfolgung eines Journalisten zu beteiligen, mit allen Konsequenzen, die ein solches Verhalten für den Fortbestand der demokratischen Ordnung bedeutet.

Melzer überzeugt durch Fakten und zeigt, dass wir in einer Zeit der **„Nach-Wahrheiten“** angekommen sind und es in unsere Verantwortung fällt, diese Situation jetzt zu bereinigen, bevor wir in einer Tyrannei aufwachen.

Zum Autor:

Professor Dr.iur. et phil. Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der *Genfer Schule für Diplomatie* und war in hohen Funktionen für die Vereinten Nationen im Sekretariat für Menschenrechte tätig.

Zum Buch von Nils Melzer:



Einer der größten Justizskandale aller Zeiten

Mit dem „Afghan War Diary“ veröffentlicht WikiLeaks 2010 das größte Leak der US-Militärgeschichte, mitsamt Beweisen für Kriegsverbrechen und Folter. Kurz danach verdächtigt Schweden WikiLeaks-Gründer Julian Assange der Vergewaltigung, und ein geheimes US-Schwurgericht ermittelt wegen Spionage. Als ihn Ecuador nach jahrelangem Botschaftsasyll der britischen Polizei überstellt, verlangen die USA sofort seine Auslieferung und drohen mit 175 Jahren Haft.

Nils Melzer, UNO-Sonderberichterstatter für Folter, will sich zunächst gar nicht auf den Fall einlassen. Erst als er Assange im Gefängnis besucht und die Fakten recherchiert, durchschaut er das Täuschungsmanöver der Staaten und beginnt den Fall als das zu sehen, was er wirklich ist: die Geschichte einer politischen Verfolgung. An Assange soll ein Exempel statuiert werden – zur Abschreckung aller, die die schmutzigen Geheimnisse der Mächtigen ans Licht ziehen wollen.

Dieses packende Buch erzählt erstmals die vollständige Geschichte von Nils Melzers Untersuchung und ist zu bestellen unter:

[Der Fall Julian Assange — Piper Verlag](https://www.piper.de/buecher/der-fall-julian-assange-isbn-978-3-492-07076-8)

<https://www.piper.de/buecher/der-fall-julian-assange-isbn-978-3-492-07076-8>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die EU hat gerade den Mehlwurm als Lebensmittel zugelassen

08. 05. 2021



Foto: Marius Wenk, Wikimedia Commons

Sind wir auf dem Weg in eine Zukunft, in der wir Insekten essen? Die EU signalisiert, dass das trotz Opposition schneller Realität werden könnte, als viele denken

Die Europäische Union hat soeben genehmigt, dass Mehlwurmlarven künftig als Lebensmittel vermarktet werden dürfen. Damit hat zum ersten Mal eine Insektenart eine EU-Zulassung als Nahrungsquelle erhalten, berichtet die ungarische Tageszeitung *Magyar Nemzet*.

Eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten stimmte am Dienstag für die Aufnahme in den Marktvorschlag, was die Mehlwurmlarven zu einem „neuartigen Lebensmittel“ macht. Das Insekt wird sowohl als Rohkost als auch in verarbeiteter Form vermarktet werden können.

Die EU-Entscheidung gilt für alle Mitgliedsstaaten, obwohl Ungarn gegen die Zulassung war, sagte das ungarische Amt für die Sicherheit der Lebensmittelkette (Nébih) in einer Erklärung und fügte hinzu, dass es nach Ansicht Ungarns in Europa keinen Proteinmangel gibt, der die Verwendung von Insektenproteinen für Lebensmittel rechtfertigen würde. Außerdem hat der Kontinent keine Tradition, solche Proteinquellen zu konsumieren.

Nébih betonte auch, wie wichtig es ist, vor der Einführung dieser Proteinquellen entsprechende Untersuchungen zur Sicherheit der Lebensmittelkette, zur Kennzeichnung und zur Aufklärung durchzuführen. Die Mehlwurmlarve ist das erste essbare Insekt, das EU-weit auf den Markt gebracht wird.

Reduktion oder Abschaffung des Fleischkonsums langfristiges Ziel der Linken

Linke Publikationen werben nun schon seit Jahren für den Verzehr von Insekten, wie z. B. die *New York Times*. In der Publikation erschienen Artikel wie „Why Aren't We Eating More Insects?“ und „Lesson of the Day: ‚How to Develop an Appetite for Insects‘ “.

Es gibt Befürchtungen, dass die politische Elite des Westens die Steuern auf den Fleischkonsum anheben und damit die Bauern, die sich mit der Aufzucht von Rindern und anderen Tieren beschäftigen und schon jetzt oft um ihren Profit kämpfen, in den Ruin treiben wird, während gleichzeitig billige alternative Nahrungsmittel auf Insektenbasis eingeführt werden, die nicht besteuert werden, alles im Namen der grünen Revolution. In einem solchen Szenario könnten sich nur noch Menschen mit höherem Einkommen regelmäßig Fleisch leisten.

Eine „Fleischsteuer“ wird bereits in Ländern wie Deutschland diskutiert, wobei der Vorschlag von der Christlich-Demokratischen Union (CDU), den Grünen und der Sozialdemokratischen Partei (SPD) unterstützt wird, während sich die Oppositionsparteien Alternative für Deutschland (AfD) und Die Linke gegen den Vorschlag aussprechen.

Die Regierungen könnten jedoch auf heftigen Widerstand stoßen, wenn es darum geht, den Fleischkonsum ihrer Bürger zu reduzieren oder ganz aus dem Speiseplan zu streichen. Eine in Australien durchgeführte Umfrage ergab, dass 73 Prozent der befragten Männer lieber 10 Jahre früher sterben würden, als auf Steaks und Burger zu verzichten. Während 81 Prozent der Befragten angaben, dass sie sich um das Klima sorgen, sagten 78 Prozent, dass sie nicht in Betracht ziehen würden, auf Fleisch zu verzichten.

Europa sagt, dass Käfer „für den menschlichen Verzehr geeignet“ sind

Vor der Abstimmung hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in ihrer im Januar veröffentlichten Stellungnahme erklärt, dass die aus den Larven des Mehlwurms hergestellten Lebensmittel für den menschlichen Verzehr geeignet sind. Die EU-Behörde hat einen Bericht über den Antrag auf eine Gemeinschaftszulassung erstellt.

Der offizielle Beschluss gab grünes Licht für die Verwendung des Mehlwurm-Mehls durch die Lebensmittelindustrie, da die Agentur der Ansicht ist, dass Zubereitungen aus Insektenlarven unter bestimmten Zucht- und Zubereitungsbedingungen sicher, gesund und proteinreich sind.

Die Wissenschaftler der EFSA wiesen auf die eindeutigen Umweltvorteile von Proteinen auf Insektenbasis im Vergleich zu herkömmlichen tierischen Proteinen hin, räumten aber auch die kulturelle Herausforderung bei der Einführung von Insekten als Lebensmittel ein.

„Es gibt kognitive Gründe, die sich aus unseren sozialen und kulturellen Erfahrungen ableiten, den so genannten ‚Ekelfaktor‘, die den Gedanken, Insekten zu essen, für viele Europäer abstoßend machen. Mit der Zeit und der Exposition können sich solche Einstellungen ändern“, schreibt Giovanni Sogari, Sozial- und Verbrauchersforscher an der Universität Parma, im EFSA-Bericht.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Dénes Albert)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Giorgia Meloni künftige Ministerpräsidentin Italiens?

Von Lionel Baland

18. 05. 2021



Giorgia Meloni - Foto: Breizh-Info

Während die beiden patriotischen Parteien Italiens, die Liga und die Fratelli d'Italia, seit Monaten zusammen bei 40% liegen, verändert sich das Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden politischen Formationen mit der Zeit. Die Lega von Matteo Salvini, die bei den Europawahlen im Mai 2019 34,26% erhielt, ist in den Umfragen auf 21 oder 22% gefallen. Die Umfragewerte von Giorgia Melonis Fratelli d'Italia, die bei den Europawahlen 6,44% bekamen, sind hingegen auf 19% angestiegen. Silvio Berlusconis konservative Partei, Forza Italia, wird mit über 6,5% angegeben.

Giorgia Meloni konkurriert mit Matteo Salvini um die Position des künftigen Ministerpräsidenten

Es wird erwartet, dass diese drei Mitte-Rechts-Parteien die nächsten Parlamentswahlen, die spätestens im Mai 2023 stattfinden, gewinnen werden. Der Führer der führenden Mitte-Rechts-Fraktion würde dann das Amt des italienischen Ministerpräsidenten erhalten. Während bis jetzt Matteo Salvini als stärkster Anwärter angesehen wurde, machen die stetige Erosion der Lega in den Umfragen und der Aufstieg der Fratelli d'Italia nun Giorgia Meloni zu einer ernsthaften Kandidatin.

Die Ernennung von Giorgia Meloni zur Vorsitzenden der EP-Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten sowie die Tatsache, dass sich die Fratelli d'Italia in Opposition zu der im Februar 2021 angetretenen Regierung von Mario Draghi befinden – eine bunt zusammengewürfelte Koalition, bestehend aus der systemfeindlichen 5-Sterne-Bewegung (M5S), der Lega, der Mitte-Links-Partei der Demokraten, der Forza Italia, der

Partei Italia Viva des ehemaligen Ministerpräsidenten Matteo Renzi, dem linken Wahlbündnis Frei und Gleich, dem Demokratischen Zentrum, +Europa und Wir mit Italien – hat den Aufstieg der Fratelli d'Italia unterstützt.

Ich bin Giorgia

Giorgia Meloni, hat gerade ein Buch mit dem Titel *Io sono Giorgia: Le mie radici, le mie idee* (Ich bin Giorgia: Meine Wurzeln, meine Ideen) veröffentlicht, in dem sie ihre Vergangenheit und ihre Ziele skizziert. In einer Sendung des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders Rai 3 erklärte sie ganz klar und deutlich, dass sie sich darauf vorbereitet, die Nation zu führen. Sie sagte, dass ihre ersten Maßnahmen eine Politik der Unterstützung für Unternehmen durch eine Reduzierung von Steuern und Bürokratie sowie eine Pro-Geburtenpolitik sein würden.

Territorium oder Nation?

Als sie in der Sendung Rai 3 nach den Unterschieden zwischen den Fratelli d'Italia und der Lega befragt wurde, sagte Giorgia Meloni, dass letztere mehr mit einer territorialen Dimension verbunden sei, während ihre Partei das Konzept der Nation vor Augen hätte.

Zum Beispiel hatte die Lega die Unabhängigkeit Kataloniens verteidigt, während dies für Meloni nicht möglich ist, weil sie glaubt, dass der Nationalstaat nicht in zwei oder mehr Einheiten aufgeteilt werden kann.

Giorgia Meloni stellte dann klar, dass Lega und Fratelli d'Italia zwar unterschiedliche politische Formationen seien, aber Gemeinsamkeiten und Konvergenzen der Ideen haben; sie schlussfolgerte daraus: „Ich glaube, dass wir zusammen regieren werden.“

Quelle: [Breizh-Info](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Italiener wollen mehr Kinder und nicht mehr Einwanderer

Von Arnaldo Ferrari Nasi, Gründer und Leiter von AnalisiPolitica.it

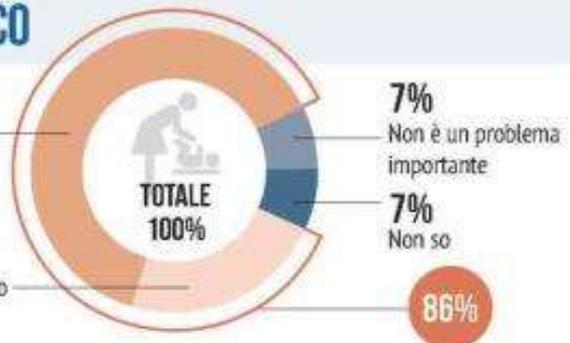
17. 05. 2021

QUALI SOLUZIONI AL CALO DEMOGRAFICO

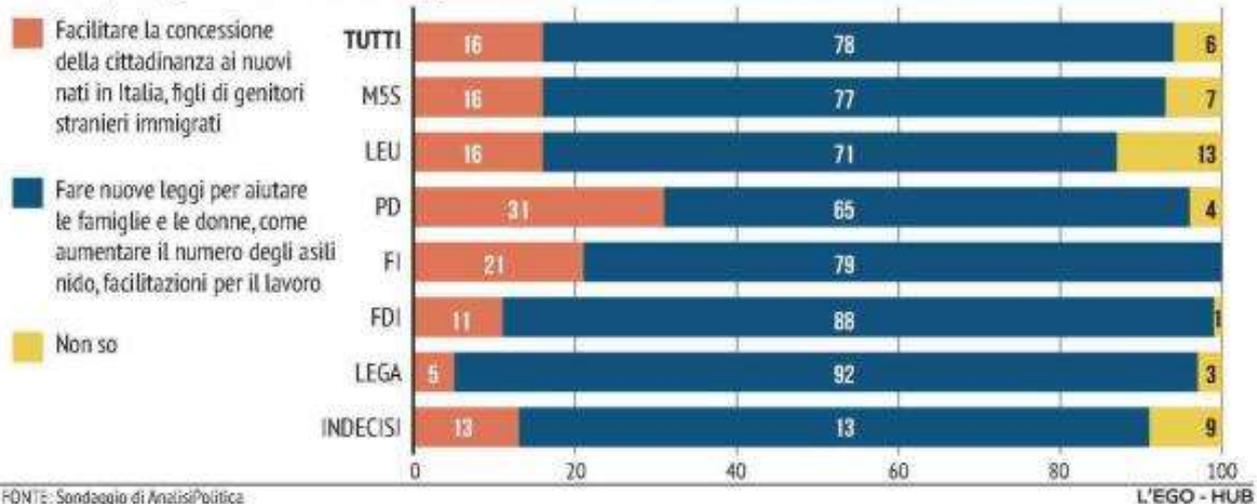
SECONDO LEI,
IL SEMPRE MAGGIORE
CALO DELLE NASCITE,
IN ITALIA...

63%
È un problema importante
e il governo deve
occuparsene molto presto

23%
È un problema importante,
ma il governo
non deve occuparsene così presto



PER CERCARE DI RISOLVERE VELOCEMENTE, ALMENO IN PARTE, IL PROBLEMA DELLE POCHE NASCITE IN ITALIA, TRA QUESTE DUE PROPOSTE, QUALE PENSA SIA LA MIGLIORE SOLUZIONE SU CUI PUNTARE?



Bildquelle: Il Libero

Einer Umfrage von AnalisiPolitica zufolge sind 86% der Italiener der Meinung, dass die Regierung denjenigen, die Kinder haben, helfen sollte, um das Problem der Kinderlosigkeit zu lösen. Nur 16% unterstützen die Verleihung von Staatsbürgerschaften nach dem jus soli; dieses von der Demokratischen Partei propagierte Konzept findet in der Bevölkerung somit keinen Widerhall.

In Italien wird seit Jahren ein stetiger Bevölkerungsrückgang registriert; genauer gesagt seit fünfundvierzig Jahren. 1976 hatte ISTAT bescheinigt, dass die Geburtenrate des Landes unter das „Bevölkerungsersatzniveau“ fiel, das heißt, dass jede Frau im Durchschnitt weniger als zwei Kinder bekam. In den 90er Jahren gab es einen zaghaften Anstieg des Wertes, angesichts der Auswirkungen der neuen Immigrantinnen auf die Bevölkerung, aber selbst ihre hohe anfängliche Fruchtbarkeitsrate hat sich nach zehn Jahren auf die durchschnittliche Rate italienischer Frauen abgeflacht.

Professor Gian Carlo Mangiardo, Präsident des ISTAT und ein bekannter Demograf, erklärt warum: die Immigrantinnen haben sich den Standards des Landes angepasst; alle Arten von Schwierigkeiten, wenig Hilfe, wenig Arbeit. Kurzum, Italien ist eine Nation, in der laut neuester Statistik jede Frau durchschnittlich 1,29 Kinder bekommt. Alle Länder des Westens verzeichnen einen Bevölkerungsrückgang, aber nicht alle auf dem gleichen Niveau. In

Frankreich zum Beispiel liegt die Zahl bei 1,88, viel höher als in Italien. In Frankreich arbeiten die Regierungen seit Jahren daran, das Problem einzudämmen, während es in Italien anscheinend keine wirksamen Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate gibt.

Dies sieht auch die öffentliche Meinung so, die am Ersten des Monats von einer repräsentativen Stichprobe von 1000 erwachsenen Italienern geäußert wurde. Von diesen bejahten 86%, dass für sie das Problem der Geburtenrate in unserem Land wichtig ist. Insbesondere sind 63 %, d. h. zwei von drei Bürgern, der Meinung, dass sich die Regierung sofort um dieses Problem kümmern sollte. Es ist keine Frage, ob man eine Frau oder ein Mann ist, ob man aus dem Süden oder dem Norden kommt, ob man aus reichen oder armen Gegenden Italiens stammt: Für alle muss das Problem der Geburtenrate umgehend angegangen werden, und die gleiche Argumentation gilt auch unter den Parteien, wo die Demokratische Partei (PD) die gleiche Quote wie die Fratelli d'Italia erreicht, nämlich 74 %.

Wenn auch zwischen der Rechten und der Linken die Sensibilität für das Thema gleich ist, ist das Rezept zur Lösung des Problems unterschiedlich. Enrico Letta bekräftigte in seiner Antrittsrede als Sekretär der Demokraten, dass er den Kampf um das *lus soli* neu beginnen und dadurch das oben genannte Problem schnell beheben wolle.

Unterschiedliche Positionen

Die Rechten sind gegen das *lus soli*-Prinzip, aber nicht nur das, auch die Bevölkerung ist dagegen, sogar die linke Bevölkerung. Auf die Frage, wie man „das Problem der niedrigen Geburtenrate zumindest teilweise schnell lösen“ könne, möchten nur 16% der Stichprobe „die Verleihung der Staatsbürgerschaft an neugeborene Kinder ausländischer Einwanderereltern in Italien erleichtern“, für 78% ist es hingegen notwendig, „neue Gesetze zu machen, um Familien und Frauen zu helfen, wie z.B. die Erhöhung der Anzahl von Kinderkrippen, Erleichterungen für die Arbeit“. Dies gilt auch für die Wählerschaft der PD (65%), Leu (71%), und der 5-Sterne-Bewegung (77%).

Quelle: *Il Libero* (Printausgabe vom 16.05.2021)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Italien: Salvini fordert PM Draghi zum Handeln auf, da Migranten wieder Lampedusa überfluten

13. 05. 2021



Bildquelle: MPI

13.000 Migranten sind dieses Jahr bereits auf der Insel gelandet, 1.000 an einem einzigen Tag im Mai

„Wir fordern von Ministerpräsident Mario Draghi eine ähnliche Verteidigung wie andere europäische Länder“, erklärte Matteo Salvini am Montag, nachdem am vergangenen Wochenende weitere 2.000 Migranten auf der Insel Lampedusa angelandet wurden. Der konservative Politiker betonte, dass eine eigenständige nationale Entscheidung notwendig sei, da Italien nicht auf die Solidarität und Kooperation der anderen Mitgliedsstaaten warten könne.

Die Situation in Lampedusa spitzt sich zu. Innerhalb weniger Stunden kamen am Wochenende 16 Boote an der italienischen Küste an. Am Sonntag sind weitere tausend Migranten auf Lampedusa gelandet, in kurzer Zeit hat sich ihre Zahl auf 2.128 erhöht. In den Nachtstunden erreichten weitere 600 und dann 350 Migranten die Insel.

Insgesamt 20 Schiffe machten sich am Wochenende auf den Weg nach Europa, eines davon erlitt Schiffbruch, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Die Migrationsroute im Mittelmeer ist wieder zu einem stark befahrenen Korridor geworden. An der libyschen Küste an der Grenze zu Tunesien treffen Migranten aus Afrika und Asien, speziell aus Pakistan und Syrien ein. Im Aufnahmезentrum von Lampedusa, das 502 Menschen aufnehmen kann, befinden sich derzeit mindestens 2.000 Menschen.

„Lampedusa ist voll“, sagte Salvatore Martello, der Bürgermeister der Insel, am Sonntag verzweifelt und forderte ein sofortiges Eingreifen der Politik.

Seit Jahresbeginn haben sich 13.000 illegale Einwanderer auf den Weg gemacht, um in Italien ein besseres Leben zu suchen, und das sich bessernde Frühlingswetter fördert diesen Trend zusätzlich. Es ist auch klar, dass der Druck weiter zunehmen wird, wenn die Regierung keine restriktiven Maßnahmen ergreift, um das Phänomen in den Griff zu

bekommen. Allerdings gibt es in der italienischen Regierung keinen Konsens darüber, wie die Migrationskrise angegangen werden soll, und die Spannungen zwischen den Koalitionspartnern könnten sie lähmen.

Sowohl die rechte Lega als auch die linke Demokratische Partei fordern von Draghi, der auf europäischer Ebene ein außerordentliches Ansehen genießt, eine neue Migrationspolitik. Innenministerin Luciana Lamorgese hofft weiterhin auf Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten und sieht die Lösung in einem freiwilligen Verteilungsmechanismus. Der Generalsekretär der Demokratischen Partei, Enrico Letta, forderte, dass eine maritime Mission namens Irini, die den Menschenhandel und ein Waffenembargo in Libyen kontrolliert, an der Rettung von Menschenleben im Mittelmeer beteiligt werden sollte. Er betonte auch, dass es an der Zeit sei, dass das Umverteilungssystem, das bisher nur auf dem Papier existiere, in die Praxis umgesetzt werde.

„Wir fordern von Ministerpräsident Mario Draghi eine ähnliche Verteidigung wie von Seiten anderer europäischer Länder“, sagte Matteo Salvini, Vorsitzender der Lega, vor der Presse. Eine eigenständige Entscheidung sei notwendig, da Italien nicht auf die Solidarität und Kooperation der anderen Mitgliedsstaaten warten könne, so der ehemalige Innenminister.

„Die Situation ist unhaltbar, und die Lösung der Einwanderungskrise ist eine Frage der politischen Entschlossenheit. Kein Land steht so sehr unter Druck wie Italien, und doch sind wir auf uns allein gestellt“, sagte Salvini, der bereits als Innenminister gezeigt hatte, dass drastische Maßnahmen ergriffen werden können, um den Migrationsdruck zu verringern.

Die in der Opposition verbliebene Partei Fratelli d'Italia unter Führung von Giorgia Meloni forderte von der Regierung eine sofortige Blockade, um die Masseneinwanderung zu stoppen. Laut Meloni ist es an der Zeit, offen über die Migrationskrise in Italien zu sprechen, wofür Innenministerin Luciana Lamorgese zuständig sei.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Jánosi Dalma, Rom)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Draghi fordert EU zur glaubwürdigen Umverteilung von Migranten auf

Draghi zur Umverteilung von Migranten: „Die italienische Regierung setzt sich für die Förderung geeigneter bilateraler Initiativen ein; für die Durchführung von Maßnahmen der Europäischen Union, damit die libyschen Behörden dem Waffen- und Menschenhandel entgegenwirken und dabei die Menschenrechte respektieren; und für die Ausübung von innereuropäischem Druck, damit es wieder zu einer glaubwürdigen und effektiven Umverteilung von Migranten kommt, die in Italien gelandet sind.“

„In meinen Gesprächen mit dem libyschen Premierminister Dabaiba habe ich besonders auf die Notwendigkeit bestanden, die Wiederherstellung der Sicherheitsbedingungen vor Ort zu gewährleisten, als integralen Bestandteil des Stabilisierungsprozesses des Landes und der gesamten Mittelmeerregion“, fügte er hinzu.

Quelle: [askanews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

EU gibt Innenministerin Lamorgese eine Ohrfeige

EU: keine Verpflichtung zur Umsiedlung von in Italien angekommenen Migranten

„Die Europäische Kommission hat Kontakte mit verschiedenen Mitgliedsstaaten gehabt, aber im Moment gibt es keine Zusagen, um Migranten, die in Italien angekommen sind, umzusiedeln“. So erklärte ein Sprecher der EU-Exekutive. Nach dem, was geklärt wurde, kümmert sich die Europäische Kommission um die Koordination der Umsiedlung von Migranten, die im Zuge von Such- und Rettungsaktionen nach Italien kamen, aber nicht um diejenigen, die mit eigenen Mitteln an der italienischen Küste gelandet sind.

In drei Jahren wurden nur 1273 Migranten umgesiedelt

Nur 1.273 Migranten wurden seit 2018 von Italien in andere EU-Mitgliedstaaten umgesiedelt. Die Verhandlungen „über den neuen Pakt zu Asyl und Migration schreiten voran, wenn auch langsam“. Aber „es gibt nichts, was blockiert wurde“. Darauf wies die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, am Ende einer Videokonferenz zwischen den Innenministern der EU und Afrikas hin, die von der portugiesischen Präsidentschaft organisiert wurde.

Quelle: [ImolaOggi](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Italien: explosive Migrationssituation

Von Marie d'Armagnac

12. 05. 2021



Bildquelle: Boulevard Voltaire

2.128 illegale Einwanderer, die überwiegende Mehrheit von ihnen Männer, sind in den letzten 24 Stunden an Bord von etwa zwanzig Booten in Lampedusa von Bord gegangen.

Sie kommen aus Tunesien, Afrika südlich der Sahara und Bangladesch. Seit Jahresbeginn haben die italienischen Behörden mehr als 12.000 Ankünfte registriert; in dieser Zahl sind „Geisterlandungen“ natürlich nicht enthalten.

Italien, das am Rande eines sozialen und finanziellen Zusammenbruchs steht, begann unter der Koalitionsregierung von MP Mario Draghi mit der schrittweisen Aufhebung der Lockdown-Maßnahmen das Licht am Ende des Tunnels dieser Pandemie zu sehen. Das bedeutet, dass diese massiven Ankünfte illegaler Migranten, die einen kontinuierlichen Strom ankündigen, der sich noch verstärken könnte, die Schlagzeilen in allen Medien bestimmen.

Der bescheidene Hotspot Contrada Imbriacola in der Nähe von Agrigento platzt aus allen Nähten, er kann nur zweihundert Migranten aufnehmen, und das nur vorübergehend... In den letzten Stunden bestand der Notfall darin, eine ausreichende Anzahl von Covid-Tests zu finden, um die Quarantäneschiffe zu mobilisieren, bevor die Neuankömmlinge auf das Festland verlegt werden.

Italien, das seit 18 Monaten von drastischen Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten geplagt wird und fast eine Million neue Arme hat, sieht einmal mehr, wie die Europäische Union feige wegschaut von dem, was – mit Hilfe der Wirtschaftskrise – die zukünftige große Migrationswelle zu werden verspricht.

Matteo Salvini ist schnell auf den Zug aufgesprungen: Er tauscht sich mit der derzeitigen Innenministerin Luciana Lamorgese „im Geiste der Zusammenarbeit“ aus und fordert ein Treffen mit Mario Draghi. Letzterer, der an der Migrationsfront „einen schwierigen Sommer“ voraussieht, wird wahrscheinlich folgende Linie einschlagen wollen: das Malta-Abkommen von 2019 exhumieren, das die Verteilung der illegalen Einwanderer auf freiwillige Länder vorsah. Dieses vorläufige Abkommen war von Malta, Italien, Finnland, Deutschland und Frankreich unterzeichnet worden. Dieses Abkommen sollte ein erster Schritt zu einer tiefgreifenden Reform der Dublin-Abkommen durch die Europäische Union sein, was offensichtlich nicht geschehen ist. Wir verstehen daher die Reaktion von Matteo Salvini: „Wenn wir auf die europäische Solidarität warten, denke ich, wird sie wie die Impfstoffe enden, nämlich im Nichts. „Wir werden von Italien verlangen, dass es sich so verhält wie Spanien, Griechenland und Frankreich“, so Mario Draghi. „Es gibt kein anderes Land mit den Zahlen, den Dimensionen und den Problemen, wie es Italien hat. Die anderen Länder warten nicht auf Europa, sondern verteidigen ihre eigenen Territorien, aus eigenem Recht.“

In jedem Fall ist die Migrationsfrage ein Test für Mario Draghi: Liegt er richtig, wenn er wie sein Verbündeter Enrico Letta (Partito Democratico, links) erwartet, dass die europäische Solidarität ins Spiel kommt? Angesichts des katastrophalen Krisenmanagements der letzten 18 Monate wäre das sehr naiv.

Bei diesem Thema ist es eher wahrscheinlich, dass sich die Verbündeten der italienischen Regierungskoalition gegenseitig zerfleischen werden. Die Ereignisse des Wochenendes haben die drei Mitte-Rechts-Parteien zusammengeführt: Giorgia Meloni fordert eine Seeblockade, der stellvertretende Sprecher Fabio Rampelli (Fratelli d'Italia) warnte: „Wir stehen vor einer Invasion, die außer Kontrolle geraten kann.“ Und im Vergleich zur Krise 2015 fügte er hinzu: „Jetzt wäre es noch ernster, da eine Pandemie im Gange ist und eine Wirtschaftskrise, die keine Oberflächlichkeit zulässt.“ „Dies könnte das erste Signal dessen sein, was in den nächsten Monaten passieren kann“, warnt die Forza Italia, „und es wäre

ein großer Fehler, den Alarm zu unterschätzen, den Frontex wegen der massiven Welle illegaler Migranten aus Nordafrika auslöst, die mit der Lockerung der Anti-Covid-Beschränkungen einhergeht, mit Italien als einzigem Ziel.“

Die sich abzeichnende Migrationskrise wird daher zu einer Belastungsprobe für die sehr heterogene Draghi-Regierung, aber auch für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union.

Quelle: [Boulevard Voltaire](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Frankreich: Generäle warnen vor Bürgerkrieg wegen schleichendem Islamismus

Von Soeren Kern

11. 05. 2021



Emmanuel Macron und die Generäle - Foto: Centro Machiavelli

- Die Warnung kommt mitten in einer Welle von dschihadistischen Angriffen – einschließlich der Enthauptung eines Schullehrers – die von jungen Männern begangen wurden, von denen keiner zuvor den französischen Geheimdiensten bekannt war. Der Brief kommt auch nach weit verbreiteter öffentlicher Empörung über ein französisches Justizsystem, das durch politische Korrektheit gefährdet ist – wie die Weigerung, einen afrikanischen Einwanderer aus Mali zu verfolgen, beweist, der eine ältere jüdische Frau tötete, indem er in ihre Wohnung einbrach und sie von ihrem Balkon stieß, während er „Allahu Akbar“ („Allah ist der Größte“) schrie.
- „Jeder Franzose, unabhängig von seinem Glauben oder Nicht-Glauben, sollte sich überall in Kontinentalfrankreich [*l’Hexagone*] zu Hause fühlen können. Es kann und darf keine Stadt oder keinen Bezirk geben, in denen die Gesetze der Republik nicht gelten.“ — Aus einem offenen Brief von 20 Generälen im Ruhestand, hundert hochrangigen Offizieren und mehr als tausend anderen Mitgliedern des französischen Militärs, vom 21. April 2021.
- „Was in diesem Brief geschrieben steht, ist eine Realität. Wenn man ein Land hat, das von Guerillakriegen in seinen Städten geplagt wird, wenn man eine sehr regelmäßige und sehr hohe terroristische Bedrohung hat, wenn man immer mehr

krasse und offensichtliche Ungleichheiten hat, wenn man einen Teil von Patrioten hat, die sich von der Gesellschaft abkoppeln, dann kann man nicht sagen, dass es dem Land gut geht.“ — Rachida Dati, Bürgermeisterin des 7. Arrondissements von Paris und ehemalige Justizministerin.

- „Diese schädlichen Tendenzen resultieren nicht aus einem Moment der Ablenkung, sondern kommen von einer politischen Richtung, die von grundlegend korrumpierenden ideologischen Überlegungen bestimmt wird.“ — Marine Le Pen, französische Präsidentschaftskandidatin.
- Der offene Brief und die Antwort von Le Pen wurden mitten in einer Flut von mindestens neun aufeinanderfolgenden dschihadistischen Angriffen in Frankreich publiziert, die alle von Personen durchgeführt wurden, die den französischen Geheimdiensten unbekannt waren und daher nicht der Radikalisierung verdächtigt wurden und die folglich nicht auf einer dschihadistischen Beobachtungsliste standen. **Die Angriffe deuten darauf hin, dass die französischen Behörden die Kontrolle über die Überwachung islamischer Radikaler im Land verloren haben.**

Eine Gruppe pensionierter Generäle hat in einem offenen Brief gewarnt, dass Frankreich in einen Bürgerkrieg abrutscht, weil die Regierung die Massenmigration und den schleichenden Islamismus im Land nicht unter Kontrolle hat. Der Brief, der laut Umfragen breite öffentliche Unterstützung findet, warnt auch vor kulturellem Marxismus, außer Kontrolle geratenem Multikulturalismus und der Ausweitung von Sperrzonen in Frankreich.

Die Warnung kommt mitten in einer Welle von dschihadistischen Angriffen – einschließlich der Enthauptung eines Schullehrers – die von jungen Männern begangen wurden, von denen keiner zuvor den französischen Geheimdiensten bekannt war. Der Brief kommt auch nach weit verbreiteter öffentlicher Empörung über ein französisches Justizsystem, das durch politische Korrektheit gefährdet ist – wie die Weigerung, einen afrikanischen Einwanderer aus Mali zu verfolgen, beweist, der eine ältere jüdische Frau tötete, indem er in ihre Wohnung einbrach und sie von ihrem Balkon [stieß](#), während er „Allahu Akbar“ („Allah ist der Größte“) brüllte.

Der Zusammenbruch der Sicherheit und die offensichtliche Unfähigkeit oder der Unwillen der Regierung, etwas dagegen zu unternehmen, haben die Führerin der konservativen Partei *Rassemblement National* (Nationale Versammlung), Marine Le Pen, in Umfragen vor den Präsidentschaftswahlen für April 2022 vor dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf den ersten Platz katapultiert.

Der offene Brief, der am 21. April von der französischen Zeitschrift *Valeurs Actuelles* [Aktuelle Werte] [veröffentlicht](#) und an das französische politische Establishment gerichtet war, wurde von 20 pensionierten Generälen, hundert hochrangigen Offizieren und mehr als tausend anderen Militärangehörigen unterzeichnet. Eine Übersetzung des Briefes, die eine Rückkehr zum französischen Patriotismus fordert, finden Sie hier:

Reaktionen in Frankreich

Der Brief – am 60. Jahrestag eines gescheiterten Staatsstreichs gegen die Regierung von Charles de Gaulle veröffentlicht – löste eine wütende Rüge der französischen Regierung aus.

Premierminister Jean Castex sagte, dass der Brief von Militärs „gegen alle unsere republikanischen Prinzipien, gegen die Ehre und die Pflicht der Armee“ verstoße.

Verteidigungsministerin Florence Parly versprach, alle Unterzeichner des Briefes zu bestrafen, die noch beim Militär dienen. „Zwei unveränderliche Prinzipien bestimmen das politische Vorgehen der Militärangehörigen: Neutralität und Loyalität“, [schrieb](#) sie in einem Tweet.

Die frühere französische Justizministerin Rachida Dati, die jetzt Bürgermeisterin des 7. Arrondissements von Paris ist, stimmte dem Inhalt des Briefes zu, betonte jedoch, dass das Militär nicht in die Politik einbezogen werden sollte. In einem [Interview](#) mit Radio France Info sagte Dati, die in eine muslimische Einwandererfamilie hineingeboren wurde:

„Was in diesem Brief geschrieben steht, ist eine Realität. Wenn Sie ein Land haben, das von Guerillakriegen in ihren Städten geplagt wird, wenn Sie eine sehr regelmäßige und sehr hohe terroristische Bedrohung haben, wenn Sie immer mehr krasse und offensichtliche Ungleichheiten haben, wenn Sie einen Teil von unseren Patrioten haben, die sich von der Gesellschaft abkoppeln, dann kann man nicht sagen, dass es dem Land gut geht.“

„Heute ist die Polizei ein Ziel für Terroristen geworden, und ich bin der Meinung, dass die Polizei nicht genug unterstützt wird, auch nicht von Institutionen und insbesondere der Justiz. Ich befürchte, dass die Polizei eines Tages zusammenbrechen wird, und wenn sie zusammenbricht, werden wir weit über den Zerfall der Gesellschaft hinausgehen.“

Präsidentenskandidatin Marine Le Pen befürwortete den Brief, betonte jedoch auch, dass Veränderungen durch einen demokratischen politischen Prozess und nicht durch militärische Interventionen erfolgen müssen. In einem Artikel, der am 23. April von *Valeurs Actuelles* veröffentlicht wurde, [schrieb](#) sie:

„Als Bürgerin und als Politikerin unterschreibe ich Ihre Analyse und teile Ihre Trauer. Wie Sie glaube ich, dass es die Pflicht aller französischen Patrioten ist, sich für die Besserung einzusetzen und sogar, sprechen wir es aus, die Rettung des Landes ...“

„Die jüngsten Erklärungen des Präsidenten der Republik zu seinem Projekt, ‚die Geschichte Frankreichs zu dekonstruieren‘, zeigen uns in der Tat, dass diese schädlichen Tendenzen nicht aus einem Moment der Ablenkung resultieren, sondern von einer politischen Richtung kommen, die von grundlegend korrumpierenden ideologischen Überlegungen getrieben wird.“

„Die Bedenken, die Sie mutig zum Ausdruck bringen, können nicht in der Phase der Empörung stehen bleiben, wie stark sie auch sein mag. Sie erfordern in einer Demokratie die Suche nach einer politischen Lösung, die durch ein alternatives Projekt verwirklicht werden muss, das von den französischen Wählern bestätigt werden muss.“

„Dies ist das Ziel meines politischen Ansatzes und meiner Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik mit dem Ziel einer Regierung der Nationalen Union.“

„Bereits viele hochrangige Beamte und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft haben sich uns angeschlossen. Ich lade Sie ein, sich unserer Aktion anzuschließen, um an der kommenden Schlacht [Präsidentenskampagne] teilzunehmen, die sicherlich eine politische und friedliche Schlacht ist, aber vor allem die Schlacht um Frankreich.“

Laut einer neuen [Umfrage](#) scheint das in dem offenen Brief zum Ausdruck gebrachte Gefühl eine breite öffentliche Unterstützung zu haben. Eine Umfrage von Harris Interactive, die am 29. April für das LCI-Fernsehen durchgeführt wurde, [ergab](#), dass 58% der Befragten die

Soldaten unterstützen, die den Brief unterschrieben haben. Fast jeder Zweite (49%) sagte, dass die Armee eingreifen sollte, um Ordnung zu gewährleisten, auch ohne Aufforderung der Regierung.

Die Umfrage [ergab](#) auch:

- 86% stimmten der Aussage zu, dass in bestimmten Städten und Bezirken die Gesetze der Republik nicht angewendet werden;
- 84% stimmten zu, dass in Frankreich die Gewalt von Tag zu Tag zunimmt;
- 74% stimmten zu, dass es in Frankreich eine Form von Antirassismus gibt, die den Hass zwischen den Gemeinschaften verschärft.
- 73% stimmten zu, dass sich die französische Gesellschaft auflöst;
- 62% stimmten zu, dass die Regierung durch die Aufforderung an die Polizei und die Gendarmerie, während der Proteste gegen die Gelbwesten (Gilets Jaunes) einzugreifen, einen Vertrauensverlust in die Strafverfolgung hervorgerufen hat.
- 45% stimmten zu, dass Frankreich am Rande eines Bürgerkriegs steht.

Flut jihadistischer Angriffe

Der offene Brief und die Antwort von Le Pen finden mitten in einer Flut von mindestens neun aufeinanderfolgenden dschihadistischen Angriffen in Frankreich statt, die alle von Personen durchgeführt wurden, die den französischen Geheimdiensten unbekannt waren und daher nicht der Radikalisierung verdächtigt wurden und dies folglich nicht auf einer dschihadistischen Beobachtungsliste standen. Die Angriffe deuten darauf hin, dass die französischen Behörden die Kontrolle über die Überwachung islamischer Radikaler im Land verloren haben.

Bei dem jüngsten Angriff am 23. April 2021 [erstach](#) ein 36-jähriger tunesischer Dschihadist, der 2009 illegal nach Frankreich eingereist war, aber im Dezember 2020 die französische Aufenthaltsgenehmigung erhielt, eine 49-jährige Verwaltungsangestellte bei einer Polizeistation in Rambouillet, einer ruhigen Stadt in der Nähe von Paris. Zeugen hörten ihn während des Angriffs „Allahu Akbar“ rufen. Er wurde von der Polizei erschossen. Die Frau hinterließ zwei Töchter im Alter von 13 und 18 Jahren.

Der bekannteste Angriff der letzten Zeit ereignete sich am 16. Oktober 2020, als ein 18-jähriger tschetschenischer Migrant Samuel Paty, einen 47-jährigen Lehrer für Geschichte und Geographie, in Éragny, einem Vorort von Paris, enthauptete. Paty wurde ermordet, nachdem ein 13-jähriges Schulle schwänzendes muslimisches Mädchen, das ihren Vater daran hindern wollte, herauszufinden, dass sie von der Schule suspendiert worden war, eine Geschichte [erfunden](#) hatte, wonach Paty muslimische Schüler angewiesen hätte, das Klassenzimmer zu verlassen, damit er dem Rest der Klasse „ein Foto des nackten Propheten“ zeigen konnte. Insgesamt zehn Dschihadisten, darunter ein Imam, ein Elternteil eines Schülers und zwei Schüler an Patys Schule, wurden wegen des Verbrechens [angeklagt](#). Paty hinterließ einen fünfjährigen Jungen.

In der Zwischenzeit, am 14. April, [entschied](#) das höchste französische Gericht, das Kassationsgericht, dass Kobili Traoré, ein 32-jähriger Migrant aus Mali, der am 4. April 2017 „Allahu Akbar“ rufend eine 65-jährige Jüdin, Lucie Attal-Halimi (auch bekannt als Sarah Halimi) ermordete und sie von ihrem Balkon warf, nicht verurteilt werden könne, weil er angeblich unter dem Einfluss eines Cannabis-induzierten „Wahnanfalls“ stand und daher nicht die Kontrolle über seine Handlungen besaß.

Das Urteil löste Massenproteste in Paris und anderen französischen Städten aus. Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte daraufhin eine Änderung der französischen Gesetze, um das Problem anzugehen. In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* [sagte](#) er: „Die Entscheidung, Betäubungsmittel zu nehmen und dann ‚durchzudrehen‘, sollte meiner Ansicht nach nicht Ihre strafrechtliche Verantwortung aufheben.“

Als Antwort auf den offenen Brief französischer Generäle hat Macron auch geschworen, gegen mutmaßliche Dschihadisten vorzugehen.

Am 28. April erklärte Premierminister Jean Castex, die Regierung plane, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die ständige Befugnis vorsieht, Telekommunikationsunternehmen anzuweisen, nicht nur Telefondaten, sondern auch die von ihren Nutzern besuchten Webseiten in Echtzeit zu überwachen. Regierungsalgorithmen würden Geheimdienstmitarbeiter [alarmieren](#), wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, z.B. durch ein Internetbenutzer, der eine bestimmte Seitenfolge besucht.

[Umfragen zeigen](#), dass Marine Le Pen die erste Runde der für den 9. April 2022 geplanten Präsidentschaftswahlen gewinnen würde und dass Macron Le Pen in der Stichwahl am 15. April nur knapp besiegen würde. Dies impliziert, dass sich die beiden Spitzenreiter dicht auf den Fersen sind, und dass potenzielle dschihadistische Angriffe bis zum Wahltag Le Pen sehr wohl mehr Wähler bringen könnten.

Der frühere Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg sagte kürzlich in einem [Interview](#) mit der *Financial Times*, dass Le Pen Macron besiegen könnte aufgrund dessen „hochmütigen“ Charakters und seiner „oligarchischen“ Politik, die die Wähler entfremdet und die Popularität von Le Pen gesteigert habe. „Macron wird gehasst, weil er arrogant ist“, sagte Montebourg. „Also ist er nicht ‚der Schutzwall‘. Er ist derjenige, der Madame Le Pen an die Macht bringen wird.“

Eine aktuelle [Analyse](#) der Jean-Jaurès-Stiftung, einer mit der Sozialistischen Partei verbundenen Denkfabrik, sagte voraus, dass Le Pen Macron besiegen könnte, wenn sich genügend Wähler bei den Stichwahlen der Stimmabgabe enthalten würden:

„Wenn wir die französische Bevölkerung fragen, was sie fühlen, wenn sie Emmanuel Macron sehen oder hören, sind die vier Emotionen, die am meisten auffallen, alle zutiefst negativ. Es ist vor allem ein Gefühl von ‚Wut‘ (28%), ‚Verzweiflung‘ (21%), ‚Ekel‘ (21%) und ‚Schande‘ (21%), das die Franzosen gegenüber Macron empfinden ... Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass er von einem wesentlichen Teil der Wähler besonders gehasst wird“

„Republikanische Sympathisanten äußern gegenüber Emmanuel Macron mehr negative Gefühle als gegenüber Marine Le Pen. Sicherlich würde diese Ablehnung von Emmanuel Macron, die bei einem großen Teil der Bevölkerung beobachtet wird, den scheidenden Präsidenten im Hinblick auf eine zweite Runde behindern.“

Eine am 24. April von der französischen Zeitung *Journal du Dimanche* veröffentlichte Ifop-Umfrage ergab, dass 86% der Befragten angaben, dass Sicherheit – Terrorismus und Kriminalität – bei den kommenden Wahlen ein zentrales Thema sein wird. Laut Ifop ist die Bedeutung des Sicherheitsproblems seit Mai 2020 um 26 Punkte gestiegen.

Vororte sind Brutstätten für islamischen Extremismus

Laut einer aktuellen [Umfrage](#) von Pew Research wird die muslimische Bevölkerung Frankreichs derzeit auf rund sechs Millionen oder rund neun Prozent der Gesamtbevölkerung geschätzt. Tatsächlich kennt niemand die genaue Anzahl der Muslime in Frankreich, und selbst Pew gibt zu, dass „Frankreich die Religion seit 1872 nicht mehr in einer landesweiten Volkszählung gemessen hat“.

Es ist jedoch bekannt, dass Millionen von Muslimen in Frankreich dauerhaft vor den offiziellen Statistiken verborgen sind. Der französische Politologe Yves Mamou [erklärt](#):

„Diese Zahl [sechs Millionen] berücksichtigt nicht einmal die muslimische Bevölkerung, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren aus Nordafrika nach Frankreich eingewandert ist. Es gibt einige Millionen von ihnen – niemand weiß genau, wie viele. Sie wurden sehr früh Franzosen, und für Demografen gelten ihre Enkel und Urenkel nicht mehr als Einwanderer. Diese Muslime werden vielmehr als französische Staatsbürger, die von französischen Eltern geboren wurden, in die Statistik integriert. Sie sind Muslime, aber unter dem Radar der Statistik.“

Auf jeden Fall schätzt Pew, dass die muslimische Bevölkerung Frankreichs mit einem „Null-Migrationsszenario“ bis 2050 auf 12,7% [ansteigen](#) wird; Mit einem „mittleren Migrationsszenario“ wird erwartet, dass die muslimische Bevölkerung Frankreichs auf rund 13 Millionen Menschen ansteigt und 17% der französischen Bevölkerung ausmacht. Mit einem „Szenario mit hoher Migration“ wird die muslimische Bevölkerung Frankreichs voraussichtlich ein Fünftel der Gesamtbevölkerung [übersteigen](#).

Viele Muslime in Frankreich leben in von Armut und Kriminalität heimgesuchten Vororten, sogenannten *Banlieues*, die Brutstätten für den islamischen Fundamentalismus sind und aufgrund der gefährlichen Bedingungen für die Polizei und andere Vertreter staatlicher Behörden oft als Sperrzonen bezeichnet werden.

Präsident Macron hat die Pläne zur Sanierung der *Banlieues* erheblich [zurückgefahren](#) und stattdessen die örtlichen Bürgermeister und zivilgesellschaftlichen Gruppen aufgefordert, Lösungen an der Basis zu finden. Macrons Versäumnis, das Leben in den Vororten zu verbessern, wurde von Führern aus dem gesamten politischen Spektrum verurteilt.

Marine Le Pen [stellte fest](#), dass Macron die Probleme der Einwanderung und des Islamismus nicht angesprochen hat: ##>„Kaum ein Wort zur Einwanderung, kaum ein Wort zum islamischen Fundamentalismus. Wir wissen genau, dass diese Probleme teilweise die Ursache für die Schwierigkeiten in den Vororten sind. Sich zu weigern, die Realität zu sehen, bedeutet, sich selbst zum Scheitern zu verurteilen.“

Schätzungsweise sechs Millionen Menschen – rund ein Zehntel der französischen Bevölkerung – leben in 1.500 Stadtteilen, die von der Regierung als sensible städtische Zonen (*Zones urbaines sensibles, ZUS*) eingestuft wurden.

Im Oktober 2011 stellte ein wegweisender 2.200-seitiger [Bericht](#), „Vorort der Republik“ (*Banlieue de la République*), fest, dass viele französische Vororte zu „abgetrennten islamischen Gesellschaften“ werden, die vom französischen Staat abgeschnitten sind und in denen das islamische Recht rasch das französische Zivilrecht verdrängt. In dem Bericht heißt es, dass muslimische Einwanderer zunehmend französische Werte ablehnen und stattdessen in den radikalen Islam eintauchen.

Die Autoren des Berichts warnen, dass Frankreich wegen des Versagens der Muslime, sich in die französische Gesellschaft zu integrieren, vor einer großen sozialen Explosion stehe.



Soeren Kern ist ein Senior Fellow am New Yorker [Gatestone Institute](#).



Dieser Beitrag erschien zuerst beim New Yorker [GATESTONE INSTITUTE](#).

Deutsche Übersetzung: Daniel Heiniger

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Wer rettet den Okzident? Philippe de Villiers?

08. 05. 2021



Philippe de Villiers / Bild: Quelle: Valeurs Actuelles

Im Westen viel Neues: Ein neues Buch und das Interview

Pilippe de Villiers (72) ist französischer Politiker und Publizist, den eine außergewöhnlichen Karriere auszeichnet: Er war von 1988 bis 2010 Präsident des Generalrats von Vendée und von 1994 bis 2018 Vorsitzender der nationalkonservativen Partei [Mouvement pour la France](#) (MPF) zu deren Mitgründern er zählte. Zwischen 1994 und 2014 war Pilippe de Villiers mehrfach Europaabgeordneter für das [Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe \(RPF\)](#) und auch Vizepräsident der Fraktion [Union für Europa der Nationen](#) – im Europäischen Parlament.

Von März 1986 bis Juni 1987 war er Staatssekretär für Kultur im zweiten Kabinett unter Jacques Chirac. Philippe de Villiers gehörte von 1988 bis 1993 der französischen Nationalversammlung an und trat in Frankreich zweimal zur Präsidentschaftswahl an. Er ist Verfasser einer Vielzahl bedeutender Bücher und historischer Schriften. Anlässlich der Veröffentlichung seines jüngsten Buches *Der Tag danach* gab Philippe de Villiers dem französischen Magazin [Valeurs Actuelles](#) ein Interview, welches auf brillante Weise die Herausforderungen unserer Zeit umreißt.

Eine Woche später richteten 20 Generäle, darunter auch ein ehemaliger General der Fremdenlegion, hundert hochrangige Offiziere und mehr als tausend Soldaten einen Offenen Brief an die französische Regierung, der weltweit für Schlagzeilen sorgte:

POLITIKER

« Pour un retour de l'honneur de nos gouvernants » : 20 généraux appellent Macron à défendre le patriotisme

À l'initiative de Jean-Pierre Fabre-Bernadac, officier de carrière et responsable du site Place Armes, une vingtaine de généraux, une centaine de hauts-gradés et plus d'un millier d'autres militaires ont signé un appel pour un retour de l'honneur et du devoir au sein de la classe politique. Valeurs actuelles diffuse avec leur autorisation la lettre empreinte de conviction et d'engagement de ces hommes attachés à leur pays.

Par Jean-Pierre Fabre-Bernadac

Publié le 21 avril 2021 à 19h00 par Valeurs Actuelles



© NICOLAS MEYER/AGF

Unser Mitteleuropa berichtete darüber:

„[Französische Generäle gegen den Islamismus, Macron gegen die französischen Generäle](#)“

Philippe de Villiers : “J’appelle à l’insurrection”

“Grand Réser”, guerres des races, crise(culture, immigration, élection présidentielle, Emmanuel Macron ... À l’occasion de la sortie de son nouveau livre choc, Philippe de Villiers appelle au sursaut des âmes pour éviter la disparition de la France. Entretien.

Par [Bastien Lejeune](#), [Charlotte d’Ornellas](#), [Grégoire Lejeune](#), [Mickaël Frotton](#), [Raphaël Stainville](#)

Publié le 17 avril 2021 à 7h00



Philippe de Villiers, une nouvelle fois, comme le lion. © JMSL LeGET/APP

Das Interview mit Philippe de Villiers

Hier das [Interview im Original](#). Das Interview wurde in französischer Sprache geführt. Mit freundlicher Genehmigung des Magazins *Valeurs Actuelles* hat *Unser Mitteleuropa* für die deutsche Fassung gesorgt, um diese seiner deutsch sprechenden Leserschaft zur Kenntnis zu bringen:

Seit das Coronavirus vor über einem Jahr zum ersten Mal aufgetaucht ist, haben westliche Regierungen in Ihren Worten mit „[absolut bemerkenswerter Mimikry](#)“ reagiert. Wie erklären Sie das?

Der Westen hat keine Gedanken mehr. Es ist [Psittacismus](#). Frankreich ist mit Deutschland verbündet, das wiederum mit den Vereinigten Staaten verbündet ist. Unsere globalisierten Eliten leben in einer amerikanischen Zeit – sie fühlen sich von denselben Endzeittrieben angezogen. Die Zeit gibt das Tempo vor.

Sie schreiben, die globalisierten Eliten hätten sich auf die Möglichkeit einer globalen Epidemie vorbereitet und die dann notwendige Reaktion vorweggenommen?

Ich entdeckte etwas Unerhörtes: Das, was wir erlebt haben, hat sich bereits abgespielt. Es war am 18. Oktober 2019, bei einem ungewöhnlichen Treffen mächtiger, nicht-mandatiertes Personen außerhalb der formalen Kanäle multilateraler Institutionen, in New York. Es war

kein Symposium, sondern eine Coronavirus-Pandemie-Simulationsübung, die Big Pharma, Big Data, Big Finance, die Bill Gates Foundation und das Davos Forum zusammenbrachte. Diese neuen *Overlords* bilden eine Art globales Direktorium des Einflusses, das den öffentlichen Mächten überlegen ist.

Was leiten Sie aus diesem Treffen ab?

Zu diesem Zeitpunkt redete niemand über Covid. Ich nehme an, sie haben etwas vermutet. Ich sage nicht „*sie haben den Virus erfunden*“, denn ich bin kein Verschwörungstheoretiker. Ich sage: „*Sie haben den Virus als Glücksfall begrüßt.*“ Sie haben es erwartet. Seit der Gründung der Welthandelsorganisation im Jahr 1994 wollten die Eliten des globalen Dorfes eine neue Welt ohne Grenzen in einem Guß bauen – die einen aus Kalkül, um einen großen globalen Massenmarkt zu eröffnen, die anderen aus Ideologie, um „*Mauern durch Brücken*“ zu ersetzen, wie Papst Franziskus sagen würde. Sie haben diese Welt ohne Trennwände geschaffen. Sie wussten, dass diese Welt ungeheuer pathogen sein würde. Wenn man fünf oder sechs Milliarden Menschen in einen Raum steckt, läuft der Keim leichter herum. Sie wussten es; sie haben es erwartet; sie haben sich darauf vorbereitet.

Mit anderen Worten: Das Virus scheint sich als Glücksfall für diese globalisierte Elite zu erweisen?

Das sagt Klaus Schwab. Der Gründer und Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums in Davos ist der erste, der Covid-19 in seinen Worten als „*window of opportunity*“ beschrieb. Er schreibt es schwarz auf weiß in seinem Covid-19-Manifest: *The Great Reset*. Machen wir uns keine Illusionen: Dieses Buch ist das Äquivalent des Manifests der Kommunistischen Partei. Es zeichnet darin ein neues Paradigma... mitten in einer Pandemie.

Der „Great Reset“, weit davon entfernt, eine Verschwörungstheorie zu sein, wäre im Gegenteil das offen zur Schau gestellte Projekt dieser Elite?

Nachdem ich jeden Tag im Radio und Fernsehen von diesen Verschwörungstheoretikern höre, die in den sozialen Netzwerken über den „*Great Reset*“ reden und sich gegenseitig kopieren, wollte ich wissen, wer der Kranke der Kranken ist. Auf meiner Suche nach dem Patienten Null habe ich einen gesunden gefunden: Klaus Schwab. Er ist der Erfinder dieser neuen Semantik.

Wer ist dieser Klaus Schwab und wofür steht er?

Seit fünfzig Jahren steht Klaus Schwab von seinem Chalet in Davos aus der Spitze des Dialogs zwischen den Führern der Welt an der Schnittstelle von Reichtum und Einfluss vor. Dort in Davos werden die Fluchtlinien des globalisierten Kapitalismus definiert; dort wiederum werden die Senfmehlkompresse aufgelegt, wenn der Klügelkapitalismus schiefeht; dort kommt man hin, um die Tonsur oder Akkreditierung zu suchen – zum Beispiel Greta Thunberg, eine „*Jeanne d’Arc*“, die auf Instagram Stimmen hört; dort schließlich muss man hin, um die Nominierung zu suchen, wenn man in die Politik einsteigen will. Im Jahr 2016 verließ der junge Emmanuel Macron das Casino von Le Touquet, um nach Davos zu gehen und so unter den Fittichen von Dr. Schwab, der ihm die Hand auflegte, „*young global leader*“ zu werden. Zwei Jahre später war es Marlène Schiappa, bevor in diesem Jahr Gabriel Attal die Salbung empfing. Davos ist für den Überwachungs-kapitalismus das, was das zweite Rom für das erste unter Byzanz war. Man muss nach Davos gehen, wie man früher zu den schwankenden Kaisern gehen musste.

Klaus Schwab warnt in seinem Buch und freut sich, dass die Pandemie keineswegs ein Zwischenspiel ist und eine Rückkehr in die Welt davor eine Illusion bleibt?

Seine Worte sind abschreckend. Sie müssen zitiert werden. „Viele von uns fragen sich, wann die Dinge wieder zur Normalität zurückkehren werden. Die kurze Antwort lautet: Nie.“ Es gibt eine krankhafte Seite dieser Befürchtungen. Und Klaus Schwab ergänzt, dass Covid als Chance für eine „neue Normalität“ durch „die Verschmelzung unserer physischen, digitalen und biologischen Identitäten“ genutzt werden sollte. Um sicherzugehen, dass er gut verstanden wurde, wird, während das Buch am 2. Juni 2020 veröffentlicht wird, tags darauf am 3. Juni, eine Videokonferenz mit der Weltspitze organisiert, in Anwesenheit des UN-Generalsekretärs. Was dieses „Window of Opportunity“ ist, erklärt er mit dem Abschluss der Digitalisierung für die Welt einerseits und dem Kampf gegen den Klimawandel andererseits. Kurzum: Alle Giganten der Digitalisierung der Welt sind sich mit der herrschenden Klasse einig über ein Projekt zum *Reset* der Welt, zur Schaffung einer neuen Menschheit unter der Herrschaft der künstlichen Intelligenz.

Sie sprechen von der Hektik eines Klaus Schwab. Woher kommt das, wo er doch die Welt schon weitgehend beherrschen sollte? Warum sollte er Angst haben, in eine Welt zurückzukehren, die er bereits beherrscht?

Diese Frage ist entscheidend. Ich habe mich mit Klaus Schwabs Denken beschäftigt, um es zu verstehen, und hier ist, was ich gefunden habe. Was sich vor unseren Augen abspielt, ist in Wirklichkeit ein zweiter historischer Kompromiss zwischen dem entkerntem Kapitalismus und seinen natürlichen Feinden. Der erste Kompromiss, der mit dem Fall der Berliner Mauer organisiert wurde, war die seit der Wende der 1970er Jahre erwartete Absprache zwischen den Ultraliberalen und den Libertären. Erstere forderten Freizügigkeit, letztere gesellschaftliche Freiheit. Ein Punkt der Übereinstimmung wurde gefunden. Die beiden Forderungen verschmolzen: So entstand die hybride Spezies der „*Bohème Bourgeois*“, der „*Bobos*“. Das Kapital wiederum wollte „*ununterbrochen zirkulieren und ungehindert profitieren*“. Die Globalisierung des Freihandels war die wirtschaftliche Umsetzung der kulturellen und moralischen Ideale des Mai 1968. Doch dieser Kompromiss hat einen Haken: CO₂. Es verschmutzt die Atmosphäre durch Ausbeutung der Ressourcen. Also wurde ein neuer Kompromiss nötig...

Was ist also dieser neue Kompromiss?

Er wurde 2015 durch 2030-Agenda begründet, über den bei den Vereinten Nationen abgestimmt wurde, und er wurde am 11. November 2020, mitten während Covid, mit dem *Green Horizon Summit* besiegelt. Hören Sie gut zu, was ich zu sagen habe, es ist ungeheuerlich: Wir erleben gerade die Geburt eines *Grün-Digital-Kapitalismus*. Nicht umsonst wurde Greta Thunberg nach Davos eingeladen.

CO₂ ist der neue offizielle Virus. Die Ökologen wetten darauf, dass die Digitalisierung es der Welt ermöglicht, Menschen in ihren Häusern einzusperrern, Autos aus der Stadt zu verbannen, alle zum Fahrradfahren zu zwingen, Flugzeuge am Boden zu halten, Eigentum abzuschaffen, die Atomkraft auf Windkraft umzustellen und mit dem Finger auf die Industrie zu zeigen, weil sie die Umwelt verschmutzt und seltene Metalle verbraucht. Der neue kategorische Imperativ ist einfach: *Digitalisierung zur Dekarbonisierung*. Doch diese Allianz zwischen Liberalen und Ökologen im Namen von CO₂ ist ein gigantischer Schwindel: Riesige Rechenzentren produzieren eineinhalb Mal mehr Schadstoffe als die zivile Luftfahrt. Bis 2025 wird es dreimal so viel sein. Ganz zu schweigen davon, dass der Abfall, der in die Natur zurückgeführt wird, außerordentlich umweltschädlich ist. Der Stromverbrauch von Rechenzentren ist erheblich. Es ist eine Täuschung, die die digitale Technologie vor sich

selbst rettet. Und deshalb haben wir ein Klimagesetz und ein Klimareferendum, um uns in den CO₂-Tunnel sperren zu lassen. Die digitalen Giganten und die Grünen vertragen sich und die gesamte politische Klasse Frankreichs zieht mit. Das ist der neue Virus: CO₂. Wissen Sie, wie hoch der Anteil Frankreichs am globalen CO₂-Ausstoß ist? 0,9 %. Nun, im Namen dieser 0,9% werden uns Rückbau und die permanenten Umerziehungslager der „grünen Khmer“ beschert.

Der rote Faden in diesen historischen Kompromissen ist der Materialismus. Glauben Sie, dass der ideologische Aspekt des „erweiterten Menschen“ anekdotisch, dass er nur eine zufällige Folge oder dass er auch programmiert ist?

Die Neuinitialisierung der Welt ist wirklich ein Neubeginn. Es ist das Innehalten der alten Welt. Zufälligerweise sind die Akteure der großen Re-Initialisierung der Welt, die den Überwachungs-kapitalismus retten wollen, dieselben, die eine ethische Charta des Managements mit Missionsgesellschaften vorschlagen. Wir haben es mit einer neuen Oberherrschaft zu tun: Die digitalen Giganten sind die neuen Oberherren mit ihren *Cyber-Lehen*, die mächtiger sind als die Staaten, die zu ihren Vasallen werden (und wir die Leibeigenen des digitalen Lehens, sind dazu aufgerufen geolokalisiert, implantiert, verfolgt, *getrackt* und damit unterworfen zu werden). Unsere Gehirnströme werden erfasst, verarbeitet und umgeleitet. Diese planetarische Oberhoheit trägt eine digitale Theophanie, eine Religion. Nicht ich sage das, sondern die Herren Zuckerberg, Bezos und Musk. Sie sprechen von einer neuen Religion, es ist ein Messianismus. Die Digitaltechnik bereitet ihre [Parusie](#) vor.

Dieselben Leute, die unser Leben auf eine tierische Funktion reduziert haben, zwischen Bauchladen und Digitalisierung des Geistes, wollen nun unsere Natur ändern: „*Sicut dei eritis*“, – „*Ihr werdet sein wie Götter*“. Es ist so alt wie die Zeit. *Apple* beißt in den Apfel. Der Mensch passt immer noch nicht zu ihnen. Sie wollen die Menschheit nicht reparieren, sondern erweitern, d.h. das Risiko eingehen, die menschliche Spezies zu denaturieren. Der „*Tag danach*“ ist der Eintritt in eine Art *Dehumanistan*. Eine Welt, in der wir im Namen der Total-Gesundheit die Jugend und die Überlieferung opfern; eine Welt, in der wir im Namen des Total-Digitalen die Nachbarschaftsgesellschaft opfern (die Berufe der Hand und des Herzens, und es ist kein Zufall, dass die Restaurants geschlossen wurden); schließlich eine Welt, in der im Namen des Posthumanismus die menschliche Spezies denaturiert wird (es ist kein Zufall, dass inmitten von Covid ein Gesetz über Euthanasie vor die Volksversammlung kommt, nach einem Gesetz über Chimären, zur Vermischung von menschlichen und tierischen Stammzellen sowie nach dem Gesetz, das die Fristen für Abtreibungen verlängert und nun den Kindermord kurz vor der Geburt erlaubt wie die Vermarktung von Lebewesen). Mit anderen Worten: Wir werden in eine Dissoziation gedrängt.

Re-Initialisierung bedeutet auch eine Änderung der Ökonomie. Bisher definierte sich ein Unternehmen über die Gewinne, die es erwirtschaften konnte, basierend auf dem Wettbewerb in einem Markt. Ein Unternehmen muss heute mit höheren Gütern, die ökologische Güter sind, kompatibel sein! Die digitalen Giganten haben ihr Schaufenster um einen Gegenstand erweitert: Es ist die Unsterblichkeit. Emmanuel Macron, der französische Technikvertreter, wie Bruno Le Maire im Élysée empfängt und einlädt, die Telearbeit zu beschleunigen, als die nützlichen Jongleure dieser Maschinen, die uns überrollen und vorgeben, den Menschen umzugestalten und unsere Intimsphäre in Algorithmen zu legen. Wir werden an eine Gesellschaft der Kontaktlosen, an eine Wirtschaft ohne Beschäftigung, an eine Menschlichkeit ohne Nachbarschaft gewöhnt.

Wie stellen Sie sich den Tag danach vor?

Wir würden gerne zu dem zurückkehren, wie es vorher war, die Masken ablegen und zurück ins Restaurant oder ins Bistro gehen. Aber man hat die Vermutung, dass sie vielleicht nie wieder öffnen werden. In der Simulationsübung vom 18. Oktober 2019 in New York stieß ich auf einen Beitrag eines einflussreichen Mannes, der bereits voraussieht, „*dass wir zwischen dem Essentiellen und dem Nicht-Essentiellen unterscheiden sollten*“. Nun, das ist die Dialektik des „*Great Reset*“ und auch des Transhumanismus.

Am 27. März legte das Zentrum für Analyse, Prognose und Strategie des Quai d’Orsay dem Präsidenten der Republik einen vertraulichen Bericht über die *Nach-Covid-Ära* vor. Im Fazit wird die Regierung vor der Versuchung gewarnt, in die Welt von zuvor zurückzukehren. Sie wollen unbedingt die Digitalisierung und Entfremdung der Gesellschaft weiter vorantreiben. Hier treffen mächtige Interessen aufeinander: Auf der einen Seite die digitalen Rentiers (Monopolprofiteure), die den monströsen Goldhaufen kommen sehen, und auf der anderen Seite die herrschende Klasse, die das anstrebt, was eine fragile Macht immer anstrebt: Totale Kontrolle. Unsere Führungskräfte haben etwas erlebt, wovon sie geträumt haben: Die mürrischen Leute loszuwerden.

Es gibt sehr wenig Widerstand in der Bevölkerung; wie hat man die Gesundheit als perfektes Alibi für die Durchführung dieser Umstellung instrumentalisiert?

Wenn man Angst in die Herzen der Menschen trägt, kann man alles aus ihnen herausholen. Wir befinden uns im Regime des *universellen Trouillot-Meters* (Anmerkung: [G. Trouillot](#) franz. Kolonialminister). Die Franzosen haben Angst. In der Geschichte der Menschheit hätte man sich keine gesellschaftliche Situation jemals vorstellen können, um der hygienischen Ordnung zuliebe, sich in einem Glashaus in ein Gemüse-Volk verwandeln zu lassen. Keiner rührt sich. Die Maske, der Knebel – das geht schon seit einem Jahr so. Wir denken gar nichts mehr. Die Evakuierung der Gedanken evakuiert das Leiden. Alle Schnauzen sind gleich.

Und doch, wenn wir zu Aristoteles und dem heiligen Thomas von Aquin zurückgehen, ist es klar, dass Politik nie [Biopolitik](#) (Zuchtpolitik) war. Der Mensch ist ein soziales Tier. Politik ist Leben. Es wird dekliniert, und gerade zur politischen Kunst gehört diese Deklination: Es gibt ein soziales, wirtschaftliches, geistiges, kulturelles, emotionales, familiäres, kreatives, sportliches Leben usw. Die Gesundheit wird auf die gleiche Weise dekliniert. Die Gesundheit wird auf die gleiche Weise beeinträchtigt: geistig, körperlich, intellektuell, psychisch, usw. Die Ehre des Politikers ist es, alles zu nehmen, in alles zu investieren, alles zu schützen. Es ist unerhört in der Geschichte der Menschheit, dass im Namen eines fehlgeleiteten Progressivismus die Gesundheit, das prophylaktische Leben, zum Absoluten der politischen Kunst auserkoren wird, die alles andere eliminiert.

Im wahren Leben geht es ums Risiko – das haben wir bei der [Vendée Globe](#) (Anmerkung: Segelrennen) gesehen, mit der allegorischen Rettung von Kevin Escoffier durch Jean Le Cam ([Rennteilnehmer](#))

Die Beherztheit – wie die von 1914, um sein Leben für andere zu riskieren – und sogar den Leprakranken zu küssen. Heute heißt es nicht mehr „*Liebe deinen Nächsten wie dich selbst*“, sondern „*Hüte dich vor deinem Nächsten wie vor dir selbst*“. Eine klägliche Umkehrung! Die Reduktion des Lebens auf seine biologische Dimension.

Inwiefern ist der Impfpass, wie Sie schreiben, „eine providentielle Abkürzung zum Eldorado“?

Ich habe herausgefunden, dass im September 2020 die Frage des (Impf-)Passes in Brüssel mit der Weltgesundheitsorganisation geklärt wurde; es gab einen Gipfel zu diesem Thema: Deshalb hat man sich, auch von Frankreich, für einen Impfpass entschieden, natürlich möglichst digital, und hier stehen wir an einem Scheideweg.

Die Idee ist praktisch: In Restaurants und Kinos zeigt man seinen Ausweis vor, erst sein Smartphone und dann ein Implantat, und noch ein wenig später hat man Anspruch auf eine für 2030 geplante „*digitale Identität*“ für die gesamte Menschheit, wie die UN es nennt. Ein digitaler Ausweis, den wir in uns tragen werden, zum Beispiel über Augen; wir werden codiert sein, verfolgt werden, wir werden mit einem Verhaltenskodex ausgestattet; das Ideal des digitalen Bürgers ist es, niemals verloren zu gehen. Immer überwacht und mit Gehirnimplantaten bald in den Händen der Biopolitik. Das Gehirn wird das Schlachtfeld der Zukunft sein.

Die andere beunruhigende Verbindung ist die, welche Sie zwischen „Great Reset“ und *Cancel Culture* herstellen. Wie würden Sie diese Allianz beschreiben, die sich vor unseren Augen abspielt?

Ich entdeckte, dass das Davos Forum „*Transformationskarten*“ ausgeben ließ; unter ihnen sind welche, die Frankreich betreffen aufschlussreich. Wenn man nach dem Thema „*Nationaler Zusammenhalt*“ sucht, stößt man auf Verweise wie „*Gleichheit*“, „*Inklusion*“, „*LGBT*“, „*Migration*“, „*Menschenrechte*“; das hat mich auf die Palme gebracht, wenn ich das so sagen darf, denn diese Karten sind sowohl für Unternehmen wie auch Regierungen entworfen worden. Das Vokabular des *Resets*, das Vokabular von Herrn Schwab, entspricht genau dem der *Cancel-Culture*, wie sie an der [*Evergreen University*](#) in den USA herrscht...

Was Schwab von den Unternehmen, von den Tenören des Überwachungskapitalismus verlangt, ist, dass sie ethische Chartas verabschieden, um Platz für Minderheiten und das Klima zu schaffen. In der Tat, um die *Cancel Culture* anzuwenden. Der rote Faden ist ganz einfach: Wir halten alles an. Wir löschen. Wir streichen die alte Welt. Zusammenfassend würde ich sagen, dass es sich im Fall des *Great Reset* um einen soziokulturellen Hausarrest handelt, und im Fall der *Cancel-Culture* um einen chromatischen (umgefärbten) Hausarrest; beides gehört zusammen. Digitaler Hausarrest heißt: Man bleibt zu Hause, man digitalisiert, man karboisiert nicht mehr – das ist der Geniestreich; man kann nicht mehr gegen den Kapitalismus sein, es ist für das Klima. Kapitalismus ist grün! Von Google grün umlackiert. Wer würde dagegen sein? Und die andere Zuordnung ist zur Ethnie, zur Rasse. Sie müssen Ihr „*weißes Privileg*“ bedauern. Es passt alles zusammen.

Die Titelseiten der *Times* und der *New York Times* zeigen im Voraus, wie Sie sagen, die großen Trends der zukünftigen Entwicklungen in den westlichen Ländern auf. Sie haben vor kurzem den „Großen Reset“, Assa Traoré, und vor kurzem die UNEF (franz. Studentengewerkschaft), „Vorhut des Wandels“ in Frankreich, vorgestellt. Gibt es irgendetwas, worüber man sich Sorgen machen muss?

Es ist höchste Zeit, aus dem Viehtransporter auszusteigen, der uns zum Schlachthof bringt. Wir müssen aussteigen. Wir müssen den „*Bruxellit*“ – ein Europa ohne Brüssel schaffen. Wir müssen den Briten folgen, unsere Macht, unsere Unabhängigkeit, unseren Stolz, unsere Vergangenheit, unsere Autonomie des Denkens wiedergewinnen. Seit dem Mai 1968 und den Berkeley-Unruhen sind wir den Vereinigten Staaten gefolgt und haben ihr Modell

importiert. Es ist ein Land im Niedergang, das auseinanderfällt, es verschwindet und zieht uns in seine Erschütterungen hinein, es exportiert uns den „Wokismus“, den *Dekolonialismus* und den Kampf der Rassen, der Hass in unserer Mitte sät.

Was sollte getan werden?

Halten Sie die Bewegung der galoppierenden *Defrancierung* auf. Wir müssen einen Schritt nach oben machen, den frischen Wind finden, auf den Gipfeln, Frankreich betrachten, wie es ist, überall vernarbt, verwundet, erschöpft, verroht, zerschunden. Wir müssen eine französische Schule der Höflichkeit neu erfinden. Um das leidenschaftliche französische Volk neu zu gestalten, müssen wir der Schule einen neuen nationalen Roman aufzwingen. Kleine französische Kinder werden dann ihre große Geschichte wiederentdecken, werden mit einem Epos, einer Romanze, einer Legende leben, und Frankreich wird wieder zu Frankreich, dem Frankreich der Assimilation.

Und für diejenigen, die sich nicht assimilieren wollen, sollten wir eine *Remigration* wagen?

Erlauben Sie mir, meinen angesehenen Professor für Geschichte am Institut für Politische Studien in Paris, Pierre Milza, zu zitieren. Er erklärte uns, dass es zur Zeit der zweiten großen Völkerwanderung, in der Zwischenkriegszeit, viele gescheiterte Verpflanzungen von Italienern, Spaniern und Portugiesen gab, die nach Frankreich kamen, um Arbeit zu suchen, und dann wieder nach Hause gingen, weil sie nicht in zu unseren Sitten passten. Von den drei Millionen Italienern, die damals kamen, blieb nur eine Million in Frankreich. Es gab eine *Remigration*. Es ist keine Erfindung, keine Ideologie. Es gab also einen Präzedenzfall.

Jeder, dem die Assimilation angeboten wird und der unsere Geschichte, unsere Lebensweise und unsere Sprache ablehnt, muss verstehen, dass er nicht mehr nach Frankreich gehört. Ich möchte noch weiter gehen. Es wird von selbst geschehen, so wie es bei den Italienern der Fall war. Warum? Weil Angst die Seiten wechseln wird, weil die Liebe die Seiten wechseln wird, weil die Macht die Seiten wechseln wird, weil die Anziehung die Richtung ändern wird, weil die Gelassenheit die Seiten wechseln wird, weil die Stärke die Seiten wechseln wird.

Wenn es morgen die Bourgeois von Calais gibt, die ihren Kopf erheben und sagen wird: „*Ich akzeptiere nicht mehr, dass mein Kopf aschfahl ist und ich jeden Morgen den Schlüsselbund zu unseren Siedlern tragen und ein Knie auf den Boden setzen muss*“, dann wird die Bourgeois von Calais ihren Glanz wiedererlangen und das Calais unserer allegorischen Unterwerfung wird seine Unabhängigkeit wiedererlangen. So einfach ist das. Eine Nation, die zweifelt, die feige ist, die sich selbst auflöst, kann nichts mehr für sich selbst tun. Wenn wir in die Herzen der jungen Menschen nicht nur ihren Ruhm, ihre Geschichten, ihre Epen legen, sondern unsere eigenen, unsere Legenden und unsere Helden, dann werden wir wieder Franzosen. Und die Adoptivmutter wird wieder Farbe bekennen und das französische Wagnis wird seine Fortsetzung finden.

Ist Emmanuel Macron, der oft als einer Ihrer Freunde dargestellt wird, einer der Kandidaten, der für das Ende der französischen Zukunft steht?

Ich würde so gerne antworten: Nein – oh weh! Ich erinnere mich an ein ernstes Gespräch mit Emmanuel Macron. Er fragte mich: „*Was sollte der nächste Präsident tun?*“ Ich antwortete: „*Der nächste Präsident wird nicht danach beurteilt werden, was er verändert hat, sondern danach, was er gerettet hat.*“

Allmählich wurde mir bewusst, dass Emmanuel Macron keinen Gefallen an Frankreich findet. Für ihn ist die Politik ein Dominospiel. Er spielt, er nimmt Risiko auf sich... Ich spürte in ihm eine gewisse Trauer um die Provinz, als wir über die „*Gelbwesten*“ sprachen. Er geht nicht auf das intime Verständnis von kleinen Bürgermeistern und kleinen Chefs ein. Das [Triptychon](#) der kleinen Kommune, des kleinen Vereins und des kleinen Unternehmens ist für mich die Größe Frankreichs!

Wir sprechen vom Aufbruch der Nation, aber für ihn bedeutet es in Wirklichkeit, Frankreich von Grund auf neu aufzubauen, nachdem er einen Befreiungsschlag getan hat. Er hat Saint-Justs Satz aufgegriffen und in digitale Form gebracht: „*Glück ist eine neue Idee in Europa.*“ Er hatte die Kühnheit, nach Orleans zu fahren, um Jeanne d'Arc zu gedenken, aber in Wirklichkeit berührt ihn nichts, was das französische Mysterium ausmacht.

Für mich ist die schlimmste Geste seiner fünfjährigen Amtszeit die, unsere Straßen anzufassen: Er hat es gewagt, einen Verächter der französischen Identität – Pascal Blanchard – um eine Revision der [Epigraphik](#) öffentlicher Denkmäler zu bitten, um Platz für „Diversität“, d.h. Hautfarbe, zu schaffen. Er will zeigen, dass Frankreich nicht Frankreich ist und dass das Land, welches wir lieben, sich bei der Welt zu entschuldigen hat. Er hat es auf die nächste Stufe gebracht: Er will Frankreich verändern.

Wie kommen Sie darauf, was genau?

Erstens will er überall positive Diskriminierung installieren. Und zweitens jagt er der Fantasie der europäischen Souveränität hinterher. Wir haben gesehen, dass er bereit war, die Franzosen sterben zu lassen, um den europäischen Impfstoff der Kommission anzuvertrauen. Er hat also die Gesundheit der Franzosen den Brüsseler Kommissaren aus Gründen der Ideologie geopfert. Er hat die Grenzen Frankreichs im Namen eines Virus geopfert, der keinen Pass hat; mit anderen Worten, im Namen der Ideologie. Er ist ein virtueller Ideologe.

Ich glaube, er sieht mich so an, wie ein Trapper am Hudson River einen Mohikaner am Great River mit einem Federkamm auf dem Kopf ansehen würde. Er ist darüber amüsiert, ich habe ihn wohl eine Zeit lang amüsiert.

Wie sehen Sie die Präsidentschaftswahl 2022?

Sie wird anders sein als alle anderen. Wegen des noch nie dagewesenen Kontextes, in dem die Wahl stattfinden wird, und auch wegen des Zustandes Frankreichs, der auf der Skala der Schwerkraft nichts mit der noch jungen Vergangenheit zu tun hat. Das Land ist nicht nur erschöpft und abgenutzt, es ist auch aufgequollen und im Prozess der Zersetzung.

Sie sprechen vom „Kontext“ ... Aber wir hoffen, dass Covid hinter uns liegt, wenn die Kampagne eröffnet wird?

Ja, aber es wird die Kampagne antreiben. Lassen Sie mich erklären: Wir befinden uns heute in einer Zeit politischer Vereisung und einer geknebelter Bürgerschaft. Niemand meldet sich zu Wort, außer Nachrichtensender, die ihre Prognosen in Reagenzgläsern färben. Die Zähne bleiben zusammengebissen. Wir können nichts von ihren Lippen ablesen. Die Franzosen denken nicht weniger. Es pfeift bei schwacher Hitze im Schnellkochtopf... Es gibt eine gewaltige unausgesprochene Botschaft, die, wenn die Zeit des Tauwetters gekommen ist, die Eiskruste unter Donner wird aufbrechen lassen. Denn das Auftauen setzt ungeahnte Kräfte aufgestauter Wut, aufgestauter Empörung, aufgestauter Ressentiments

frei. An der Wahlurne wird es keine Vorzugsstimmen mehr geben, sondern nur blitzschnell in Verbitterung ausgestreckte Finger: „Ihr habt uns sterben lassen und jetzt kommt ihr, um unsere Stimmen für eine weitere kostenlose Runde abzuholen? Wofür? Um neu anzufangen? Zur totalen Kontrolle? Für den universellen Chip?“ All die Komödianten des Staatshygienismus, die mit unserer Misere in Verbindung gebracht werden, all diejenigen, die die Biopolitik ausgeübt haben, all diejenigen, die während Covid die tragenden Mauern, die seit fünfzig Jahren der Lässigkeit bröckeln, niedergerissen haben, werden benannt, überführt und ihrerseits entlarvt...

Orwells „*Minister der Wahrheit*“ werden beiseite gefegt und ihre „*Lügen-Wahrheit*“ angeprangert. Diese Wahl wird kein altmodischer Wettbewerb mehr sein, keine programmatische Nachahmung, kein Spiel mit Niedlichkeiten und kokettem Gehabe, sondern ein moralisches Drama.

Warum ein moralisches Drama?

Wegen dem, was auf dem Spiel steht. Wir haben es nicht mehr mit Fragen der ideologischen Optionen oder gar des Charismas zu tun, sondern mit lebenswichtigen Entscheidungen. Wir sind weit entfernt von der Vermarktung und dem Anspruch des „*fortgeschrittenen Liberalismus*“, der „*stillen Kraft*“ oder des „*sozialen Bruchs*“, oder der „*neuen Welt*“. Der Aufbruch der Nation gleicht unseren Einrichtungen für alte abhängige Menschen! Wir sind beim Thema des Überlebenssystems. Wir können in den [tellurischen](#) Stimmungen der Zeit, in der wir leben, spüren, dass der nächste Präsidentschaftswahlkampf der großen Unterwerfung vorausgeht, auf die uns alle unsere Eliten vorbereiten. Sie haben bereits ein [Edikt von Nantes](#) im Kopf, eine Zerstückelung der öffentlichen Macht, bereit, auf einem grünen Teppich – und mit der Ermutigung geistlicher Autoritäten – die Festungen den Angreifern zu überlassen, die beabsichtigen, uns zu „entkolonisieren“, um uns zu „kolonisieren“. Ganz einfach.

Es ist ein Novum in der Geschichte Frankreichs, dass es sich um eine Situation vor dem Bürgerkrieg handelt, in der sich die Gegengesellschaft, die wir haben entstehen lassen, darauf vorbereitet, auf Teilen Frankreichs – in gutem Einvernehmen mit unseren Eliten und unseren Bobos – eine territoriale Teilung zu installieren, die das Tor zur [Dhimma](#) öffnen wird.

Sie sprechen von „Kolonisierung“?

Ja, wir müssen es wagen, das Wort zu benutzen. Frankreich kann eine Kolonie werden. Und ganz Europa wird folgen. Wir haben die Wut des Lebens verloren. Wir befinden uns in einem Zustand der Betäubung, der allen Kollaborationen vorausgeht. „*Die Zeit der Vaterländer ist vorbei*“, rechtfertigte sich [Drieu La Rochelle](#). Das Wort „*Kolonisierung*“ ist nicht von mir. Der Ausdruck wurde von [Tariq Ramadan](#), dem Verfechter der [Taqiyya](#), geprägt, der ihn vor einigen Tagen zu einer an die Vorstädte gerichteten Parole machte. Es wird zwei Zivilisationen geben, die sich gegenüberstehen und die nicht mischbar sind, die arabisch-muslimische und die christlich-abendländische, und es gibt sie bereits.

Glauben Sie, dass Frankreich verschwinden könnte?

Ja, es ist in großer Gefahr. Es verliert seine Lebenskraft, d.h. ihr Triptychon der Zivilität: Ihre Geschichte – unsere Historiker gehen an den Mauern entlang, wenn sie nicht zu Forensikern geworden sind, die krankhaft nach unseren bösen Wunden suchen – ihre Lebenskunst – die „*grünen Khmer*“ bringen uns einen großen Schritt in Richtung des

permanenten Umerziehungslagers – ihre Sprache, die bald von der inklusiven Schrift aufgesaugt wird, die den französischen Geist korrumpiert. Die neueste Erfindung unseres Präsidenten: Die Änderung der Epigraphik unserer Straßen, um die Rasse überall in unser öffentliches Leben zu bringen: Wir wählen [Dumas](#) nicht wegen seines Stils, sondern wegen seiner Hautfarbe. Und wir werden am Ende in den Abendnachrichten bedauern, dass Hugo ein Dichter des universalistischen „*Weißseins*“ war. Dieser chromatische Hausarrest bereitet das Ende des *Französischen* vor.

Was steht also auf dem Spiel?

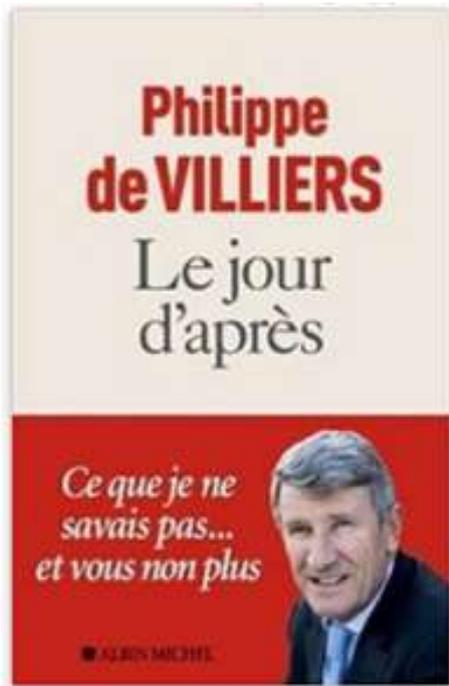
Die Herausforderung besteht darin, dringend eine Politik der Zivilisation wiederzuentdecken. Die tragische Alternative ist Assimilation oder Tod. Frankreich muss refrancisiert werden. Wir müssen die kleinen Franzosen des Verlangens neu erschaffen. Die Wahl ist einfach: Entweder wir holen die französische Idee zurück oder das französische Volk verschwindet auf seinem eigenen Boden. Sie sehen, es geht nicht mehr um Absperrungsgesten oder einen programmatischen Kolonialwarenladen – Steuern senken -, sondern um den entscheidenden Sprung nach vorn... Frankreich zu Hause durchsetzen, die fünfte Kolonne aufscheuchen, damit die Angst die Seiten wechselt und die französische Lebenslust wiedergeboren wird. O Frankreich, geliebt von meinem [angevinischen](#) Nachbarn, von unserem kleinen [Liré](#), „Mutter der Künste, der Waffen und der Gesetze“...

Und was werden Sie tun? Zurück in die Vendée, zu Ihrem Liré du Bocage? Zurückgehen, um Maiglöckchen zu pflücken?

Nein, keine Maiglöckchen, kein Ginster, keine Bouquets des Lichts. Dieses Buch ist kein Werk der Literatur. Es ist ein Schrei, ein Schrei des Alarms, des Entsetzens, ein Schrei des Appells. Ein Aufruf zum Aufruhr. Wenn er seinen Lesern auf der [Agora](#) begegnet, auf die ich hinabgestiegen bin, so oder so, werde ich diesen Ort nie mehr verlassen. Solange mein Wort die Rebellen und Dissidenten des französischen Aufstandes aufzurütteln vermag.

„Le Jour d'après“, von Philippe de Villiers, [Albin Michel](#), 224 Seiten, 19 €

Was wir erlebt haben, hat sich zuvor schon zugetragen: Während der Simulationsübung zu einer Coronavirus-Pandemie, am 18. Oktober 2019 in New York. Es wurde gefilmt und steht im Internet. Dies geschah wenige Monate vor Auftreten der Pandemie. In Wirklichkeit haben die Beteiligten – Giganten des Überwachungskapitalismus – die kommende Katastrophe voraus gesehen. Sie hatten sich eine Welt aus einem Guss ohne Trennwände gewünscht. Sie wussten, dass diese Welt hochgradig pathogen sein würde. Sie wussten es und haben sich darauf vorbereitet. Sie haben die Pandemie als „Fenster der Opportunität“ herbeigesehnt. Nachdem Sie kam, war sie ein Glücksfall für Big Tech und alle Monopolkapitalisten. Auch für die Regierungen, um ihr Modell einer „Disziplinargesellschaft“ auf den Prüfstand zu stellen. So bereiteten sich die globalisierten Eliten auf den Tag danach vor. Die perfekte Gelegenheit, die Gesellschaft zu verändern, um die Pläne der *Entsozialisierung* mit der Ideologie des „*Totalen Guten*“ durchzusetzen. Philippe de Villiers hat zur Feder gegriffen, um seine Leser wach zu rütteln in der Hoffnung zum Aufstand des Gewissens beizutragen.



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) V-4 & Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 10. bis 16. Mai

17. 05. 2021



Visegrád-4 · Foto: Visegrád Post

V4

- Die Botschafter der vier Länder der Visegrád-Gruppe in Frankreich – Georg von Habsburg-Lothringen (Ungarn), Michal Fleischmann (Tschechische Republik), Igor Slobodnik (Slowakei) und Tomasz Młynarski (Polen) – veröffentlichten am 7. Mai in der französischen Tageszeitung L'Opinion einen gemeinsamen Meinungsbeitrag, in dem sie vor allem die Beziehungen der V4 zu Europa, das sie als „gemeinsames Haus“ bezeichnen, diskutieren: „Die Visegrád-Gruppe muss nicht nur durch ihr Leben innerhalb der EU gesehen werden. Aus dieser Zusammenarbeit, die als Visegrád-Gruppe bekannt ist, ist eine Plattform für den politischen Dialog entstanden, deren krönender Abschluss die Mitgliedschaft ihrer Mitglieder in der EU, der NATO und der OECD ist. [...] Die Visegrád-Gruppe bleibt nun ein Katalysator für die Zusammenarbeit in ganz Mitteleuropa. Dreißig Jahre nach dem Fall des Kommunismus sind der wirtschaftliche und politische Erfolg sowie der große soziale Fortschritt unserer vier Länder unbestreitbar. Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn sind der Beweis für den Erfolg der europäischen Integration. Die Corona-Krise hat uns Europäern heute noch stärker bewusst gemacht, wie verletzlich unsere Union ist, trotz unserer historischen und ideologischen geografischen Nähe. Die gemeinsame Verteidigung des Erbes der europäischen Integration wird noch wichtiger als bisher. Wir sind überzeugt, dass Europa unser gemeinsames Haus ist und seine Zukunft von unserem koordinierten Handeln im Geiste der europäischen Solidarität abhängt.
- Armin Laschet, Nachfolger von Angela Merkel an der Spitze der CDU und Kandidat der Partei für das Amt des Bundeskanzlers bei der kommenden Bundestagswahl im September, sagte in einem am 7. Mai in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlichten Interview: „Wir müssen [...] die Spaltung zwischen West und Ost überwinden. Deutschland sieht es als seine Aufgabe an, Tschechien, Ungarn und Polen wieder in die Mitte Europas zu holen.“

- Am Donnerstag, den 13. Mai, kündigte die ungarische Familienministerin Katalin Novák die Bildung einer „Pro-Familien-Koalition“ durch die Länder der Visegrád-Gruppe an.

Ungarn

- Da die Modalitäten für die Umsetzung des Europäischen Impfpasses noch nicht feststehen, verhandelt Ungarn derzeit über bilaterale Abkommen, um für seine geimpften Staatsangehörigen, die im Besitz des Ungarischen Impfpasses (védettségi igazolvány) sind, so viel Reisefreiheit wie möglich wiederherzustellen. Nach mehreren Abkommen mit Balkanstaaten wurde nun auch mit Rumänien ein neues Abkommen auf der Basis der Gegenseitigkeit geschlossen, wie der rumänische Premierminister Florin Cîțu am heutigen Samstag, 7. Mai, auf einer Pressekonferenz in Constanța am Schwarzen Meer verkündete und nebenbei darauf hinwies, dass ab 1. Juni an rumänischen Stränden keine Maskenpflicht mehr besteht und Hotels und Restaurants dann auch in Rumänien wieder uneingeschränkt öffnen können.
- Laut einer am 5. Mai veröffentlichten demografischen Studie sind im Jahr 2020 23.100 Ungarn ins Land zurückgekehrt, während im gleichen Zeitraum 19.300 auswanderten. Die ungarischen Auswanderer entscheiden sich heute hauptsächlich für das benachbarte Österreich (vor einigen Jahren war es Deutschland) und kehren auch am zahlreichsten aus diesem Land zurück. Auf der anderen Seite scheint der Brexit keine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegungen, sowohl in als auch aus dem Vereinigten Königreich, gehabt zu haben.
- Auf einer Pressekonferenz am Dienstag, den 11. Mai, erläuterte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó die Entscheidung Ungarns, sich einer neunten Resolution der Europäischen Union zu widersetzen, in der Chinas Hongkong-Politik verurteilt wird – ein Schritt, den sein deutscher Amtskollege, der Sozialdemokrat Heiko Maas, scharf kritisierte: „Wenn wir nun den Nutzen dieser acht Erklärungen und Resolutionen betrachten – hat es eine Veränderung bewirkt, die wir für gut halten, wenn es einen positiven Schritt in unseren chinesisch-europäischen Beziehungen bewirkt hat? Die Antwort auf all diese Fragen ist nein.“
- Nach einem Treffen mit seinem tschechischen Amtskollegen Jakub Kulhanek verkündete der ungarische Außenminister Péter Szijjártó am Dienstag, den 11. Mai, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Budapest, dass Ungarn und die Tschechische Republik kurz davor stünden, „bis zum Ende der Woche eine Vereinbarung über die Aufhebung aller Reisebeschränkungen zwischen den beiden Ländern für geimpfte Bürger“ abzuschließen.
- Bezugnehmend auf die von der Opposition entfachte Kontroverse gegen das Projekt, in Budapest einen Campus der Fudan-Universität zu errichten, erklärte der Bürgermeister der ungarischen Hauptstadt, Gergely Karácsony, am Mittwoch, dem 12. Mai, auf seinem Facebook-Account: „Wir werden keinen einzigen Quadratzentimeter der Studentenstadt hergeben, und wir werden nach Brüssel gehen, um zu verhindern, dass die Subvention der Europäischen Union verschwendet wird, damit die Regierung das Geld verwalten kann, das den Ungarn gehört [...] Erinnern wir uns an diesen Tag. Der Tag, an dem der Fidesz das Gelände für bezahlbaren Wohnraum für 15 000 ungarische Studenten an die chinesische Staatsuniversität übergab, an dem der gesamte ungarische kommunale Mietwohnungssektor zugunsten von Ministern und Angestellten, die in Wohnungen im Burgviertel arbeiten, eingestellt wurde, an dem die Regierung auf 3,5 Billionen Forint Hilfe der Europäischen Union zur Erholung des Landes verzichtete, was umgerechnet bedeutet, dass jedem Ungarn 350 000 Forint weggenommen wurden.“

Und erinnern wir uns an den Tag, an dem wir auf den Fersen sind und das nicht zulassen werden.“

- Während Ungarn derzeit der am meisten geimpfte EU-Mitgliedsstaat ist (10. in der Welt) und das Prinzip des Impfpasses – der noch lange kein europäischer Pass ist – langsam umgesetzt wird, erlaubt der ungarische Immunitätsnachweis (védettségi igazolvány) seinen Inhabern nun, (ohne PCR-Test) nach Kroatien, Slowenien, Serbien, Montenegro sowie in die Türkei und nach Bahrain zu reisen, nicht aber nach Österreich, Deutschland oder Großbritannien.
- In diesem Zusammenhang erfahren wir auch, dass Ungarn bei den vier Spielen der Euro 2021, die im Juni in Budapest stattfinden werden, keine „Absperrungsgesten“ einsetzen wird. Diese Entscheidung hat die ungarische Presse gespalten. Die Sporttageszeitung Nemzeti Sport befürwortet diese Entscheidung, weil Ungarn ihrer Meinung nach dank der vielen Impfungen sicher wäre, während Népszava der Meinung ist, dass dadurch bei jedem Spiel „68.000 Menschenleben in Gefahr“ sind.

Polen

- Das polnisch-norwegisch-dänische Projekt Baltic Pipe – das den norwegischen Teil der Nordsee über Dänemark mit Polen verbinden soll – ist im April in die Bauphase eingetreten und ab diesem Sommer werden Speziialschiffe mit der Verlegung der 274 km langen Pipeline auf dem Meeresgrund der Ostsee zwischen Polen und Dänemark beginnen. Das Ziel der Pipeline ist es, Polen unabhängiger von russischem Gas zu machen.
- Der für das nationale Impfprogramm zuständige polnische Minister Michał Dworczyk kündigte am Montag, den 10. Mai, eine Verkürzung der Zeit zwischen den beiden Impfdosen für die Impfstoffe von Pfizer-BioNTech, Moderna und AstraZeneca auf fünf Wochen an: „In Verbindung mit der Position der Ärztekammer haben wir die Entscheidung getroffen, die Zeit zwischen der Verabreichung der ersten und zweiten Dosis zu verkürzen. [...] In puncto Sicherheit und Gesundheit wird alles nach den Regeln und Richtlinien der Hersteller gemacht. Bis zum 9. Mai hatten 9,7 % der Polen ihre zwei Dosen des Impfstoffs erhalten (11,06 % in der Europäischen Union).
- Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki gab am Montag, dem 10. Mai, bekannt, dass das Haus von Marie Skłodowska-Curie in der Nähe von Paris für rund 3,5 Millionen Zloty zum Verkauf steht und dass die polnischen Behörden gerade Schritte unternommen haben, um dieses Erbe zu kaufen, das Teil des polnischen Nationalerbes ist.
- Konkrete Anzeichen für die gute Gesundheit der polnischen Wirtschaft, sowohl in Bezug auf die Erholung als auch auf das Wachstum: Nach Schätzungen der Nationalen Handelskammer beliefen sich die polnischen Exporte im März auf mehr als 24 Mrd. Euro (+12,9 % im Vergleich zum Februar und +25,8 % im Vergleich zum März 2020). Mit einem Anstieg der polnischen Exporte nach Deutschland um 15 %, während die Exporte in die USA um 11 % zurückgingen, ist Polen nun der drittgrößte Exporteur nach Deutschland, gleich hinter China und den Niederlanden und vor den USA.
- Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigte am Mittwoch, den 12. Mai, an, dass Kultureinrichtungen acht Tage früher als ursprünglich geplant wieder öffnen können – vorerst natürlich nur für diejenigen, die geimpft sind oder einen negativen Test nachweisen können: „Wir beschleunigen die Öffnung von Kinos, Theatern, Philharmonien und Kultureinrichtungen um acht Tage, also auf den 21. Mai, damit im Rahmen der immer wieder zu betonenden Gesundheitsvorsorge diese Bereiche des gesellschaftlichen und sozioökonomischen Lebens früher aktiviert

werden können. Dabei sagte Morawiecki auch voraus: „Je mehr Menschen gegen Covid-19 geimpft werden, desto eher wird die Herdenimmunität erreicht. – Und je schneller wir diese schlechte Phase hinter uns lassen [und] mit mehr Optimismus in die Zukunft blicken können.“

- Laut den von der Europäischen Kommission am Mittwoch (12. Mai) veröffentlichten Prognosen wird das polnische BIP im Jahr 2021 um 4% und im Jahr 2022 um 5,4% wachsen, verglichen mit früheren Prognosen von 3,1% in diesem Jahr und 5,1% im nächsten. Diese Verbesserung des BIP sollte auch mit einer leicht höheren Inflation einhergehen, wobei die Europäische Kommission für 2021 mit 3,5 % und für 2022 mit 2,9 % rechnet.
- Nach Informationen, die am Donnerstag, dem 13. Mai, in der Zeitschrift wPolityce veröffentlicht wurden, setzen sich die Botschafter in Polen aus den skandinavischen Ländern, Deutschland, Belgien und Frankreich Berichten zufolge bei ihren Kollegen in anderen Ländern dafür ein, eine weitere Erklärung der LGBT-Lobby zu unterzeichnen, in der gefordert wird, „die Menschenrechte von LGBT-Personen und anderen aus Gemeinschaften, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, zu garantieren und Diskriminierung zu beenden, insbesondere auf der Grundlage der geschlechtlichen Orientierung oder der Geschlechtsidentität“.
- Am Donnerstag, den 13. Mai, stimmte der polnische Senat erneut über die Wahl eines neuen Ombudsmannes ab, nachdem das Mandat des derzeitigen Ombudsmannes, Adam Bodnar, abgelaufen war. 48 Senatoren stimmten für den bereits vom Sejm bestätigten PiS-Kandidaten Bartłomiej Wróblewski, während 49 dagegen stimmten und zwei sich enthielten. Da das Verfassungsgericht am 15. April festgestellt hat, dass die Ausübung des Amtes des Ombudsmannes durch Adam Bodnar nach dem Ende seiner Amtszeit im September 2020 verfassungswidrig ist, befindet sich Polen derzeit tatsächlich in der Situation, ohne Ombudsmann zu sein. Angesichts der Situation zwischen dem Sejm und dem Senat haben einige Mitglieder der Opposition vorgeschlagen, dass die PiS einen Kandidaten nominieren sollte, der keiner Partei angehört.
- Auf einer Konferenz im Sejm am Donnerstag, den 13. Mai, erklärte der Abgeordnete Michał Wawer von der rechten Oppositionspartei Konfederacja, dass die Impfpässe „zig Millionen Menschen, darunter mindestens 10 Millionen polnische Staatsbürger, erheblich bei Reisen in Europa beeinschränken oder sogar daran hindern werden“. Sein Kollege Jakub Kulesza sagte, dass die Pässe im Widerspruch zu den Prinzipien der Europäischen Gemeinschaft und der polnischen Verfassung“ stünden und der erste Schritt in Richtung eines totalitären Staates“ seien, und wiederholte die kategorische Ablehnung seiner Partei gegen gesundheitliche Segregation und Impfpässe“. „Ich glaube, dass wir mit großem sozialen Widerstand dieses totalitäre Projekt stoppen können“, fügte er hinzu.
- Auf einem zu diesem Zweck an diesem Wochenende abgehaltenen Kongress präsentierte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński am Samstag, den 15. Mai, die „Neue Polnische Ordnung“, das Programm der Regierung der Vereinigten Rechten – der um die PiS gebildeten konservativen Koalition – für die kommenden Jahre. „Die Neue Polnische Ordnung ist ein Programm, das vor kurzem formuliert wurde, und heute, nach vielen Abenteuern, soll es dem polnischen Volk vorgestellt werden. Jemand wird fragen, warum heute, warum jetzt? „, erklärte Kaczyński. „Nun, alles deutet darauf hin, dass die Pandemie zu Ende geht. Natürlich sind wir nicht sicher [...]. Aber wir glauben an die Stärke des polnischen Staates, an seine Effizienz, wir glauben an den Sinn der Polen und deshalb präsentieren wir die Polnische Ordnung.“ „Die polnische Ordnung hat zwei Gründe zu existieren. Erstens, weil die Polen davon überzeugt sind – und das zu Recht -, dass sie den gleichen Lebensstandard wie in den westlichen Ländern verdienen, und wir wollen diese Bestrebungen erfüllen [...]

- Der zweite Grund ist, dass die polnische Ordnung auf polnischen Werten basiert. Wir haben unsere Politik immer auf ihnen aufgebaut, auf dem Polen der Tradition, der Solidarität, dem gerechten Polen, dem Polen der Chancengleichheit, egal wo man geboren wurde, sowohl sozial als auch territorial. Das war unser Ziel und es ist ein polnisches Ziel, denn es ist tief in unserer Kultur, unserer Tradition und unserem Denken verwurzelt“, fügte er hinzu. Das Regierungsprogramm verpflichtet alle Akteure der Vereinigten Rechten und wurde von PiS-Präsident Jarosław Kaczyński, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Sejm-Marschallin Elżbieta Witek, Vizepremierminister Jarosław Gowin (Porozumienie) und Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska) feierlich unterzeichnet.

Slowakei

- Der ukrainische Außenminister Dmitro Kouleba gab am Mittwoch (12. Mai) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem slowakischen Amtskollegen Ivan Korčok in Bratislava bekannt, dass die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová am 23. August in Kiew am Gründungsgipfel der „Plattform für die De-Okkupation der Halbinsel Krim“ teilnehmen wird. „Die Slowakei ist einer der ersten Staaten in Europa und der Welt, der seine Solidarität mit der Ukraine demonstriert, da Russland in den letzten Wochen seine Präsenz an der Grenze verstärkt hat. Wir wissen das wirklich zu schätzen“, fügte er hinzu.
- Die Slowakei hat gerade am Samstag, den 15. Mai, den Ausnahmezustand aufgehoben. Es gibt keine Ausgangssperre mehr und es ist wieder möglich, sich zu versammeln. „Wir haben versprochen, dass der Ausnahmezustand keine Minute länger als nötig dauert, und wir haben es gehalten“, sagte Ministerpräsident Eduard Heger.

Tschechische Republik

- Laut dem Anfang Mai von der Europäischen Kommission veröffentlichten Eurobarometer sind nun 40 % der Tschechen für die Einführung des Euro anstelle der Krone, im Vergleich zu nur 21 % im letzten Sommer. Im Vergleich dazu wären 34% der Polen und 63% der Ungarn in den V4-Ländern dafür, dass ihr Land den Euro anstelle von Zloty und Forint einführt. Was die Slowaken betrifft – die seit 2009 Teil der Eurozone sind – sind 86 % mit dieser Währung zufrieden.
- Bereits seit 30 Jahren in vielen europäischen Städten vorhanden, darunter ein Dutzend Städte in der Tschechischen Republik, wurden am 6. Mai in Česká Lípa (dt. Böhmisches Leipa, in Nordböhmen), neue Stolpersteine aus Messing zur Erinnerung an deportierte jüdische Einwohner verlegt – eine Initiative, die 1992 vom deutschen Künstler Gunter Demnig in Köln ins Leben gerufen wurde. „Jüdische Menschen waren vor dem Krieg ein fester Bestandteil der Stadt, eine ziemlich große jüdische Gemeinde lebte dort. Leider wurden alle Spuren ihres Lebens durch den Krieg, ihre gewaltsamen Deportationen und ihren Tod in den Konzentrationslagern unwiderruflich ausgelöscht. [...] Dank dieser Tafeln mit den Namen der damals verstorbenen jüdischen Menschen, die in die Bürgersteige von Česká Lípa eingelassen sind, sind diese Menschen wieder Teil unseres täglichen Lebens“, erklärte die Bürgermeisterin der Stadt, Jitka Volfová (ANO), daher.
- Nach der jüngsten tschechisch-russischen diplomatischen Krise beschloss Russland, die Tschechische Republik auf die Liste der „russlandfeindlichen Länder“ zu setzen – eine Vergeltungsmaßnahme, die sicher nicht zur Entspannung der Atmosphäre zwischen Moskau und Prag beitragen wird.

Slowenien

- 16.5 Eine von der Agentur Parsifal im Auftrag von Nova24TV im April durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass die seriellen Interpellationen der Oppositionsparteien und die zahlreichen organisierten Angriffe ausländischer Medien keinen Einfluss auf die größte Regierungspartei SDS hatten, die überzeugend führt. In der Tat hat sie 37,5 % Unterstützung unter den Wählern, die als sicher identifiziert wurden. An zweiter Stelle folgt die SD-Partei mit 20,3 % der Stimmen und an dritter Stelle die LMŠ-Partei mit 12,4 % der Stimmen.
- 14.5 Die Regierung hat ein Paket von Steuergesetzen an die Nationalversammlung geschickt, das die Steuerlast auf Löhne in den nächsten vier Jahren senken wird. Infolgedessen wird der durchschnittliche slowenische Nettolohn um etwa 1.250 € pro Jahr steigen. Die niedrigeren Steuern werden zu höheren Löhnen führen, aber die Gewerkschaften sind darüber nicht glücklich. Oder, wie ein Twitter-Nutzer schrieb: „Gewerkschaften sollten Arbeitern helfen, nicht linken politischen Parteien. Wenn die Regierung ankündigt, dass die Löhne der Arbeiter nun höher sein werden, mobilisieren sie gegen die Regierung. Warum?“ Tatsache ist, dass jeder normale Gewerkschafter einen solchen Schritt der Regierung begrüßen würde, weil er im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Löhne ist. In Slowenien ist es genau andersherum. Gestern sagte Evelin Vesenjok, Vorsitzende der Gewerkschaft KS 90 – Unabhängigkeit, bei der Erklärung, warum die Gewerkschaften den Wirtschafts- und Sozialrat verlassen haben, unter anderem: „Nur Dummköpfe senken die Steuern, wer wird dann den Haushalt finanzieren?“
- 13.5 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg hat den Eingang einer Beschwerde gegen das fünf Jahre dauernde Verfahren vor dem Verfassungsgericht der Republik Slowenien bestätigt, in dem sich die Verzögerungen häufen, seit Rajko Knez das Gericht leitet. Im Februar 2016 reichte eine 11-jähriger Oberstufenschülerin beim Verfassungsgericht eine Petition zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Sekundarschulgesetzes ein, mit der Begründung, dass es das Recht der Kinder auf Bildung und das Recht der Kinder auf die Wahl einer Sekundarschule verletze. Zwei Jahre später, im Jahr 2018, bat sie als Achtklässlerin um einen vorläufigen Aufschub, damit das Gericht entscheiden könne, bevor sie in die weiterführende Schule eingeschrieben wurde. Das Verfassungsgericht antwortete, dass es nicht über die vorläufige Aussetzung entscheiden werde, da eine Entscheidung in der Sache bereits vorbereitet werde. Bis heute hat das Verfassungsgericht weder über die Petition noch über den Antrag auf vorläufige Aussetzung entschieden.
- 13.5. Die C5-Außenminister, darunter der slowenische Minister Anže Logar, diskutierten heute in Bratislava (Pressburg) über die regionale Zusammenarbeit mit Schwerpunkt auf der Koordinierung der COVID-19-Maßnahmen an den Grenzübergängen während der Sommer-Touristensaison. An dem Treffen, das Teil der informellen Central-5-Initiative ist, nahmen auch die Außenminister der Slowakei, Ivan Korčok, Österreichs, Alexander Schallenberg, Tschechiens, Tomáš Petříček und Ungarns, Peter Szijjarto, teil. „Die C5-Außenministertreffen bringen für alle Länder greifbare Vorteile. Die Koordinierung von Maßnahmen zwischen den Ländern ist der Schlüssel zur Begrenzung der Ausbreitung von Covid-19. Dies wird uns helfen, uns auf die Sommersaison vorzubereiten“, erklärte Logar.
- 12.5. „In ihrer Frühjahrsprognose hat die Europäische Kommission ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in Slowenien in diesem Jahr nach oben korrigiert. Slowenien wird in den Jahren 2021 und 2022 eine der höchsten Wirtschaftswachstumsraten und eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU haben“, heißt es in einer Erklärung der slowenischen Regierung. Die Prognose der

Europäischen Kommission ist ein weiterer vielversprechender Indikator für den Erfolg Sloweniens bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Epidemie. Auch die Schulden werden abgebaut. Die Europäische Kommission prognostiziert, dass die öffentliche Bruttoverschuldung im Jahr 2021 79% des BIP und im Jahr 2022 76,7% des BIP erreichen wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) V-4 & Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 3. bis 9. Mai

10. 05. 2021



Visegrád-4 · Foto: Visegrád Post

Ungarn

- Laut einer Umfrage des Nézópont-Instituts, die am Dienstag, 4. Mai, von der Tageszeitung Magyar Nemzet veröffentlicht wurde, würden derzeit 40 Prozent der Ungarn für Viktor Orbáns Fidesz stimmen, während 34 Prozent für die Koalition der Vereinigten Linken sind. 58 Prozent der Ungarn geben an, mit dem Handeln von Premier Viktor Orbán zufrieden zu sein, während nur 35 Prozent gegenteiliger Meinung sind.
- Der ungarische Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó kündigte am Dienstag, den 4. Mai, an, dass Audi Hungária sein Werk in Győr (Nordwesten des Landes) mit einer Investition von 3,8 Milliarden Forint (10,5 Millionen Euro) erweitern wird, was mit einer Subvention von 1,2 Milliarden Forint (3,3 Millionen Euro) verbunden ist und zum Erhalt von 700 Arbeitsplätzen führen wird. Die deutsche Autoindustrie beschäftigt derzeit 170.000 Menschen in Ungarn und macht 30% der Industrieproduktion des Landes aus.
- Von Euronews auf die angeblich Fidesz-nahe ungarische Pressegruppe KESMA (Közép-Európai Sajtó és Média Alapítvány) angesprochen, antwortete die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová am Montag, den 3. Mai:

„Natürlich würde ich gerne intervenieren. Aber die aktuellen Wettbewerbsregeln sind darauf ausgelegt, viel größere Fälle abzufangen. Und in finanzieller Hinsicht ist der Fall von KESMA in Ungarn zu klein, d.h. der Wert der Fusion ist dafür zu gering. Die Wettbewerbsregeln sind für größere Fälle ausgelegt [...] Diese Frustration [...] wird uns dazu bringen, in Zukunft über bessere Regeln nachzudenken.“ Worauf Judit Varga, stellvertretende Vorsitzende des Fidesz, mit Humor reagierte: „Věra Jourová sagt, sie würde Ungarn gerne bestrafen, aber die Regeln erlauben ihr das nicht. Die „traurigen“ Regeln verhindern also politisch motivierte Aktionen von Eurokraten. Übrigens: Warum ist es für einen Kommissar so frustrierend, wenn in einem Mitgliedsland alles gut funktioniert? “

- Eine Ipsos-Umfrage, die am 6. Mai von der Website Szabad Európa auf ihrem Facebook-Account veröffentlicht wurde, bestätigt, dass der Impfpass alles andere als einstimmig ist. Und es sind sogar die Ungarn, die sich am häufigsten dagegen aussprechen (42%), noch vor den Russen (34%), den Polen (32%), den Belgiern (26%), den Franzosen (23%) oder den Deutschen (20%).
- Fidesz kündigte am Donnerstag, den 6. Mai, die Gründung eines Christlich-Demokratischen Instituts (Kereszténydemokrata Intézet – CDI) an, mit dem Ziel, die internationale Rolle der Partei zu stärken und christdemokratische Werte zu fördern. Der Vorsitz soll István Barankovics und József Mészáros (KDNP) anvertraut werden, während der Direktor für internationale Beziehungen Lorenzo Fontana, ein Mitglied von Matteo Salvinis Lega Nord, sein soll.
- Der ungarische Regierungssprecher Gergely Gulyás sagte am Donnerstag, den 6. Mai, dass die Gesundheitsbeschränkungen für Personen ohne Impfpass in Ungarn mindestens bis August bestehen bleiben werden. Wenige Tage zuvor hatte er außerdem angekündigt, dass in neun Monaten eine neue Impfkampagne in Betracht gezogen werden soll.
- Laut dem demografischen Bericht für das Jahr 2020, der am 5. Mai dieses Jahres vom CSO veröffentlicht wurde, erreichte die Zahl der Kinder von verheirateten Paaren im vergangenen Jahr die Zahl von 64.000, ein Anstieg von 18% im Vergleich zu 2019 und der höchste Stand seit 2006. Diese Zahl spiegelt nicht einen generellen Anstieg der Geburten wider, sondern dass Paare, die sich fortpflanzen wollen, dies nun eher innerhalb einer traditionellen Familie tun. Gleichzeitig lag die Zahl der außerehelich geborenen Kinder im Jahr 2020 in Ungarn bei 28.000, dem niedrigsten Wert seit zwei Jahrzehnten. „Die Rate der außerehelichen Geburten ist in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen und hat sich zwischen 1990 und 2000 von 13% auf 29% mehr als verdoppelt. Die Zahl und der Anteil der unehelichen Kinder ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2020 werden fast 70 % der Kinder von verheirateten Eltern und 30 % von unehelichen Eltern geboren. Dies ist eine signifikante Veränderung gegenüber 61–39% ein Jahr zuvor und 56–44% vor zwei Jahren“, so der Bericht.
- Am Mittwoch, den 5. Mai, scheiterte der Rat der Außenminister der Europäischen Union an der Verabschiedung einer Resolution, die Chinas Politik in Hongkong – einer ehemaligen britischen Kolonie mit Sonderstatus – insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Reform der Wahlordnung verurteilt, da Ungarn sein Veto gegen die Resolution einlegte. Laut dem österreichischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ORF) steht das ungarische Veto im Zusammenhang mit mehreren großen gemeinsamen Projekten zwischen Ungarn und China, darunter die bevorstehende Einrichtung eines Campus der renommierten chinesischen Fudan-Universität in Budapest oder der Bau einer schnellen Eisenbahnverbindung zwischen Budapest und Belgrad, die von China finanziert wird. Dies ist nicht das erste Mal, dass Ungarn ein Veto gegen eine für China ungünstige Resolution einlegt.

- Der Staatssekretär des Verteidigungsministers, Szilárd Németh, überreichte am Donnerstag im Rahmen einer Zeremonie an der Universität Debrecen (im Osten des Landes) zehn Offizieren ihre Diplome als „Weltraumsoldaten“ und erklärte bei dieser Gelegenheit, dass die „Weltraumkriegsführung“ ebenso wie der Terrorismus, die illegale Einwanderung oder die „Cyber Warfare“ zu den großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehört.
- Nach einem Treffen zwischen dem ungarischen Minister für Innovation und Technologie, László Palkovics, und seinem österreichischen Amtskollegen Martin Kocher bekräftigten die beiden Politiker den Widerstand der österreichischen und ungarischen Regierungen gegen die Einführung eines europaweiten Mindestlohns. „Wir akzeptieren die Prinzipien, wir werden uns die Berechnungsmethoden ansehen, aber keiner von uns kann akzeptieren, dass es nicht in den Händen der Mitgliedsstaaten bleiben soll“, sagte Palkovics in einer Erklärung.

Polen

- Beim Empfang seines ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Zelensky am Montag, den 3. Mai, in Warschau am Rande der Feierlichkeiten zum 230. Jahrestag der ersten polnischen Verfassung sprach der polnische Präsident Andrzej Duda mit ihm über „Sicherheit in der Ukraine“, die von Russland besetzte Halbinsel Krim und die russische Besetzung der Bezirke Donezk und Lugansk in der Ostukraine“ und bekräftigte Polens Unterstützung für die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der Europäischen Union. Herr Zelensky seinerseits lud Herrn Duda zu den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine ein, die im August in Kiew stattfinden werden. Die Feier in Warschau war auch eine Gelegenheit für das ukrainische Staatsoberhaupt, sich mit seinen litauischen, lettischen und estnischen Amtskollegen zu treffen, die ihm ebenfalls ihre Unterstützung zusagten. So erklärte der litauische Präsident Gitanas Nausėda: „Litauen wird die illegale Annexion der Krim niemals anerkennen und Schritte unternehmen, um die faktische Besetzung eines Teils der Ostukraine zu beenden [...] Im Europa des 21. Jahrhunderts ist kein Platz für neue Einflussgebiete, die die Souveränität unabhängiger Länder negieren.“
- Eine von Latana für den jährlichen Bericht „Democratic perception Index 2021“ durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Polen die USA als größere Bedrohung für die Demokratie ansehen als China.
- Der Stadtrat von Wałbrzych (dt. Waldenburg/Schlesien) hat – auf Vorschlag des Bürgermeisters Roman Szelemej – am 29. April einen (rechtlich nicht bindenden) Beschluss gefasst, der besagt, dass alle Einwohner der Gemeinde obligatorisch gegen Covid geimpft werden sollen. „Mit dieser Resolution wollen wir mehr Einwohner von Wałbrzych dazu bringen, dass sie denken, dass es sich lohnt, sich impfen zu lassen, um gesund zu sein, damit sie keine Gefahr für ihre Angehörigen darstellen“, erklärte Szelemej, während viele Menschen sehr negativ auf die Initiative reagierten, wobei eine spontane Demonstration vor dem Rathaus stattfand, deren Beamte Berichten zufolge sogar Morddrohungen erhielten.
- Nach einer hitzigen Debatte wurde das Europäische Konjunkturprogramm (KPO), das Polen zwischen 2021 und 2027 ein Hilfspaket in Höhe von 770 Milliarden Zloty (169 Milliarden Euro) gewährt, am Dienstag, den 4. Mai, vom Sejm mit 290 gegen 33 Stimmen bei 133 Enthaltungen angenommen, während alle Änderungsanträge der Opposition abgelehnt wurden. Premierminister Mateusz Morawiecki verteidigte die Ratifizierung: „Heute sagen wir ein starkes ‚Ja‘ zur Entwicklung Polens, zum Aufblühen Polens dank der europäischen Fonds. Es ist eine schnelle Chance, der Pandemie zu entkommen“, sagte er. „Lassen wir die Streitereien beiseite, die Logik

von ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘. Ich appelliere heute an alle Parteien [...] Wir stimmen heute nicht nur über die KPO ab. Heute ist dieser Akt ein Akt darüber, ob die europäischen Fonds für die Entwicklung Polens für das nächste Jahrzehnt angenommen werden oder nicht, und diese Entscheidung ist eine der wichtigsten für die nächsten 10 bis 20 Jahre. Die Kehrseite der Medaille: Von den 33 Abgeordneten, die gegen die Ratifizierung gestimmt haben, gehören 20 der PiS-Mehrheitsfraktion an – obwohl dies schon vor einigen Wochen angekündigt worden war: 18 Abgeordnete der kleinen Partei Solidarna Polska von Justizminister Zbigniew Ziobro, sowie zwei PiS-Abgeordnete, Anna Maria Siarkowska und Małgorzata Janowska – gegen die der PiS-Fraktionsvorsitzende Ryszard Terlecki, kündigte mögliche Sanktionen für diese Disziplinlosigkeit an (wobei jedoch keine Sanktionen gegen die Abgeordneten der Solidarna Polska, die der gleichen Fraktion angehören, erwogen werden) – während fast alle Abgeordneten der Lewica (Die Linke)-Fraktion sich – ausnahmsweise – den Stimmen der PiS-Konservativen angeschlossen haben.

- Die jährliche Inflationsrate in Polen ist in den letzten Monaten stark angestiegen und erreichte im März 4,2 % und im April 4,3 %, während Experten für diesen Mai sogar eine Rate von 5 % voraussagen. Dieser starke Anstieg, der vor allem auf den Preis für Kraftstoff an der Zapfsäule (+28,1 % gegenüber dem Vorjahr) zurückzuführen ist, der zu Beginn der Pandemie im letzten Jahr gesunken war, wird jedoch voraussichtlich nicht von Dauer sein.
- Der geldpolitische Rat (MPC) beschloss jedoch am Mittwoch, den 5. Mai, die Zinssätze unverändert zu lassen, wobei der Lombardsatz seit dem 29. Mai 2020 bei 0,5 % bleibt. Laut der Erklärung des MPC wird die Polnische Nationalbank „weiterhin Schatzpapiere und staatlich garantierte Schuldtitel auf dem Sekundärmarkt in strukturellen Offenmarktoperationen kaufen“.
- Laut einer Umfrage von United Survey für Wirtualna Polska, die am Donnerstag, den 6. Mai, veröffentlicht wurde, würde die PiS von Jarosław Kaczyński ihre Mehrheit im Sejm verlieren, aber dennoch (mit 35,4 % der Wählerstimmen bzw. 211 Sitzen) die größte Partei Polens bleiben, Gefolgt – und das ist die große Überraschung – von Szymon Hołownias Partei Polska 2050 (20,4 % und 109 Sitze), während die Bürgerliche Koalition (KO), die sich um Donald Tusks Bürgerplattform gebildet hat und nun von Boris Budka geführt wird, in der Meinung weiter abnimmt und nur noch die Unterstützung von 15,1 % der Polen erhalten würde. Es folgen die Koalition Lewica (Die Linke) mit 10,4%, die nationalistische Partei Konfederacja mit 5,7% und schließlich die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) mit 5,1%.
- Der Generalanwalt des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), der Bulgare Evgeni Tanchev, hat am Donnerstag, den 6. Mai, seine Schlussanträge zur Beschwerde der Europäischen Kommission gegen Polen bezüglich der im Rahmen der Justizreform geschaffenen Disziplinarkammer veröffentlicht. Ihm zufolge „sollte der Gerichtshof erklären, dass die polnische Gesetzgebung bezüglich des Systems der disziplinarischen Verantwortung von Richtern im Widerspruch zum Recht der Europäischen Union steht“.
- Nach der Aktion einer polnischen Firma (Xero Flor sp. zoo), dessen Berufung vom polnischen Verfassungsgericht abgelehnt worden war, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am Freitag, den 7. Mai, Polen verurteilt, da er der Ansicht war, dass sein Verfassungsgericht aufgrund von „Unregelmäßigkeiten [bei] der Ernennung“ eines seiner Richter – in diesem Fall Professor Mariusz Muszyński – durch die Exekutive und Legislative „rechtswidrig“ sei, die das Recht der besagten Gesellschaft „auf ein gesetzlich verankertes Gericht“ verletzte und erinnerte auch daran, dass der polnische Präsident Andrzej Duda (PiS) „sich geweigert hatte, drei [Verfassungsgerichts-]Richter zu vereidigen, die im Oktober 2015 rechtmäßig gewählt worden waren“. Der EGMR ist daher der Ansicht, dass „die

Handlungen der [polnischen] Legislative und Exekutive die Rolle des Verfassungsgerichts in Frage stellen – mit dem Ziel, sie zu usurpieren“ und damit das „Recht auf ein faires Verfahren“ (Art. 6 § 1. der Europäischen Menschenrechtskonvention) des beschwerdeführenden Unternehmens verletzen.

- Im Rahmen der Maßnahmen gegen die Coronavirus-Epidemie gab das Universitätsklinikum Gdańsk (dt. Danzig/Pommern) am Donnerstag, den 6. Mai, bekannt, dass Besuche bei hospitalisierten Patienten für ungeimpfte Personen nicht mehr erlaubt sind: „Ein Patient darf jeweils von einer Person besucht werden, wobei die Besuchszeit 10 Minuten nicht überschreiten darf. Der Besucher muss nachweisen, dass er zweimal geimpft worden ist. Die Europaabgeordnete Anna Maria Siarkowska (PiS) hat in dieser Angelegenheit einen Appell an den Rechtsverteidiger angekündigt.
- Die Impfkampagne gegen das Coronavirus wird in Polen intensiviert. Nach Angaben des polnischen Gesundheitsministeriums wurden allein am 7. Mai 403.398 Menschen geimpft. Insgesamt wurden bis Freitag, 7. Mai, seit Beginn der Impfkampagne 13.034.348 Menschen in Polen geimpft. Laut Statistik der polnischen Gesundheitsbehörden gab es bisher 7.358 Fälle von Nebenwirkungen (0,056 % der Fälle).
- Die Serie von Maßnahmen der Europäischen Kommission gegen Polen scheint Früchte zu tragen, wenn auch vielleicht nicht ganz in der ursprünglich gewünschten Richtung. Laut einer Eurobarometer-Umfrage, die am Donnerstag, den 6. Mai, von der Tageszeitung Rzeczpospolita veröffentlicht wurde, haben 50 % der Polen immer noch Vertrauen in die Europäische Union, während 38 % es nicht haben. Zum Vergleich: 78% der Portugiesen sagen, sie vertrauen der Europäischen Union, ebenso wie 74% der Iren und 70% der Letten, 59% der Ungarn, 58% der Rumänen, 50% der Slowaken, 48% der Deutschen und Tschechen, 41% der Österreicher und 39% der Franzosen.
- Polen und Ungarn haben den Ausdruck „Gleichstellung der Geschlechter“ aus der Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Porto am Samstag, den 8. Mai, entfernen lassen. „Wir Christen halten das Wort ‚Gender‘ für einen ideologischen Ausdruck, dessen Bedeutung überhaupt nicht geklärt ist [...] Deshalb wollen wir diesen ideologischen Streit nicht mit dem starken Engagement für die Gleichstellung von Mann und Frau vermischen“, erklärte Viktor Orbán.

Slowakei

- Der slowakische Finanzminister und ehemalige Premierminister Igor Matovič kündigte in einem Facebook-Post am 1. Mai seine Absicht an, Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation von Familien zu ergreifen und äußerte sich besorgt über die demografischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Igor Matovič schlägt daher vor, „ein Wunder in letzter Minute zu versuchen und die Slowakei in ein Land zu verwandeln, in dem junge Menschen keine Angst haben, eine Familie zu gründen – in dem eine Familie keine Angst hat, ein weiteres Kind aufzunehmen...“
- Unter Ausnutzung der öffentlichkeitswirksamen Regierungskrise in der Slowakei im März starteten die Oppositionsparteien eine Petition, die ein Referendum über die Abhaltung vorgezogener Neuwahlen forderte. Diese Petition wurde bisher von 585.000 Unterzeichnern unterstützt und am heutigen Montag, dem 3. Mai, an die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová übergeben, die nun verfassungsgemäß 30 Tage Zeit hat, den Termin für das Referendum festzulegen, während ihr Sprecher, Martin Strižinec, sagte, dass Frau Čaputová erst einmal abwarten würde, bis überprüft wurde, dass die besagte Petition von 350.000 slowakischen Bürgern unterzeichnet wurde. Der ehemalige Ministerpräsident Peter Pellegrini (Hlas-SD)

fordert bereits die Volksbefragung: „Ein Referendum ist ein souveränes Recht. Ich möchte die Zweifel, ob die Menschen ein Recht auf ein solches Referendum haben, zurückweisen. Da die Macht des Abgeordneten vom Volk ausgeht, hat das Volk das Recht, ihn zu bitten, seine Amtszeit zu verkürzen“.

- 21% der Slowaken haben zumindest die erste Dosis des Covid-Impfstoffs erhalten, und 270.000 Menschen sind für eine Injektion registriert, was die Befürworter der Massenimpfung beunruhigt, die befürchten, dass es bis Ende Mai niemanden mehr geben wird, der sich impfen lassen will, obwohl die Impfstoffe zur Verfügung stehen.
- Der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger besuchte Wien.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gab dem konservativen slowakischen Portal Postoj ein umfangreiches Interview.

Tschechische Republik

- Das tschechische öffentlich-rechtliche Fernsehen kündigte am Montag, den 3. Mai, an, dass der Impfpass in der zweiten Maihälfte in Tschechien getestet werden soll. Wie bereits angekündigt, wird das Dokument die Inhaber von Quarantäne- und PCR-Tests befreien, auch beim Grenzübertritt zwischen EU-Staaten, während die Tests nun universell, zugänglich, schnell und kostenlos“ sein sollen, da kostenlose Tests in der Tschechischen Republik derzeit nicht garantiert sind.
- Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage, die de facto Abtreibungen in Polen bis auf seltene Fälle verbietet, suchen einige polnische Frauen nun Abtreibungen in der Tschechischen Republik. In diesem Zusammenhang sagte der Staatssekretär des polnischen Außenministeriums, Szymon Szykowski vel Sęk, dass Abtreibungen, die polnischen Frauen in tschechischen Kliniken angeboten werden, „eine Ermutigung zur Verletzung der Rechte polnischer Bürger“ seien und die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigen könnten, während ein Vertreter der polnischen Botschaft in Prag, Chargé d’Affaires Antoni Wrega, Berichten zufolge den tschechischen Gesundheitsminister Jan Blatný offiziell gebeten hat, sich gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf auszusprechen: „Aus Sicht der tschechisch-polnischen Beziehungen halten wir es für bedauerlich, dass Gesetzesvorschläge zur Legalisierung des kommerziellen Abtreibungstourismus offen mit der Absicht begründet werden, die polnische Gesetzgebung zum Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens zu umgehen, und dass diese Vorschläge darauf abzielen, polnische Bürger zur Verletzung des polnischen Rechts zu ermutigen.“ Und Herr Szykowski vel Sęk erklärte, dass „es verständlich war, dass die polnische Botschaft über die mögliche Einführung eines Gesetzes besorgt war, das einen Versuch darstellen würde, das polnische Recht zu umgehen und die Verletzung der Rechte polnischer Bürger in der Tschechischen Republik zu fördern.“ Eine Position, die die Aktivistin Justyna Wydrzynska vom Abortion Dream Team nicht teilt: „Wenn wir die Grenze überqueren, ist das das Ende des polnischen Rechts – wir können das polnische Recht nicht brechen, wenn wir im Ausland sind [...] Wenn ein Land ein Gesetz hätte, das polnischen Frauen verbietet, dort eine Abtreibung zu haben, wäre das eine Diskriminierung polnischer Frauen. Es ist einfach nicht möglich, vor allem, da wir in der Europäischen Union sind [...] Wenn wir nicht nach Tschechien reisen können, gehen wir nach Großbritannien, wir gehen in die Niederlande – wir werden trotzdem abtreiben.“
- Die Tschechische Republik beginnt, die Anti-Covid-Maßnahmen zu lockern. Am 3. Mai konnten einige Schüler (Grund- und Hauptschulen) in sieben der vierzehn Regionen des Landes den Unterricht wie gewohnt wieder aufnehmen (in den anderen Regionen beginnt das Schuljahr eine Woche später), während die Geschäfte ab dem 10. Mai wieder öffnen werden, ebenso wie bestimmte Dienstleistungen

(insbesondere Friseure), sofern der Test negativ ausfällt. Am 17. Mai schließlich wird erwartet, dass die Restaurants wieder öffnen können.

- Die Tschechische Republik wird von Moskau eine Entschädigung für die Explosion des Munitionsdepots in Vrbětice im Jahr 2014 fordern, für die sie den russischen GRU verantwortlich macht.
- Geschichts- und Kartographieexperten der Tschechischen Akademie der Wissenschaften haben Anfang Mai einen Tschechischen Historischen Atlas ins Internet gestellt, der Dutzende von interaktiven historischen und thematischen Karten vom Mittelalter bis zur Gegenwart bietet. Die Seite ist in tschechischer und englischer Sprache verfügbar und ist kostenlos zugänglich. Eva Semotánová vom Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften sagte gegenüber dem Tschechischen Rundfunk: „Wir haben versucht, die interessantesten Bereiche hervorzuheben, die veranschaulichen, was auf dem Gebiet unseres Landes in der Vergangenheit passiert ist. Zum Beispiel Grenzen und Territorien, Religion und Glaube, Bevölkerungen, Landschaft und Menschen. In diesen großen Gruppen finden Sie ausführlichere Informationen, die in chronologischer Reihenfolge präsentiert werden.“

Slowenien

- Am 3. Mai besuchte Premierminister Janez Janša das Allgemeine Krankenhaus in Slovenj Gradec (dt. Windischgrätz), wo er die neu renovierten Räumlichkeiten der Covid-19-Abteilung einweihte und dabei u.a. feststellte, dass die Coronavirus-Epidemie noch nicht vorbei ist. „Slowenien hat mit der ersten Dosis des wirksamen Covirus-Impfstoffs etwas mehr als ein Viertel der Durchimpfungsrate erreicht. Basierend auf den Lieferankündigungen, die für die kommenden Wochen relativ optimistisch sind, können wir jedoch realistischerweise erwarten, dass wir irgendwann Mitte Juni eine Impfquote erreichen, die die Epidemie erfolgreich stoppt“, sagte er.
- Am 3. Mai schickten die slowenischen Initiativen Katedrala Svobode, Zbor za republiko und Awaken Slovenia einen offenen Brief an die europäischen Medien, in dem sie davor warnten, dass seit März 2020 falsche Gerüchte über die Einschränkung und Unterwerfung der Medien in Slowenien kursieren. In dem Brief fordern sie die ausländischen Medien auf, ihre einseitige Propaganda einzustellen und sich besser über die Situation in Slowenien zu informieren.
- Am 4. Mai schrieben Vertreter slowenischer Mobilitätsunternehmen einen öffentlichen Brief zur Unterstützung des Übergangs zur digitalen Mobilität in Slowenien im Vorfeld der Behandlung des Straßenverkehrsgesetzes in der Nationalversammlung der Republik Slowenien. Der Brief wurde von Vertretern von AV Living Lab, Avantcar, GreenGo (T2 Rotolab), GoOpti, Porsche Slowenien, Renault Nissan Slowenien und der Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (GIZ) ACS – Slovenian Automotive Cluster, die slowenische Automobilzulieferer zusammenbringt, unterzeichnet.
- Am 5. Mai gab die Koalition inoffiziell bekannt, dass sie 47 Unterschriften für die Nominierung des neuen Präsidenten der Nationalversammlung gesammelt hatte, da der derzeitige Präsident der Opposition angehörte. Der neue Präsident der Nationalversammlung soll Jožef Horvat sein, ein Mitglied der Nova Slovenija Krščanska ljudska stranka (dt. Neues Slowenien – Christliche Volkspartei, Abkürzung: NSi).
- Am 6. Mai gab der Gesundheitsminister Dr. Janez Poklukar bekannt, dass es nun eine neue Möglichkeit gibt, sich für die Impfung gegen Covid-19 anzumelden, entweder über das zVem-Portal oder über die Website cepimose.si, auf der auch

weitere Informationen über die Impfung und die Impfstoffe gegen Covid-19 zu finden sind.

- Am 7. Mai nahm der slowenische Premierminister Janez Janša am Sozialgipfel teil, einer von der portugiesischen Ratspräsidentschaft organisierten Konferenz in Porto, Portugal. „Die beste Sozialpolitik ist eine Politik der Schaffung neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze. Für eine solche Sozialpolitik brauchen wir ein Schulsystem, das den jungen Menschen nicht nur viel Wissen beibringt, sondern vor allem, wie sie dieses Wissen, das heute so reichlich vorhanden ist, richtig und innovativ nutzen können“, sagte Janša bei seiner Ankunft auf der Konferenz den Medien.
- Am 8. Mai brandmarkte ein Abgeordneter der Mitte-Links-Partei SAB das alte slowenische historische Symbol des karantianischen Panthers als nazistisch. Er wandte sich gegen die Entscheidung der Regierung, Manschettenknöpfe mit dem Symbol als eines der Protokollgeschenke während der EU-Ratspräsidentschaft zu verwenden. Der Europaabgeordnete Marko Bandelli ist der Meinung, dass es sich um ein Symbol handelt, das sowohl „nazistisch“ sei als auch keinen Bezug zu Slowenien habe, trotz aller gegenteiligen historischen Fakten.
- Am 8. Mai wurde die 20-prozentige Durchimpfungsrate mit der ersten Dosis des Covid-19-Impfstoffs in allen statistischen Regionen Sloweniens überschritten, teilte das Nationale Institut für Volksgesundheit mit.
- Am 9. Mai wurde zum Gedenken an den Tag des Sieges im Zweiten Weltkrieg eine Veranstaltung im Zentrum von Ljubljana/Laibach abgehalten, mit dem linken Laibacher Bürgermeister Zoran Janković an der Spitze, bei der wieder einmal die jugoslawischen Fahnen mit dem roten Stern geschwenkt wurden, da die Linken die Veranstaltung zur Verherrlichung der Parteilichkeit und des kommunistischen Totalitarismus nutzten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Donald Tusks ehemaliger Minister arbeitet vor dem EuGH gegen Polen

08. 05. 2021



Der Europäische Gerichtshof · Bildquelle: Remix News

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hat erklärt, dass Polens Disziplinarvorschriften für Richter gegen EU-Recht verstoßen

In einer Stellungnahme, die am Donnerstag veröffentlicht wurde, erklärte der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs, Evgeni Tanchev, dass „der EuGH entscheiden sollte, dass die polnische Gesetzgebung bezüglich des Disziplinarregimes für Richter dem EU-Recht widerspricht.“

Tanchev – der zuvor eine erfolgreiche juristische Karriere als Anwalt unter dem Kommunismus in Bulgarien hatte und seitdem ein Beamter in Europas oberstem Gericht geworden ist – erklärte, dass staatliche Gesetze, die dazu führen, dass polnische Richter mit Disziplinarmaßnahmen wegen der Einreichung von Vorabentscheidungen konfrontiert werden können, inakzeptabel seien.

Der EuGH muss noch über den Fall entscheiden und wird nicht unbedingt Tanchevs Ansicht folgen.

Der stellvertretende polnische Justizminister Sebastian Kaleta reagierte scharf auf Tanchevs Meinung und betonte die Doppelmoral der Europäischen Union.

„Zwei Wochen nach der Aussage des EuGH, dass in Malta und Deutschland Richter von Politikern gewählt werden können, behauptet der Generalanwalt, dass sie in Polen nicht wie in Spanien vom Nationalrat der Justiz gewählt werden dürfen. Die EU hat hier keine Kompetenzen, sondern misst mit zweierlei Maß“, schrieb er in den sozialen Medien.

Kaleta fügte hinzu, dass Tanchev glaubt, dass Richter in Polen mit disziplinarischen Maßnahmen für alle Entscheidungen, die sie treffen, konfrontiert werden können, was seiner Meinung nach eine totale Lüge ist.

„Diese Lügen sollen dabei helfen, die Justizreform durch den neu eingeführten Mechanismus der finanziellen Erpressung zu blockieren“, erklärte er.

Kaleta wies darauf hin, dass es wichtig wäre, zu verstehen, wer hinter der Orchestrierung dieses Angriffs auf Polen steckt: Maciej Szpunar, ein ehemaliger Langzeitminister in der Regierung der Bürgerplattform (PO).

„Fünf Jahre lang war er stellvertretender Minister in der Regierung von Donald Tusk. Danach wurde er direkt aus der Regierung in die Position des Generalanwalts des EuGH versetzt. Derzeit ist er dessen erster Anwalt“, informierte der stellvertretende Justizminister.

Er betonte, dass dies wichtig sei, da bestimmte Anwälte für bestimmte Themen vom ersten Anwalt des Gerichts ausgewählt werden. Daher wählt Szpunar in allen Angelegenheiten, die derzeit diskutiert werden, die Anwälte aus.

Szpunar wählte Tanchev als Verfasser der Stellungnahme zu Polen. Inzwischen erklärt Kaleta, dass Tanchev während der kommunistischen Ära in Bulgarien eine erfolgreiche juristische Karriere gemacht hatte und diese mit Hilfe der postkommunistischen Parteien weiter ausbaut.

Kaleta stellte fest, dass die Justizreform in Polen darauf abzielt, die polnische Justiz von den kommunistischen Eliten und Abhängigkeiten zu trennen.

Quelle: [TVP Info](#) (Redakteur: Grzegorz Adamczyk)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

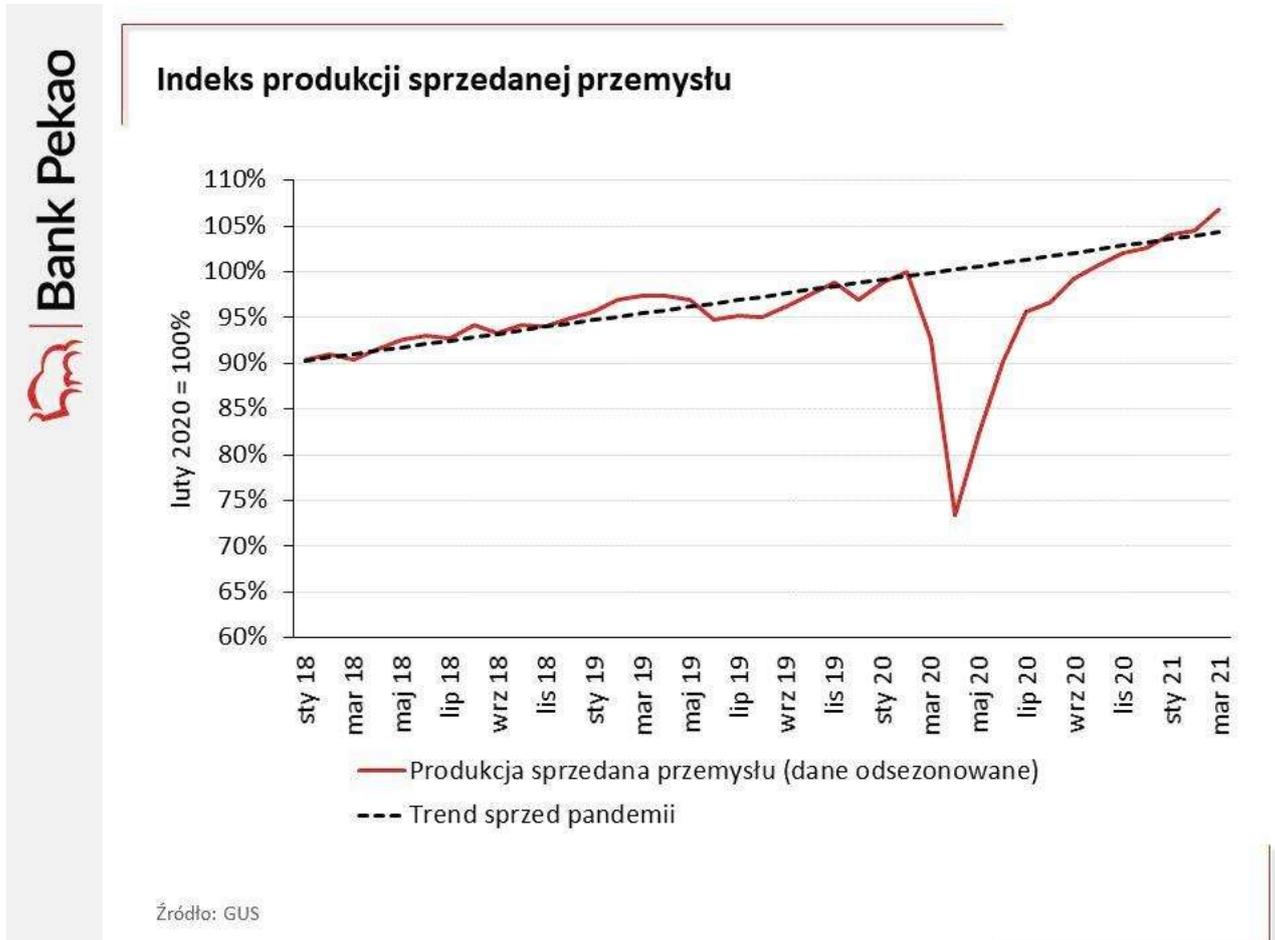
12) Die überraschenden wirtschaftlichen Ergebnisse Polens

10. 05. 2021



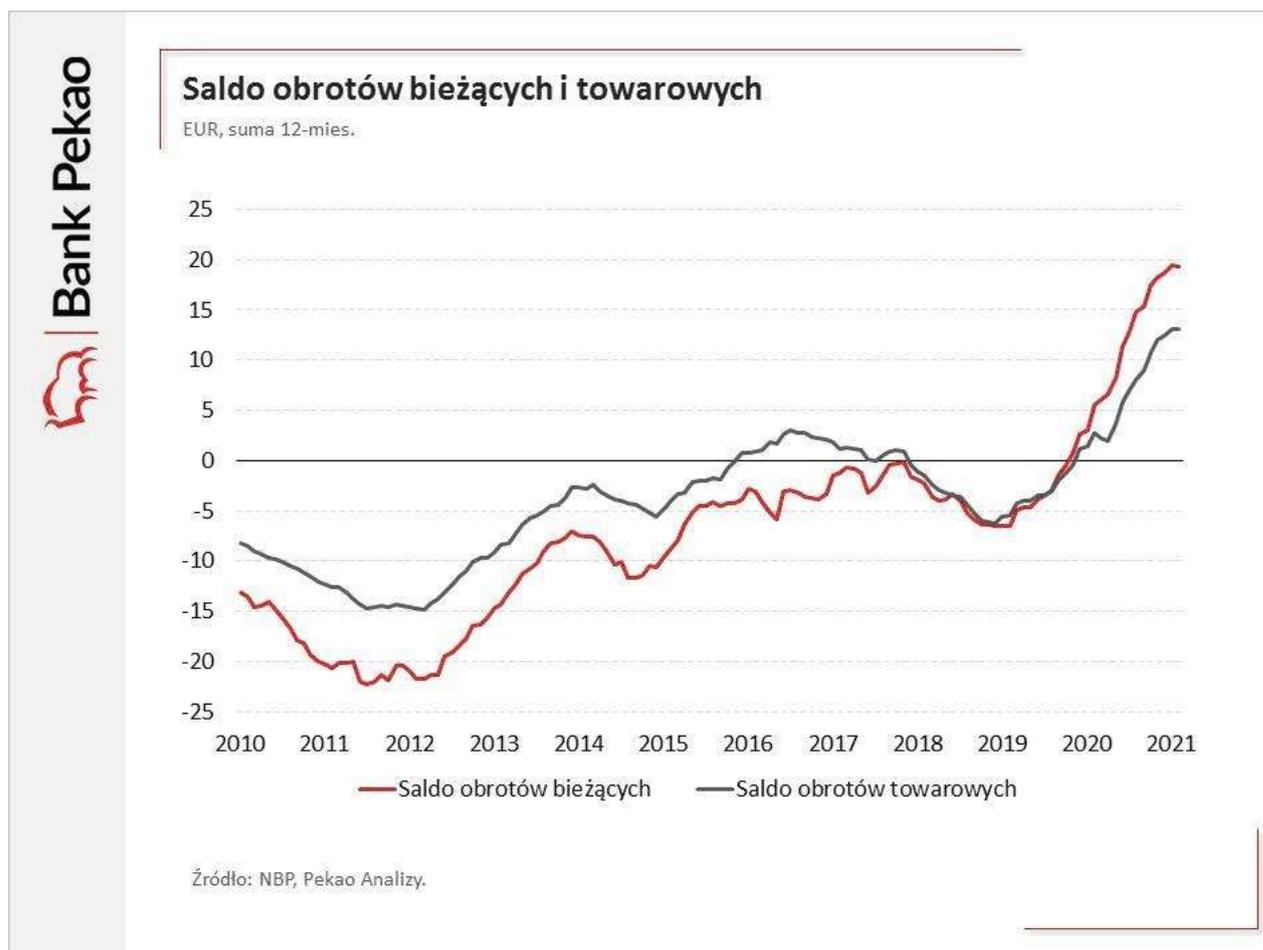
- Polen geht es im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union angesichts der durch die Gesundheitsbeschränkungen verursachten Krise – mit einem BIP-Rückgang von nur 2,8 % im Jahr 2020 und einem prognostizierten Wachstum von 3,1 % in diesem Jahr bzw. 5,1 % im Jahr 2022 (laut Prognosen der Europäischen Kommission) – wirtschaftlich recht gut. Von der gesamten EU schnitt nur Litauen mit einem BIP-Rückgang von 0,9 % im Jahr 2020 besser ab. Zwei weitere EU-Länder hatten eine Rezession unter 3%: Schweden und Estland.
- Diese vorteilhafte Positionierung Polens ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass es nie so strenge Beschränkungen wie in anderen europäischen Ländern (mit der bemerkenswerten Ausnahme Schwedens) wie Großbritannien, Frankreich, Italien oder Spanien angewandt hat oder dass polnische Kleinunternehmer zu verschiedenen Tricks greifen, um trotz der Verbote weiter tätig zu sein, sondern auch auf das Gewicht seiner Industrie, die von den Beschränkungen weniger betroffen ist als Dienstleistungen. Im Jahr 2019 lag der Anteil der Industrie (ohne Baugewerbe) am BIP in Polen bei 25,1 %, verglichen mit 24,2 % in Deutschland, 19,6 % in Italien, 15,8 % in Spanien, 13,5 % in Frankreich und 13,3 % in Großbritannien.
- Im März war der Wert der Auftragseingänge polnischer Industrieunternehmen um 33,1 % höher als im März 2020, und der Wert der Exportaufträge stieg um 37,7 %, aber es stimmt, dass der Frühlingsstau Mitte März 2020 begonnen hatte, ein Monat, in dem die verkaufte Produktion der Industrie um 2,5 % im Vergleich zum gleichen Monat des Jahres 2019 gesunken war.

- Auch im März 2021 stieg die verkaufte Produktion der Branche um 18,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und damit um den größten Zuwachs seit 15 Jahren, nachdem sie im Februar 2021 um 2,7 % im Vergleich zum Februar 2020 gestiegen war. So stiegen die Umsätze der polnischen Industrie im März wieder über das Niveau, das sich normalerweise aus dem Aufwärtstrend vor der Pandemie ergibt, wie diese am 21. April von der Bank Pekao veröffentlichte Grafik zeigt, die auf Daten des polnischen Amtes für Statistik GUS basiert:



Rote Linie: verkaufte Industrieproduktion (ohne saisonale Faktoren); gestrichelte Linie: Trend vor der Pandemie; (Erfassungszeitraum: Januar 2018 bis März 2021)

- Zu den Faktoren, die das gute Abschneiden der polnischen Industrie trotz der Pandemie unterstützen, gehört die verbesserte wirtschaftliche Lage in der deutschen Industrie. Fast 30 % der polnischen Exporte entfallen auf Deutschland (29 % im Januar-Februar 2021, verglichen mit 6,2 % für Frankreich, 5,5 % für Tschechien, 4,9 % für Italien, 4,8 % für Großbritannien und 4,4 % für die Niederlande, um nur die wichtigsten Märkte für polnische Exporte zu nennen).
- Trotz der Krise setzen die gesamten polnischen Warenexporte ihre [im letzten Jahr beobachtete Aufwärtsdynamik](#) fort, mit einem Anstieg von 6,2 % auf 21,3 Mrd. € im Februar 2021 im Vergleich zum Februar 2020, d.h. vor den ersten Sanitärmaßnahmen. Gleichzeitig stiegen die Importe um 6% (ebenfalls in Euro). Polens Leistungsbilanz ist daher weiterhin sehr positiv, wie diese von der Bank Pekao veröffentlichte Grafik auf Basis von Daten der Zentralbank (NBP) zeigt:



- Leistungsbilanzsaldo in Euro, Summe der letzten 12 Monate: Rote Linie: Leistungsbilanzsaldo (gesamt); Schwarze Linie: Leistungsbilanzsaldo der Waren
- Die Dynamik der Exporte ist somit neben dem Wachstum der Industrieproduktion ein zweiter wichtiger Faktor, der die gute Leistung der Wirtschaft in Polen in dieser Zeit der Pandemie erklärt. Diese Dynamik erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, dass [Polen nicht zur Eurozone gehört](#) und daher seine nationale Währung, den Zloty, floaten lassen konnte. Der durchschnittliche Wert des Zloty lag vor der Pandemie bei 4,20–4,30 Zloty pro Euro und schwankt seit März 2020 zwischen 4,40 und 4,65 Zloty pro Euro.
- Nach Sektoren betrachtet, schneidet das polnische Baugewerbe schlechter ab als die Industrie, da das Baugewerbe im März 2021 im Vergleich zum März 2020 um 10,8% zurückging. Wie die Industrie leidet auch dieser Sektor unter den stark gestiegenen Rohstoffpreisen (+4,5 % zwischen März 2020 und März 2021, bei einer Gesamtinflation von 3,2 % im gleichen Zeitraum, davon 7,3 % allein für Dienstleistungen und 1,9 % für Waren). Der Agrarsektor hat zwar viele Probleme, aber nicht besonders unter der Pandemie selbst gelitten, und die polnischen Lebensmittelexporte sind 2020 sogar um 7 % gewachsen, nach 6,9 % im Jahr 2019.
- Im Dienstleistungssektor [boomten die Exporte](#) von Unternehmensdienstleistungen im Jahr 2020 mit einem Exportwachstum von über 10 % und einem Gesamtexportwert von über 28 Mrd. USD, während die gesamten Dienstleistungsexporte von 69,9 Mrd. USD im Jahr 2019 auf 67,2 Mrd. USD im Jahr 2020 sanken. Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen hat sich Polen als krisenresistenter erwiesen als beispielsweise Indien – ein großer Konkurrent in diesem Sektor –, was zum Teil dem Niveau seiner Infrastruktur zu verdanken ist, die einen schnellen und nahtlosen Übergang zur Telearbeit in den ersten Wochen der Sperrung im Frühjahr 2020 ermöglicht hat.

- Für die Wirtschaft insgesamt bleibt die Arbeitslosenquote in Polen die niedrigste in der gesamten Europäischen Union, und der Durchschnittslohn im Unternehmenssektor stieg zwischen März 2020 und März 2021 sogar um 8%. Die nach polnischer Methodik berechnete Arbeitslosenquote lag im März 2021 bei 6,4 %, verglichen mit 5,4 % im März 2020 und 6,2 % im Dezember 2020 sowie 6,5 % im Januar 2021. Aber nach den Kriterien von Eurostat berechnet, lag die Arbeitslosigkeit in Polen im März nur bei 3,1 %, verglichen mit 3,2 % in der Tschechischen Republik, 3,5 % in den Niederlanden, 3,9 % in Ungarn und z.B. 4,5 % in Deutschland und 7,9 % in Frankreich, bei einem EU-Durchschnitt von 7,4 % und 8,1 % in der Eurozone.
- Die Kehrseite der Medaille ist die Inflation: Mit 4,3 % im Jahresvergleich im April nach 3,2 % im März und mit Zinsen nahe der Nulllinie frisst die Inflation die polnischen Ersparnisse auf, was den Anstieg der Immobilienpreise weiter anheizt, da die Sparer versuchen, ihr Geld zu investieren – trotz der Rezession im Jahr 2020. Die andere Kehrseite sind die sich ausweitenden öffentlichen Defizite.
- Mit 161,5 Milliarden Zloty (6,9 % des BIP, was dem EU-Durchschnitt entspricht) hat sich das Defizit der öffentlichen Finanzen im Jahr 2020 verzehnfacht! Infolgedessen ist die Staatsverschuldung in nur einem Jahr von 45,6 % des BIP auf 57,5 % des BIP gestiegen, was aber immer noch viel niedriger ist als in anderen großen europäischen Ländern, wobei der EU-Durchschnitt bei über 90 % liegt.



- **Olivier Bault** ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Europäisches Parlament unterstützt Initiative von PiS-Abgeordneten zur Säuberung der Ostsee von Chemiewaffen aus dem Zweiten Weltkrieg

13. 05. 2021



Deutscher Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg an der Küste des Ostsee · Bildquelle: Remix News

Die Europäische Kommission soll die Resolution des Europäischen Parlaments, die Ostsee von chemischen Waffen und Munition zu säubern, in ihrem Plan für Nullverschmutzung berücksichtigen

Ende April verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zu den in der Ostsee verstreuten chemischen Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Initiative, die von den Europaabgeordneten der polnischen Partei für Recht und Justiz Kosma Złotowski und Anna Fotyga eingebracht wurde, wurde von 660 Abgeordneten unterstützt, während sich acht dagegen aussprachen und 25 sich enthielten.

„Das EP hat mit der Annahme dieser Resolution bestätigt, dass das Problem der chemischen Waffen auf dem Meeresgrund der Ostsee eine internationale Dimension hat und nur durch die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Staaten, der EU und der NATO gelöst werden kann. Natürlich brauchen wir finanzielle Mittel und die Erforschung von Technologien zur sicheren Entfernung von Schadstoffen vom Meeresboden“, erklärte Złotowski.

Er wies darauf hin, dass Länder wie Polen und die baltischen Staaten lange Zeit gezwungen waren, selbst nach Lösungen zu suchen, obwohl die Verschmutzung in der Ostsee das Ergebnis der politischen Entscheidungen der Alliierten und der Tätigkeit der Besatzungsarmeen ist.

Złotowski betonte, dass Russland und Deutschland die meiste Verantwortung für die gegenwärtige Situation tragen; von ihnen wird erwartet, dass sie sich viel mehr als bisher in der Initiative engagieren.

In einem Gespräch mit der Polnischen Presseagentur (PAP) erläuterte ein ungenannt bleibende hochrangige Beamtin der Europäischen Kommission (EK) die Details des EK-Plans.

„In Übereinstimmung mit der interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission wird die EK die Resolution im Detail analysieren und innerhalb von drei Monaten schriftlich darauf antworten. Wir behandeln diese Angelegenheit sehr ernst und werden dies in unserem eigenen Plan zur Arbeit in Richtung Nullverschmutzung widerspiegeln, der nächste Woche vorgestellt werden wird“, erklärte sie.

Die Beamtin versicherte, dass ihre Institution mit den Mitgliedsstaaten und anderen internationalen Akteuren zusammenarbeitet, um das Problem der konventionellen und chemischen Munition zu lösen, die noch vor der Aufnahme in die Londoner Konvention von 1975 in europäischen Gewässern (und insbesondere in der Ostsee) vorhanden war. Sie betonte, dass dies ein Problem sei, das nicht nur eine Bedrohung für die Meeresumwelt darstelle, sondern auch ein Hindernis für die Schifffahrt und den Handel sei. Angesichts der Schlussfolgerungen des Brüsseler Symposiums 2019 zu nicht explodierten Kampfmitteln ermutigt die Europäische Kommission staatliche und internationale Maßnahmen gegen diese Art der Verschmutzung.

Der PiS-Europaabgeordnete Kosma Złotowski wies darauf hin, dass die Ostsee über ein riesiges wirtschaftliches Potenzial verfügt, das ohne die Beseitigung von Munition, Wrackteilen und chemischen Waffen vom Meeresboden nicht voll ausgeschöpft werden kann.

„Ich hoffe, dass diese Entschließung, die mit entscheidender Mehrheit und über politische Spaltungen hinweg verabschiedet wurde, die EK motivieren wird, zusätzliche Mittel für die Säuberung des Meeresbodens der Ostsee zu finden“, sagte er.

„Alle waren schockiert“

Um die Schwere des Problems für die natürliche Umwelt zu unterstreichen, erklärte Professor Jacek Beldowski, ein Ozeanograph der Polnischen Akademie der Wissenschaften, gegenüber der [Gazeta Wyborcza](#), dass „in der Bornholmer Tiefe, wo die weiblichen Dorsche die größten Mengen an Rogen ablegen, eine doppelt so hohe Arsenkonzentration wie in von der Industrie verschmutzten Gebieten gefunden wurde. Alle waren schockiert.“

Explosive Materialien wie TNT zerfallen in krebserregende Verbindungen und Senfgas in krebserregende, mutagene und neurotoxische Verbindungen, die sich alle sehr negativ auf Krebstiere und einfache Organismen wie Fischlarven auswirken.

Quelle: [Radio Gdańsk](#) / [Gazeta Wyborcza](#) / [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Werden die tschechischen Piraten die Regierung stürzen?

18. 05. 2021



Der Vorsitzende der tschechischen Piratenpartei Ivan Bartos · Bildquelle: Remix News

Das Visegrad-Vier-Bündnis könnte durch den Aufstieg der Piratenpartei in den Umfragen unter Druck geraten

Nur wenige Monate vor den Parlamentswahlen in Tschechien hat die linksradikale tschechische Piratenpartei laut jüngsten Umfragen in der Wählergunst zugelegt. Würden jetzt Wahlen stattfinden, läge eine Koalition zwischen den Piraten und der Partei der Bürgermeister und Unabhängigen (STAN) mit 27 Prozent an der Spitze, ein Mitte-Rechts-Wahlbündnis namens SPOLU würde 21,5 Prozent erhalten, und die Partei des derzeitigen Ministerpräsidenten Andrej Babiš würde mit 21 Prozent auf den dritten Platz verwiesen.

Die überraschende Verschiebung der Wählerpräferenzen hat die Piraten dazu veranlasst, mit der Unterschriftensammlung im Parlament zu beginnen, um ein Vertrauensvotum gegen die derzeitige Regierung anzusetzen, und im Erfolgsfall planten sie, bereits im Juli vorgezogene Parlamentswahlen zu fordern. Der Schritt war vor allem eine Demonstration der Stärke und eine Provokation, die bei ihrer jungen städtischen Wählerschaft gut ankommen wird. Abgesehen davon, dass er den Premierminister in Verlegenheit bringt, hat der Antrag jedoch wenig praktische Auswirkungen, da die Wahlen unabhängig davon für den 8. Oktober angesetzt sind.

Für ein Vertrauensvotum brauchten die Piraten die Unterschrift von 50 amtierenden Abgeordneten, und obwohl eine vereinte Opposition diese Menge an Unterschriften leicht aufbringen könnte, ist es eine Tatsache, dass die Piraten, die ganz links stehen, kaum die Unterstützung von rechten oder zentristischen Abgeordneten gewinnen können, obwohl sie alle prinzipiell die Absetzung der tschechischen Regierung unterstützen würden. Schließlich haben die Piraten am 6. Mai ihre Bemühungen um vorgezogene Neuwahlen mit Verweis auf die Entscheidung des Präsidenten, offiziell einen Termin für den Herbst anzusetzen, zurückgestellt. Nichtsdestotrotz haben sie ihr Ziel erreicht, indem sie einerseits für Kontroversen sorgten und andererseits in den tschechischen Medien große Aufmerksamkeit erlangten.

Der Anstieg der Piraten in den Umfragen könnte unter anderem mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchung der Vrbětice-Explosion erklärt werden, in die russische Geheimagenten verwickelt sind. Die Nachricht hat in der tschechischen Öffentlichkeit enorme Empörung ausgelöst. Während sowohl Ministerpräsident Babiš als auch Präsident Miloš Zeman zu einer maßvollen Reaktion auf die Ergebnisse aufriefen, gelang es den Piraten, auf der Welle der öffentlichen Wut zu reiten und die Ausweisung russischer Diplomaten sowie die Verurteilung Russlands in EU-Foren zu fordern.

Obwohl ihre ausgeprägte und unmissverständliche Haltung im Großen und Ganzen die öffentliche Stimmung im Lande widerspiegelt, könnte dies, wenn die jüngsten Nachrichten über die Explosion in Vrbětice richtig sind, bei den Wahlen im Herbst auf sie zurückfallen. Es wurde berichtet, dass die Untersuchung nach der Explosion ergeben hat, dass Tausende von Raketenwerfern, Handfeuerwaffen und eine große Menge an Munition immer noch aus dem Inventar fehlen. Dies kann laut den Besitzern des Munitionslagers nicht durch die Zerstreung dieser Gegenstände während der Explosion erklärt werden.

Unabhängig davon, ob russische Agenten an dem Vorfall beteiligt waren oder nicht, stellt der Befund die ursprüngliche Schlussfolgerung der Ermittlungen hinsichtlich der Motive der Täter in Frage.

Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass die Explosion auf ein mögliches Attentat zurückzuführen ist. Sollten sich die Berichte über eine große Menge an fehlenden Waffen tatsächlich bewahrheiten, könnte dies ein völlig neues Licht auf den Vorfall werfen und die lautstarke antirussische Kampagne der Piraten in Frage stellen. Der Vorfall und das anschließende diplomatische Geplänkel haben die russisch-tschechischen Beziehungen auf einen neuen Tiefpunkt gebracht, was wiederum die Position der großen und einflussreichen russischen Gemeinde in Tschechien erschwert.

Selbst wenn die neuen Umfragen richtig wären und die linksradikalen Piraten mit dem liberalen, proeuropäischen Koalitionspartner STAN mehr als ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen könnten, ist es höchst unwahrscheinlich, dass sie die nächste tschechische Regierung bilden können. Dennoch könnte ein Zuwachs ihrer Unterstützung die Arbeit für die nächste zentristische Regierung erschweren, was das wahrscheinlichste Szenario nach den Wahlen im Oktober ist.

Tschechien hatte eine wichtige Rolle bei der Stärkung des regionalen Bündnisses der Visegrád-Vier gespielt und bildete oft eine gemeinsame Basis mit den polnischen und ungarischen Regierungen in wichtigen Fragen, wie z.B. Migration und Maßnahmen gegen die Coronavirus-Pandemie. Ihre gemeinsame Solidaritätserklärung mit Tschechien gegen die russische Beteiligung in Vrbětice war für Ungarn, dessen Regierung ein herzliches Verhältnis zu ihren russischen Amtskollegen pflegt, eine schwer zu schluckende Pille. So könnte der plötzliche Aufstieg der linksextremen Piraten und ihre antirussische Rhetorik in Zukunft den Zusammenhalt zwischen den V4-Ländern weiter erschweren.

Quelle: [Remix News](#) (Autor: Daniel Deme)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Volkszählung 2021 in Tschechien endete um Mitternacht

- Die Volkszählung in Tschechien ging an diesem Dienstag um Mitternacht zu Ende. Im Tagesverlauf hatte man die letzte Möglichkeit, einen Online-Fragebogen auszufüllen beziehungsweise einen ausgefüllten Papierfragebogen auf dem Postamt abzugeben oder per Briefkasten abzuschicken. Bis Dienstagmittag erhielten Statistiker über 4,8 Millionen Volkszählungsformulare, davon etwa zehn Prozent in Papierform.
- Die Volkszählung begann am 27. März. Am Zensus müssen sich alle Einwohner Tschechiens beteiligen, auch Ausländer mit einer Aufenthaltsbestätigung. Das betrifft etwa 10,7 Millionen Menschen. Man darf auf die Zahlen für die deutsche Minderheit gespannt sein!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 57, 2021

Wien, am 12. Mai 2021

16) Slowakei: Soros-Fonds übernimmt ein Stück vom Medienkuchen

Von Marcell Dengi

10. 05. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Der von George Soros gegründete Media Development Investment Fund (MDIF) legt in der slowakischen Medienbranche zu. Seit seiner Gründung im Jahr 1996 hat der MDIF 250 Millionen Dollar in Medien investiert. Um eine starke Position unter den slowakischen Medien zu erlangen, kaufte der Fonds einige Vermögenswerte der umstrittenen PENTA Investment Group. Letztere ist durch [Skandale und Vorwürfe illegaler Geschäftsgebarung](#) aufgefallen.

Die Übernahme durch MDIF betrifft Anteile an Petit Press, dem zweitgrößten slowakischen Unternehmen in diesem Sektor und Eigentümer der linksgerichteten Zeitung [SME](#), der meistgelesenen Zeitung des Landes. Ungarische Korrespondenten glauben, dass die Übernahme dazu dienen soll, der lokalen Mitte-Links-Koalition bei den anstehenden Wahlen zu helfen. Anzumerken ist, dass die PENTA-Gruppe weiterhin Eigentümerin der News and Media Holding ist, der die einzige ungarischsprachige Tageszeitung in der Slowakei, „Új szó“, gehört.

Zur Erinnerung: Ein Fonds, der historisch mit George Soros verbunden ist, besitzt nun mehr als ein Drittel des zweitgrößten Medienimperiums der Slowakei, das für 35 verschiedene Plattformen verantwortlich ist. Gleichzeitig kaufte Petit Press die restlichen 5,5 % der Anteile von PENTA. Die anderen Anteile sind in den Händen der „Ersten Slowakischen Investitionsgruppe“, PSIS, die seit ihrer Gründung linke Medien unterstützt. PENTA hat nicht erklärt, warum verkauft wird, sondern lediglich gesagt, dass man „ein vorteilhaftes Angebot erhalten“ hat. Mit dem Eigentümerwechsel kommen neue Mitglieder in die Geschäftsführung von Petit Press: Jim Eagan, ehemals bei der BBC, und Marie Nemcova, von MDIF.

MDIF besitzt auch 18,9 % des Unternehmens, das „magyarnarancs.hu“, eine ungarische linke Website, besitzt, und 28,23 % von „Magyar Jeti Zrt.“, die wiederum die größte ungarische linke Website, „444.hu“, besitzt. Die Neuanschaffung ist daher aus mitteleuropäischer Sicht sehr wichtig, so sehr, dass sie die Aufmerksamkeit der regionalen Presse auf sich gezogen hat. Auch der ehemalige slowakische Ministerpräsident Robert Fico äußerte sich zu dem Thema. Zunächst einmal wies er darauf hin, dass der neue Direktor des slowakischen Migrationsamtes aus Soros' Open Society Foundation kommt. Danach äußerte er die Vermutung, dass die Unruhen von 2019, die zu seinem Rücktritt führten, teilweise von Soros finanziert wurden. Der ungarisch-amerikanische Finanzier – so lautet Ficos Vorwurf – hat in der Vergangenheit seine finanziellen Möglichkeiten genutzt und nutzt sie weiter in der Gegenwart, um ihm genehme Politiker zu unterstützen und die unerwünschten zu beseitigen.

Interessante Informationen stammen von der gleichen Seite „SME“, die in einem Artikel über ein Darlehen spricht, das Petit Press in den 90er Jahren vom MDIF gewährt wurde. Der mit Soros verbundene New Yorker Fonds stand also schon vor Jahrzehnten in Kontakt mit dem slowakischen Medienriesen. Wir berichten über einige Worte von Harlan Mandel, CEO von MDIF, im Interview mit SME:

In Petit Press zu investieren ist eine fantastische und aufregende Gelegenheit. Sie drückt unser Vertrauen in die Stärke der Titel und insbesondere in die Stabilität des Mittelstands aus. Wir glauben, dass die dominante Position von Petit Press im Bereich der digitalen Information in der Slowakei weiter ausgebaut werden kann, da das Unternehmen sein Geschäft weiterhin auf den Werten des Qualitätsjournalismus aufbaut. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit allen anderen Gesellschaftern, einschließlich des Mehrheitsgesellschafter PSIS, der die redaktionelle Qualität von Petit Press von Anfang an unermüdlich unterstützt hat.

Alexej Fulmek, CEO von Petit Press, bezeichnet den Eigentümerwechsel als eine wichtige Entwicklung:

Ich bin wirklich froh, dass der neue Anteilseigner des Unternehmens MDIF ist, denn ich verfolge seine Arbeit seit über zwanzig Jahren. Das erste Ziel von MDIF war immer die Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit der Medien.



Marcell Dengi

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der Mathias Corvinus Collegium School of Economics.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Der Stab des Zauberers
Von Irén Rab

17. 05. 2021



Bildquelle: HVG

Ungarn hat weltweit die höchste Sterblichkeitsrate, bedauert das deutsche Nachrichtenportal. Auch für sie sei es unangenehm, denn auf dieser Weltnegativkurve haben es die Ungarn geschafft, auch unterentwickelte Länder wie Brasilien und Indien zu überholen. Die Kurve sei absolut glaubwürdig, da sie anhand der Daten der Bundesbehörden und der Johns Hopkins Universität dargestellt wurde. **Sie ziehen natürlich sofort Vergleiche, in Ungarn gebe es auf die Bevölkerung gerechnet dreimal so viele Covid-Tote, als in Deutschland.** Das ist sehr gut geeignet, um bei sich selbst zu kompensieren, die bundes- und landesweiten epidemiologischen Maßnahmen seien bei aller Kritik ja hervorragend, Deutschland schneide im Vergleich zu anderen Ländern gut ab!

Die Anzahl der Geimpften wird wiederum nicht verglichen, dort werden die Ungarn irgendwie nicht gelistet. Diese Tabelle wird mit beliebigen Ländern gefüllt, **die Deutschen mögen Ungarn nicht an der Spitze zu sehen**, denn was würden sie dann statt des besorgten Gesichts von Orbán auf der Titelseite präsentieren? Es wäre blamabel, aufzuzeigen, dass **Ungarn in Europa führend in Anzahl und Geschwindigkeit von Impfungen ist**, 44 Prozent der Bevölkerung erhielt die erste, 25 Prozent bereits die zweite Impfung, verglichen mit 31,5 bzw. 8,8 Prozent in Deutschland (Werte von 9. Mai 2021), was zugegebenermaßen gemessen am EU-Durchschnitt ein ansehnlicher Wert ist.

Wir könnten in Ungarn auch solche, für uns günstige Tabellen aufstellen, z.B., dass bei uns bereits 80 Prozent der Registrierten die Impfung erhalten haben, sogar die Jugendlichen und die hier lebenden Ausländer können sich jetzt impfen lassen, zusätzlich zu den im Ausland lebenden Ungarn. Nach der Registrierung kann man bei uns sofort zum Impfzentrum spazieren und unter den vorhandenen Impfstoffen wählen.

Man muss nicht monatelang auf die Freiheit warten.

Laut der gut informierten deutschen Medien liefert Ungarn keine ausreichende Auskunft über die epidemiologische Situation. Selbstverständlich sei dafür auch die Orbán-Regierung verantwortlich, weil sie die Opposition nicht in die Nähe von Krankenhäusern lasse und sie systematisch behindere, Informationen zu erhalten. Zum Beispiel habe **die „unabhängige“ Oppositionspresse keinen Zutritt zu den Covid-Stationen, sie dürfe keine Innenaufnahmen von den Abteilungen machen und dürfe keine Fragen an die auf den Beatmungsgeräten liegenden Menschen zu richten**, ob sie mit der Krankenhausversorgung zufrieden seien und was sie über den Zustand des ungarischen Gesundheitswesens dächten? Ich glaube, dass die Oppositionspolitiker, aber auch die Pressevertreter, eigentlich wissen sollten, wie man Zugang zu Quellen, zu offiziellen Daten erhält.

Alle Informationen findet man tagesaktuell auf [Koronavirus.gov.hu](https://www.koronavirus.gov.hu) in zwei Sprachen, die operative Leitung der Corona-Maßnahmen steht jeden Tag für die Fragen der Journalisten und der Öffentlichkeit zur Verfügung.

(Die deutschen Angaben entnehme ich auch von der offiziellen Seite des Robert-Koch-Instituts, die internationalen Vergleiche von der WHO, und mangels besseren Wissens vertraue ich denen einfach.) Wenn jedoch die oppositionellen Journalisten den offiziellen Verlautbarungen trauen würden, wie könnten sie dann die Menschen gegen die Regierungshandlungen aufstacheln?

Ein Grund für die westliche Zurückhaltung der Informationen über die vorhandenen Daten von Ungarn könnte auch sein, dass **die ungarische Regierung** nicht den mit Politikinteressen gepflasterten Weg der EU beschreitet, sondern sie **auf eigene Verantwortung durch die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) nicht zugelassene**

Impfstoffe kauft, zum Beispiel von den Russen, die unter einem Wirtschaftsembargo stehen, oder von den vertrauensunwürdigen Chinesen. Daran sieht man sofort, dass es den Ungarn an der notwendigen europäischen Solidarität mit Europa mangelt, sie seien ausschließlich um ihre eigene Gesundheit, um ihre eigenen nationalen Interessen besorgt! Was nicht erwähnt wird, ist, dass auch einige deutsche Bundesländer, wie z.B. **Bayern, den gleichen asozialen Weg betraten**, nachdem sie von der hilflosen zentralen Impfstoffbeschaffung die Nase voll hatten, und Abgesandte zu Putin schickten. Es wird auch nicht darüber informiert, dass **ein Schweizer Pharmaunternehmen die Lizenz für Sputnik V gekauft hat und in Mailand, also auf EU-Gebiet, Millionen von Dosen dieses verheerenden Vakzins noch dieses Jahr produzieren wird.** In der deutschen Presse wird auch laut darüber geschwiegen, dass **Bundeskanzlerin Merkel über chinesische Impfstoffe verhandelt** und ich bin neugierig, wie, in welcher Form in der Presse erscheinen wird, dass **die WHO das chinesische Sinopharm inzwischen empfiehlt**, ein Produkt, das in ungarischen Oppositionskreisen als Orbáns verpfuschter Impfstoff verunglimpft wurde.

Dann gibt es hier noch die **schnelle Aufhebung der nationalen Notfallsituation**. Wie kann es sein, dass Geschäfte, Schulen, Restaurants, Cafés und Nachtclubs in Ungarn über Nacht urplötzlich aufmachten, man kann ins Kino, Restaurant, zum Friseur und zum Fußballspiel gehen, **statt auf einen zentralen Befehl aus Berlin oder Brüssel zu warten?** Noch schlimmer, **es wird ein Impfausweis, eine kleine Plastikkarte ausgestellt** und damit natürlich die Spaltung der Gesellschaft, jetzt gerade auf Geimpfte und Ungeimpfte, weiter vertieft. Noch gut, dass dieser Ausweis angeblich nirgendwo auf der Welt anerkannt werde. Und wenn doch, dann muss eine neue Geschichte gegen Orbán erfunden werden.

Dass das Öffnen zu früh und unausgegoren war, und diese unverantwortlichen servilen **Regierungsentscheidungen nur in Orbáns eigenem Interesse** oder im Interesse seiner Tochter, seines Schwiegersohnes, Freundes, Nachbarn, oder wegen seiner krankhaften Fußballliebe getroffen wurden.

Wenn man heutzutage die deutsche angeblich "freie, unabhängige" Presse liest, fällt am meisten auf, dass sie buchstäblich das Narrativ der ungarischen Opposition wiedergeben. Den offiziellen Informationen, die von der ungarischen Regierung veröffentlicht werden, den tatsächlichen, realen Ereignissen wird in diesen Nachrichten keinen Platz eingeräumt. Bei allen Themen ist es, als würde man die deutsche Übersetzung der ungarischen oppositionellen „unabhängigen“ Medien lesen, das weltberühmte Klubrádió oder die Hassreden der Opposition im Parlament hören.

Nun ist das Hauptthema heutzutage das Pandemie-Management und wir lesen keine Spur von Lob, **kein Zeichen der Anerkennung**. Erfolg wird als Misserfolg dargestellt, der Grund für den Misserfolg soll die Inkompetenz und die Korruption der ungarischen Regierung sein.

Keine Erwähnung der Prognosen der renommiertesten Denkfabriken oder der Meinung der Deutschen Industrie- und Handelskammer, dass sich die ungarische Wirtschaft dank des beherzten Pandemie-Krisenmanagements der ungarischen Regierung nach dem Ende der Pandemie am schnellsten erholen werde, dass Arbeitsplätze gerettet wurden, dass auch während dem Lockdown die Leute weiter gearbeitet haben. Kein Wort darüber, wie viele internationale Unternehmen ihre Produktion gerade deswegen hierher verlegt haben, **wie viele ausländische Investitionen ins Land gekommen sind und wie viele Milliarden Forint belebende Wirtschaftsinvestitionen die Regierung selbst getätigt hat.**

Werden eigentlich **die erwünschten Informationen von der zusammengezimmernten ungarischen Oppositionskoalition auf Anfrage in die fortschrittliche westliche Welt**

geliefert oder spielen die liberalen ungarischen und die internationalen Medien aus der gleichen Partitur? So oder so, man kann erkennen, dass der unsichtbare Zauberer mit seinem Zauberstab in diesem großen Spiel die Rolle des nützlichen Idioten für die ungarische Opposition vorgesehen hat. Sie wird als Werkzeug benutzt, um seine Ziele zu erreichen. **In diesem Spiel geht es unter anderem um uns, um die renitenten Ungarn, welche die nationalen Interessen vertretend dem globalistischen Internationalismus im Wege stehen!**

Die Autorin, Dr. Phil. Irén Rab, ist Kulturhistorikerin.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYR HÍRLAP](#) und in deutscher Übersetzung von Dr. Andrea Martin bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIARELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) András Kosztur: „Es liegt nicht im Interesse Ungarns, sich an dieser hysterischen Krise einer Rückkehr zum Kalten Krieg zu beteiligen“

13. 05. 2021



András Kosztur, XXI. Század Intézet · Bildquelle: Visegrád Post

András Kosztur ist Forscher am XXI. Század Intézet, einem ungarischen regierungsnahen politischen Forschungsinstitut, das für seine zahlreichen Arbeiten, Umfragen und Konferenzen zu sozialen und politischen Themen bekannt ist. Der aus der Ukraine stammende ungarische Analyst András Kosztur ist ein Spezialist der postsowjetischen Welt und verfolgt das Thema Ostöffnung aufmerksam.

Yann Caspar befragte ihn über die Politik Ungarns der Öffnung nach Osten, die vor allem eine verstärkte Zusammenarbeit mit China und Russland beinhaltet, aber auch nach der Stellung Ungarns in einer wieder von der Blockpolitik dominierten Welt.

—

Yann Caspar: *Im Jahr 2024 will eine der Elite-Institutionen der chinesischen Hochschulbildung, die Shanghaier Fudan-Universität, ihren ersten europäischen Campus in Ungarn eröffnen – eine Absicht, die der chinesische Präsident Xi Jinping selbst betont und begrüßt hat. Während die ungarische Opposition darin eine Gefahr für die nationale Sicherheit sieht, präsentiert die Regierung das Campus-Projekt als einen der möglichen Erfolge ihrer Politik der Öffnung nach Osten. Warum, glauben Sie, wurde Ungarn ausgewählt, um die erste Institution dieser Art in der EU zu gründen?*

András Kosztur: Wenn wir die Lage in Mitteleuropa als Region betrachten, können wir feststellen, dass zwar im Großen und Ganzen niemand – weder hier noch anderswo – die wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten aufgeben will, aber es gibt eine ausgeprägtere Tendenz, sich von anderen, eher symbolischen Projekten zu distanzieren, die im Verdacht stehen, politisch und geopolitisch aufgeladen zu sein. Verschiedene Regierungen in der Region – einige aus einer Tradition der Russophobie heraus, andere eher aus Konformismus – beginnen, eine sklavische Haltung bei der Anwendung amerikanischer geopolitischer Direktiven einzunehmen, auch wenn dies bedeutet, gelegentlich in ziemlich laute diplomatische Konflikte zu geraten.

In einem solchen Kontext mag Ungarn aus chinesischer Sicht als zuverlässigerer Partner erscheinen als andere in der Region:

ein kaltblütiger Partner, der in bilateralen, auf gegenseitigem Interesse beruhenden Beziehungen denkt – ganz zu schweigen davon, dass er dank seiner staatlichen Stabilität für die Chinesen weniger Gefahr läuft, ein Projekt anlässlich einer unvorhergesehenen Koalitionskrise torpediert zu sehen oder als politischer Vorwand für eine solche Krise benutzt zu werden.

Yann Caspar: *Glaubt man der ungarischen Regierung, so ist ihre 2012 verkündete Politik der Öffnung nach Osten ein Erfolg. In der Realität zeigt sich, dass sich die Ergebnisse im Handel mit Nicht-EU-Ländern nicht wesentlich weiterentwickelt haben: Im Vergleich zum EU-Durchschnitt bleiben diese Zahlen unter dem besagten Durchschnitt. Einerseits stimmt es, dass die Investitionen aus Asien zugenommen haben, mit günstigen Folgen für den Arbeitsmarkt; andererseits wäre es nicht richtig zu sagen, dass es die Orbán-Regierungen nach 2010 waren, die diesen Prozess in Gang setzten: Viele dieser Projekte gehen auf die MSZP-SZDSZ-Regierungen vor 2010 zurück, und es war der Chef einer dieser Regierungen, Péter Medgyessy, der bereits 2003 eine Politik der Annäherung an China begann – drei oder vier Jahre vor den anderen Ländern der Region. Der Unterschied könnte folgendermaßen aussehen: Die Orbán-Regierung geht offen von ihrer Offenheit gegenüber dem Osten aus, nutzt sie in ihrer Kommunikation und stellt sie als eine Besonderheit ihrer Außenpolitik dar. Wie können wir diesen Unterschied erklären?*

András Kosztur: Um auf meine vorige Antwort zurückzukommen: Auch hier müssen wir davon ausgehen, dass die Doktrin der gegenwärtigen ungarischen Regierung darin besteht, dass es im Interesse Ungarns liegt, gegenseitig vorteilhafte bilaterale Beziehungen mit jedem Land zu knüpfen, das die Aufnahme solcher Beziehungen möglich und profitabel macht. Das wirtschaftliche Gewicht der asiatischen Länder wächst ständig, so sehr, dass selbst im Westen die meisten der dominierenden Mächte der Gruppe intensive Wirtschaftsbeziehungen zu ihnen unterhalten; in einer solchen Perspektive wäre die Ablehnung einer Öffnung nach Osten eine seltsame und intrigante Haltung, eine Art Sonderweg. In Ungarn ist der Kontext, in dem die Öffnung nach Osten als innovative Besonderheit gesehen werden kann, folgender: Die Proklamation dieser Politik formalisierte das Ende einer Ära, in der der Wunsch, den Westen einzuholen, nicht nur unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher und wohlfahrtspolitischer Indikatoren, sondern auch in politischer Hinsicht und im Hinblick auf die Werteskala ein Schlagwort war.

Indem Viktor Orbán seine Offenheit gegenüber dem Osten ankündigte – ja sie sogar als Wert an sich proklamierte – hat er damit faktisch eines der Elemente seiner Politik offiziell gemacht, die in der Abkehr von dem westlichen Phänomen besteht, das er selbst wenig später „moralischen Imperialismus“ nennen würde.

Yann Caspar: *Es ist ziemlich schwer vorstellbar, dass die ungarische Regierung irgendeine ernsthafte Entscheidung gegen die Interessen der NATO und Amerikas trifft. Neu ist allerdings, dass das Verhältnis zwischen Washington und Berlin – aus vielen Gründen – nicht mehr so idyllisch ist wie in der Vergangenheit. Wie glaubwürdig würden Sie sagen, dass die ungarische Ostöffnung unter dem Deckmantel des Sonderwegs tatsächlich den wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands dient – das natürlich angesichts der Abhängigkeit Ungarns vom deutschen Kapital auch eigene Interessen begünstigt – oder zumindest solche Interessen, die Berlin nicht offen wahrnehmen will?*

András Kosztur: In der politischen Sphäre ist die Geheimhaltung ein ebenso wichtiger Bestandteil wie die Öffentlichkeit der Debatte über die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Wenn wir dazu noch die beängstigenden Dimensionen des Informationsflusses, der uns umgibt, und das Netz der globalen Verflechtungen, dessen Präsenz mittlerweile in allen Lebensbereichen zu spüren ist, hinzufügen, wird fast jede Aussage über Politik spekulativ. Spekulativ, ja mehrdeutig, da die Dynamik der politischen Praxis – im Gegensatz zum oft scheinbar statischen Charakter der Welt der politischen Ideale – es unmöglich macht, die Möglichkeit auszuschließen, dass zwei scheinbar widersprüchliche Aussagen gleichzeitig wahr sind. Bei dem Problem, das Ihre Frage aufwirft, beobachten wir genau diese gleichzeitige Gültigkeit gegensätzlicher Aussagen: Es ist sowohl richtig, dass in Deutschland die amerikanische Hegemonie nicht mehr einhellig akzeptiert wird, als auch, dass bekanntlich Berlin und Budapest trotz manchmal heftiger politischer Auseinandersetzungen hervorragende wirtschaftliche Beziehungen haben. Deutschland ist dem Westen gegenüber loyal,

während Ungarn oft eine nonkonformistische Haltung gegenüber dem „westlichen Kollektiv“ an den Tag legt, aber Deutschland hat auch ein gemeinsames Megaprojekt mit den Russen: Nord Stream 2,

während Ungarn zu den Ländern gehört, die die Sanktionspolitik des Westens gegen Russland unterstützen.

Aber kommen wir zu dem speziellen Fall zurück, den Sie in Ihrer Frage erwähnen. Man kann in der Tat sagen, wie Sie es tun, dass die ungarische Politik der Ostöffnung wirtschaftlich gesehen kein großes Gewicht hat und dass sie durchaus als eine Art

Stellvertretertätigkeit für den deutschen Wirtschaftsriesen fungieren könnte. Aus politischer Sicht ist es ganz klar, dass eine Reihe von Akteuren – sowohl in Deutschland als auch in anderen westlichen Ländern – aus Gründen des gesunden Menschenverstands der Meinung sind, dass es besser wäre, dem ungarischen Beispiel zu folgen, Ob in Bezug auf die Öffnung nach Osten oder in anderen Bereichen – die Migrationskrise ist bei weitem das beste Beispiel –, aber sie finden es unmöglich, dies zu tun, hauptsächlich wegen der öffentlichen Meinung in ihrem Land – und natürlich wegen der Machtzentren, die die öffentliche Meinung beeinflussen. Es ist also durchaus möglich, dass hinter den Kulissen Absprachen getroffen werden, aber es wäre ein Fehler, ihnen zu viel Bedeutung beizumessen, da öffentliche politische Ereignisse und die daraus entstehenden Bedürfnisse die Wirkung solcher Absprachen jederzeit untergraben können. Kurzum,

die Öffnung Ungarns nach Osten ist zweifellos eine originelle Initiative Budapests, die sowohl Befürworter als auch Gegner in Deutschland und im übrigen Westen, ja sogar unter unseren Verbündeten in der Region hat.

Yann Caspar : Ungarn war eines der ersten Länder in Europa, das sich dem 2013 von China ins Leben gerufenen Projekt „One Belt One Road“ angeschlossen hat. Die Modernisierung der Bahnstrecke Budapest-Belgrad wurde 2014 beschlossen und soll nach offiziellen Plänen von einem serbisch-ungarischen-chinesischen Konsortium durchgeführt und zu 85% durch einen chinesischen Kredit finanziert werden. Es ist ein Projekt, bei dem viel Tinte geflossen ist. Die Opposition kritisiert den Mangel an Transparenz und wirtschaftlicher Relevanz. Wenn es tatsächlich umgesetzt wird, welche Auswirkungen könnte die Modernisierung dieser Bahn – und im weiteren Sinne das 2013 von China gestartete globale Projekt, in dem viele Beobachter ein starkes Potenzial zur Neuordnung der internationalen Szene sehen – auf Ungarn haben?

András Kosztur: Wenn wir die großen programmatischen Reden Viktor Orbáns zugrunde legen, war eine der Haupttriebkraft der Politik in den letzten zehn Jahren eine Erkenntnis: Wir haben plötzlich begriffen, dass

die Geschichte nicht zu Ende ist, dass sich die Kräfteverhältnisse weiterhin verschieben

und dass Katastrophen und Kriege heute genauso möglich sind wie in der Vergangenheit. Wir dürfen also nicht unvorsichtig werden oder uns hinter der Idee verstecken, dass das Befolgen der westlichen Roadmap uns automatisch in eine Zukunft führen wird, die sowohl unvermeidlich als auch utopisch ist. Eine der tektonischen Verschiebungen in der heutigen Welt ist

der Aufstieg der asiatischen Staaten und die Herausforderung der eindeutigen Dominanz der westlichen Staaten.

Der Niedergang des Westens ist natürlich ein altes Thema, aber auf die – seit Ewigkeiten kommentierte – Krise seiner Werte und Moral folgte zunächst ein demographischer Niedergang, bevor man in der aktuellen Situation ankam, in der selbst auf wirtschaftlichem, technischem und militärischem Gebiet die Vormachtstellung des Westens immer zweifelhafter wird. Und die geopolitische Übersetzung dieses Phänomens ist, dass wir in der Weltordnung neben dem euro-atlantischen Gravitationszentrum, das sich seit der Zeit der großen Entdeckungen herausgebildet hat, wieder die Behauptung eines eurasischen Gravitationszentrums sehen, dessen Ausgestaltung von China praktisch zum

außenpolitischen Programm erhoben wurde – oder vielleicht sollte man genauer von einer Umstrukturierung oder Erneuerung sprechen, insofern es darum geht, die Seidenstraße der Vergangenheit in gewisser Weise wieder zu eröffnen.

Wenn dieses eurasische Gravitationszentrum tatsächlich an die Stelle des euro-atlantischen Zentrums tritt, könnte dies für Ungarn insofern von Vorteil sein, als dass wir, nachdem wir an der Peripherie der westlichen Welt gelebt haben, zum Anrainer der Hauptachsen dieser neuen Weltordnung werden würden.

Was die Bahnstrecke Budapest-Belgrad betrifft, so wird sie wahrscheinlich ein – zwar sekundäres, aber wichtigeres – Segment der genannten Achsen werden – eine Entwicklung, deren strategische Bedeutung dann Auswirkungen auf die nächsten Jahrzehnte haben könnte.

Yann Caspar: *Man hört die Opposition oft – und in ihrem Mund ist es eine Anklage – sagen, dass der ungarische Ministerpräsident nicht einmal mehr ein europäischer Führer ist, sondern eher ein asiatischer Diktator. Wie die meisten verbalen Sticheleien von Politikern lassen sich diese Aussagen natürlich zum Teil durch rhetorische und kommunikative Überlegungen erklären. Die Argumente rund um die Frage, ob man zum Westen oder zum Osten gehört, dürften dagegen den Leser, der nicht in Mitteleuropa lebt, verwirren. Das Problem hat wahrscheinlich tiefe sozio-historische Wurzeln. Aber wie ist es dennoch zu erklären, dass dieses Thema in Ungarn so leidenschaftlich diskutiert wird?*

András Kosztur: Eigentlich steckt die Antwort in der Frage: Die Oppositionskoryphäen bedienen sich eines rhetorischen Mittels, indem sie der Regierung einen Osttropismus vorwerfen, um sich als die einzig glaubwürdigen Vertreter des Westens zu präsentieren.

Es ist vollkommen richtig, dass diese Opposition Tendenzen repräsentiert, die im heutigen Westen zunehmend dominieren und die man mit Begriffen wie „politische Korrektheit“, „Cancel Culture“ und anderen solchen Begriffen charakterisieren könnte. Viktor Orbán und sein Fidesz sehen sich dagegen nicht als Ostler, sondern als Vertreter eines anderen – und zwar eines authentischeren – Westens.

Natürlich führt diese Haltung – gerade wegen der immer größer werdenden Hegemonie progressiver Ideale im Westen – zu schwierigen und ambivalenten Situationen, in denen es so aussehen kann, als würde Ungarn die ganze westliche Welt auf den Kopf stellen; aber die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren gab es viele Beispiele, die bestätigen, dass es im Herzen des Westens –

im so genannten alten Europa und in den Vereinigten Staaten – viele gibt, die die Ansicht der ungarischen Regierung teilen.

Der Ost-West-Gegensatz ist in Ungarn natürlich eine ganz andere Sache, und zwar aus historischen Gründen, die weit vor den Kalten Krieg zurückreichen. Die östlichen „Ursprünge“ des ungarischen Volkes bilden natürlich die Grundlage für diese Frage,

aber auch wenn wir Mitteleuropa als Ganzes betrachten, weist seine historische Entwicklung eine Reihe von Merkmalen auf, die es vom Westen im engeren Sinne unterscheiden.

Diese Besonderheiten – die es im Übrigen ebenso sehr vom Osten wie vom Westen unterscheiden – hat der Historiker Jenő Szűcs in seinem Werk *Vázlat Európa három történelmi régiójáról* („Die drei historischen Regionen Europas: Eine Studie“)

zusammengefasst, das in französischer Übersetzung unter dem Titel *Les trois Europes* mit einem Vorwort von Fernand Braudel erschien. Gerade wegen dieses Unterschieds ziehen die Menschen in der Region – nicht nur die Ungarn, sondern auch ihre Nachbarn – den Begriff Mitteleuropa dem Begriff Osteuropa vor. Natürlich hat sich diese mitteleuropäische Identität erst in den letzten Jahren durchgesetzt: Nach vierzig Jahren Zugehörigkeit zum Ostblock war die „Rückwärtsbewegung“ in Richtung Westen zu stark, um sie zuzulassen; die Menschen hatten ein idealisiertes Bild des Westens in sich lebendig, ein Bild, von dem sie Teil werden wollten. Aber in den letzten Jahrzehnten hat ihr Zusammenleben mit dem wirklichen Westen in der NATO und der EU auch Widersprüche zutage gefördert und die Möglichkeit einer realistischeren Sicht auf uns selbst, den Westen und den Osten eröffnet.

Ein wichtiger Teil dieses Prozesses ist es, mit dem Mythos aufzuräumen, dass der Westen immer voraus ist, uns immer die Zukunft zeigt und immer mehr Freiheit zu bieten hat, während der Osten rückständig ist und von der Geschichte zu seinem Untergang verdammt wurde.

Genauso wichtig ist es aber, dass wir in der Lage sind, unsere eigene „Rückständigkeit“ im Verhältnis zum Westen richtig zu deuten und zu entscheiden, ob wir weiterhin ewig westliche Modelle nachahmen wollen, oder, um den von Márton Békés geprägten Begriff zu verwenden, ob wir bereit sind, auch die „Vorteile der Rückständigkeit“ anzuerkennen.

Yann Caspar: *In einem aktuellen Artikel in der Tageszeitung Magyar Hírlap schreiben Sie, dass die Blockpolitik zurück ist. Tatsache ist, dass die Atmosphäre zwischen Washington und Moskau in den letzten Wochen zunehmend elektrisiert wurde. Von den vier Ländern der Visegrád-Gruppe hat Ungarn die besten Beziehungen zum russischen Präsidenten. Sie versucht sogar, gute Beziehungen zu Ländern wie Weißrussland oder den Ländern des Türkischen Rates zu haben. Welchen Platz wird Ungarn in einer Welt einnehmen, die wieder von der Blockpolitik dominiert wird?*

András Kosztur: Es liegt nicht im Interesse Ungarns, sich an dieser hysterischen Krise einer Rückkehr zum Kalten Krieg zu beteiligen, und man kann davon ausgehen, dass seine heutige Regierung versuchen wird, den in den letzten zehn Jahren hart erkämpften Handlungsspielraum zu behalten. Natürlich wird sie es nicht leicht haben: Wenn sich die Trends der letzten Monate fortsetzen, wenn

Washington weiterhin versucht, seine Verbündeten auf Linie zu bringen, um gegen China und Russland zu marschieren,

dann wird auch der Druck auf Budapest zunehmen – eine Situation, die die ungarische Opposition natürlich zu ihren Gunsten auszunutzen versuchen wird.



Yann Caspar

Yann Caspar ist ein französisch-ungarischer Jurist und Übersetzer. Darüber hinaus interessiert er sich ganz besonders für französische und mitteleuropäische Literatur.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENCOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Judit Varga: „Wir diskutieren nicht über Ideologie, sondern über die Probleme von Menschen aus Fleisch und Blut“

09. 05. 2021



Judit Varga · Foto; Magyar Nemzet

Ungarn ist mit den Zielen des in Porto ausgehandelten Aktionsplans einverstanden. Kontinuierlich steigende Beschäftigung, effektive Erwachsenenbildung und der Kampf gegen Armut gehören zu unseren Prioritäten. Mit gebotener Bescheidenheit können wir auf dem Gipfel darauf hinweisen, dass die ungarische Regierung schon viel früher mit der Umsetzung dieser Ziele begonnen hat, um ihren europäischen Partnern mit gutem Beispiel voranzugehen. Bis 2030 wollen wir zu den europäischen Ländern gehören, in denen man am besten leben, arbeiten und Kinder großziehen kann, erklärte Judit Varga in einem Interview mit *Magyar Nemzet*. Über die Erfolge Ungarns sagte die Justizministerin auf dem Sozialgipfel in Porto:

Während die Abschlusserklärung von Porto bis 2030 eine Beschäftigungsquote von 78 Prozent in der EU verspricht, liegt der Indikator im Falle Ungarns bereits bei rund fünfundsiebzig Prozent.

„Es gibt also Grund, ehrgeizig zu sein. Wir haben uns das Ziel gesetzt, praktisch Vollbeschäftigung zu erreichen, also etwa fünfundachtzig Prozent. Der gleiche Trend gilt für die Erwachsenenbildung, wo wir ebenfalls weit über dem EU-Durchschnitt liegen“, betonte die Ministerin und fügte hinzu, dass das ungarische arbeitsorientierte Modell nach 2010 zwar zunächst von der Europäischen Kommission kritisiert wurde, seine Erfolge aber inzwischen auf dem gesamten Kontinent anerkannt werden. „Wenn Arbeit von der Gesellschaft wertgeschätzt wird und die Regierung so viel Geld wie möglich in den Taschen der Beschäftigten lässt, kann sich die Wirtschaft in dem Maße erholen, in dem sie die Löhne aus eigener Kraft erhöht. In Ungarn war die Verdoppelung des Mindestlohns in den letzten zehn Jahren nicht das Ergebnis einer Politik von oben nach unten, sondern ein sehr erfolgreiches Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Akteuren.“

Befugnisse der Mitgliedsstaaten unantastbar

Die Ministerin wies auch darauf hin, dass der entsprechende Mix für jedes EU-Land individuell gefunden werden muss, da die EU-Verträge auch auf die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten in sozialen Fragen verweisen. „Lassen Sie die Mitgliedsstaaten entscheiden, mit welchen Mitteln sie die Ziele erreichen wollen. Lassen Sie uns die Meilensteine gemeinsam setzen, aber lassen Sie der EU kein Mitspracherecht dabei, wie wir sie erreichen. Ungarn ist mit dieser Ansicht nicht allein, vor allem die nordischen Länder denken ähnlich. Das schwedische Sozialmodell kann hervorragend sein, weil es einzigartig ist und für die eigenen Fähigkeiten entwickelt wurde“, so Judit Varga. Ihrer Meinung nach sind es vor allem die südlichen Mitgliedstaaten, die einen gemeinschaftlichen Ansatz in der Sozialpolitik anstreben. Wie die Justizministerin betonte,

geht es beim Gipfel in Porto allerdings nicht um Vertragsänderungen oder ideologische Debatten, sondern um einen inspirierenden Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten.

„Es handelt sich nicht nur um eine Diskussion auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs und der Minister, sondern um eine echte Präsenz aller Beteiligten, einschließlich der Sozialpartner. Die ungarische Delegation organisiert auch ständig bilaterale Treffen. Wir trafen den Chef des europäischen Dachverbandes für KMU sowie Minister und EU-Kommissare. Auch die Vertreter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft waren erleichtert, lange online arbeiten zu können. Ich denke, sie verdienen es sehr, eine so lebendige und inspirierende Veranstaltung zu organisieren, und sie scheinen ihr Bestes zu geben. Alle sind froh, dass wir uns endlich persönlich treffen können“, fügte Judit Varga hinzu.

Die linksliberale Presse ist bösgläubig

Als Antwort auf die Nachricht in der ungarischen bürgerlichen Presse, dass Ungarn und Polen gegen das Wort „Gender“ im Abschlussdokument des Gipfels Einspruch erhoben haben, bekräftigte die Justizministerin, dass es bei den Gesprächen in Porto nicht um Ideologie, sondern um die Covid-Krise und die Lösung der Alltagsprobleme der realen Menschen ging.



Die Justizministerin sagte, dass es für Ungarn einen Grund gebe, zuversichtlich zum EU-Treffen zu kommen.
Foto: MK/IM

„Ungarn ist einer Union beigetreten, in der die Gleichstellung von Männern und Frauen ein grundlegendes Prinzip in den Verträgen ist. Wenn wir die Situation aus der Sicht der Beschäftigung betrachten, ist die ungarische Regierung sehr für die Reduzierung des Lohngefälles. Aber wir wollen dieser Absicht keine ideologischen Elemente hinzufügen.“

Sowohl die ungarische als auch die englische Sprache, ja alle offiziellen Sprachen der EU, bieten die Möglichkeit, einen Text zu verfassen, der die Realität widerspiegelt und darauf abzielt, alle Formen der Diskriminierung zwischen Männern und Frauen zu beseitigen“, betonte Judit Varga und fügte hinzu, dass Ungarn mehrere Textentwürfe für das zu verabschiedende Dokument hat und dass es sicher ist, dass ein Kompromiss mit den anderen EU-Ländern erreicht wird. „Ich betrachte die linksliberalen Nachrichtenberichte als böswillig. Wie ich schon sagte, sollte man Ländern nicht eine ideologische Position aufzwingen, mit der sie nicht einverstanden sind. Für mich steht außer Frage, dass diese Angelegenheit keinen Einfluss auf den Erfolg der Konferenz in Porto haben sollte“, so die Justizministerin.



Viktor Orbán und Judit Varga im Gespräch vor der Konferenz in Porto - Foto: MK/IM

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autorin: Judi Tamara)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Europäischer Rat ernennt „linken politischen Aktivist“ zur Beurteilung der „Rechtsstaatlichkeit“ in Ungarn

08. 05. 2021



Tamás Deutsch, MEP · Bildquelle: rmx.news

An dem bevorstehenden Bericht der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn ist ein politischer Aktivist beteiligt, der die ungarische Regierung als „ein Regime“ bezeichnet, das sich nicht mehr an die Standards der „demokratischen Rechtsstaatlichkeit“ hält

Fidesz-Europaabgeordnete haben einen Brief geschrieben, in dem sie gegen die Entscheidung der Europäischen Kommission protestieren, ein Mitglied der politischen Opposition Ungarns und einen bekannten „linken politischen Aktivist“ als Verbindungsperson für die Delegation einzusetzen, die einen Rechtsstaatlichkeitsbericht über Ungarn vorbereitet.

Der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion, der Europaabgeordnete Tamás Deutsch, stellte darin fest, die Ernennung des Anti-Fidesz-Politikers Gábor Magyar zeige, dass die Europäische Kommission in böser Absicht handele.

„Sehen wir uns doch einmal an, wen die Kommission mit der Arbeit über Ungarn betraut hat: Gábor Magyar, ein Mitarbeiter einer Generaldirektion der Europäischen Kommission, wurde zum Ansprechpartner der Delegation ernannt, die den diesjährigen Rechtsstaatlichkeitsbericht für Ungarn vorbereitet“, so Deutsch weiter.

Deutsch bezeichnete es Magyar als einen „echten linken politischen Aktivist“, auf den man sich nicht verlassen könne, wenn es um eine objektive Einschätzung der Situation in Ungarn gehe.

„Das Problem mit Gábor Magyar ist nicht, dass er der Sohn von György Magyar ist, einem bekannten linken Anwalt und Politiker! Die Ernennung ist ein Skandal, weil Gábor Magyar kein unabhängiger EU-Beamter ist, sondern in Wirklichkeit ein widerspenstiger linker politischer Aktivist“, so Deutsch.

Deutsch verwies dann auf frühere Äußerungen Magyars, in denen er die ungarische Regierung als „Regime“ bezeichnete, das sich nicht mehr an die Standards des „demokratischen Rechtsstaates“ halte, und in denen er behauptete, dass „auch das Niveau des Grundrechtsschutzes gesunken“ sei, weil die Regierung „versucht, die Verfassungsmäßigkeit abzubauen“.

„Dies ist die politische Position von Gábor Magyar. Gábor Magyar ist ein echter linker politischer Aktivist, der parteiische Aussagen gemacht hat, die die Verleumdungen von Ferenc Gyurcsány und Frau Gyurcsány oft übertroffen haben“, fügte Deutsch hinzu.

In dem Brief, der an die EU-Kommissare Věra Jourová und Didier Reynders adressiert ist, heißt es, dass sie ihre Versprechen, den Rechtsstaatlichkeitsbericht für Ungarn objektiv und fair zu gestalten, nicht eingehalten hätten.

„Im Jahr 2020 hat die Europäische Kommission einen sogenannten Rechtsstaatlichkeitsbericht erstellt. Sie versprachen, jedes Land objektiv zu bewerten, auch Ungarn, aber stattdessen wurde ein politisches Pamphlet geboren, das alle Verleumdungen der europäischen und ungarischen Linken gegen Ungarn wiederholte. Es gab in der Tat einen bedeutenden Skandal über die Anwendung von politischer Voreingenommenheit und doppelten Standards“, betonte Deutsch.

Nach umstrittenen Verhandlungen im vergangenen Winter, bei denen Budapest und Warschau zunächst ihre Vetomächte nutzten, um das auf sieben Jahre angelegte, 1,8 Billionen Euro schwere Haushalts- und Konjunkturpaket der EU zu blockieren, das die Gelder an einen neuen so genannten „Rechtsstaatlichkeits“-Mechanismus koppelte, kamen die Unterhändler des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments schließlich zu einer wackeligen Einigung, um die Finanzierung zu ermöglichen.

Politiker auf beiden Seiten des Themas beanspruchten im Wesentlichen den Sieg für sich, wobei sowohl Ungarn als auch Polen behaupteten, dass die Einigung es der EU nicht erlauben würde, das Land für ideologisch begründete Streitigkeiten rund um das Thema Rechtsstaatlichkeit zu bestrafen.

Nachdem der Kompromiss geschlossen und der Haushalt verabschiedet worden war, [schrieb die ungarische Justizministerin Judit Varga in den sozialen Medien](#): „Sieg! Es ist uns gelungen, ideologische Erwartungen von finanzieller Hilfe während einer Pandemie zu trennen & politische Erpressung zu verhindern. Das Abkommen respektiert die EU-Verträge und unsere nationale Identität. Ein weiterer Triumph für die ungarische und polnische Partnerschaft.“

Auf der anderen Seite bezeichneten Politiker des liberalen Establishments das Abkommen als eine Niederlage für die ungarische und polnische Regierung und merkten an, dass der ursprüngliche Mechanismus nicht umgeschrieben wurde und die Formulierung über den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus bestehen blieb.

Nun kritisiert Deutsch in seinem Brief die EU-Kommissare dafür, dass sie ihr Versprechen, in ihrem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht fair, gerecht und unvoreingenommen zu sein, gebrochen haben.

„Nach diesem Fall im vergangenen Jahr hat die Europäische Kommission versprochen, dass die Rechtsstaatlichkeitsberichte in diesem Jahr unabhängig und unparteiisch, ohne Voreingenommenheit und Vorurteile, objektiv und fair erstellt werden“, sagte der Leiter der Fidesz-Delegation im Europäischen Parlament.

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Viktor Orbán: „Heutzutage gibt es keine liberale Demokratie“

07. 05. 2021



Viktor Orbán · Foto: Facebook

In einem Interview, das am Mittwoch, den 5. Mai, vom konservativen slowakischen Portal [Denník Postoj](#) veröffentlicht wurde, kam der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán auf einige der Ereignisse zurück, die die Beziehungen zwischen Ungarn und der Europäischen Union – sowie zwischen dem Fidesz und der EVP – in den letzten Jahren geprägt haben.

„Die Deutschen wollen Millionen von Muslimen aufnehmen, das ist ihre Entscheidung...“

Zur Migrationskrise 2015, in der Bundeskanzlerin Angela Merkel praktisch Tür und Tor nach Deutschland öffnete, während Ungarn stattdessen einen Zaun an seiner Grenze zu Serbien errichtete, erklärt Viktor Orbán also:

„Wenn die Deutschen Millionen von Muslimen aufnehmen und eine multikulturelle Gesellschaft aufbauen wollen, dann ist das ihre Entscheidung, ihr Schicksal [...] Die Deutschen denken, wenn die ursprüngliche deutsche Gesellschaft, die bereits dabei ist, die christlichen Werte aufzugeben, mit Millionen von muslimischen Migranten zusammenlebt, werden sie sich vermischen und eine neue Gesellschaft bilden [...] In der politischen Terminologie nennt man das eine offene Gesellschaft, und die Deutschen glauben das. Ich glaube nicht daran, weil ich denke, dass es Parallelgesellschaften schaffen wird, die nebeneinander leben werden, und das große Probleme verursachen kann. Ich möchte eine solche Entwicklung für mein Land nicht.“

„Was wollen die Deutschen? Ein deutsches Europa oder ein europäisches Deutschland?“

Anschließend geht der ungarische Ministerpräsident auf die Entwicklung der Beziehungen zum bayerischen Christdemokraten Manfred Weber, Leiter der deutschen Delegation in der EVP, ein: *„Herr Weber hat Ungarn beleidigt, indem er öffentlich erklärte, er wolle nicht mit den Stimmen der Ungarn Präsident der Europäischen Kommission werden. [...] Was wollen die Deutschen? Ein deutsches Europa oder ein europäisches Deutschland? [...]"*

Wenn die Deutschen ein deutsches Europa wollen, bedeutet das, dass sie auch den anderen Nationen vorschreiben wollen, was sie zu tun und wie sie zu leben haben. Dafür setzt sich Manfred Weber ein. Er will bestimmen, was richtig ist in Bezug auf Migration, auf die Familie, auf die Steuerpolitik. Er will uns sagen, wie wir Ungarn leben sollen.

Im Vergleich von Helmut Kohl, der *„ein europäisches Deutschland wollte, [...] nicht für die Hegemonie, sondern für den Pluralismus kämpfte [und] immer anerkannte, dass auch die kleinsten Nationen das Recht haben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden“*, mit Angela Merkel, *„die gezwungen ist, große Koalitionen anzuführen“*, verrät Viktor Orbán, dass Helmut Kohl ihm 1998 – als Viktor Orbán gerade zum ersten Mal an die Macht gekommen war – gesagt hatte:

„Sie wurden von den ungarischen Wählern gewählt, Ihre Verantwortung liegt in erster Linie bei den Ungarn, und lassen Sie sich dabei von niemandem einschränken“.

„Wir müssen eine neue politische Gemeinschaft schaffen, die Einfluss auf Brüssel nehmen kann“.

Zu seinen Zukunftsplänen nach der Austritt des Fidesz aus der EVP sagte der ungarische Regierungschef: *„Wir müssen jetzt eine neue politische Gemeinschaft schaffen, die Brüssel beeinflussen kann, an der die Polen, Ungarn, Italiener, Spanier und viele andere arbeiten.“* Um dies zu erreichen, schließt er auch eine Zusammenarbeit mit dem Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen nicht mehr aus: *„Diese Option liegt in der Luft“*, antwortet er auf eine direkte Frage des slowakischen Journalisten, der ihn interviewt.

„Heutzutage gibt es keine liberale Demokratie“

Viktor Orbán erklärt auch seine Ablehnung gegenüber den Verfechtern der „liberalen“ Ideologie der politischen Korrektheit: *„Heutzutage gibt es keine liberale Demokratie, sondern eine liberale Nicht-Demokratie. Es gibt einen Liberalismus, aber keine Demokratie.*

Die Liberalen wollen die Meinungshegemonie. Dafür ist die Political Correctness da, mit der sie Konservative und Christdemokraten stigmatisieren und zu disqualifizieren versuchen.

Ich kämpfe gegen die Liberalen für die Freiheit. Ich bin auf der Seite der Freiheit und sie sind auf der Seite der Meinungshegemonie. [...] Ich respektiere den Westen und nehme an der Integration teil, aber ich muss sagen, dass die Länder westlich von uns in den letzten Jahrzehnten viel von ihrer Attraktivität verloren haben.

Ich möchte nicht, dass die ungarischen Kinder in zwanzig Jahren in einem Land leben, wie es viele westliche Länder in dieser Zeit sein werden.

Vor dreißig Jahren wussten wir nicht, wie sich die muslimische Welt in Europa entwickeln würde [...] Wir wollen die moderne Welt nicht verlassen, wir sind keine Antimodernisten und

wir verstehen, dass sich die Welt verändern muss. Die Frage ist, was wir aus der Vergangenheit in die Zukunft übertragen wollen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir Kontinuität. Wir wollen die Freiheit bewahren, die auf der Ebene der Nationen als nationale Souveränität und auf der Ebene der Individuen als individuelle Freiheit bezeichnet wird. Dazu stehen wir auch unter den Bedingungen der modernen Welt.

Budapest will die Ungarn aus der Slowakei nicht bevormunden

Auf das heikle Thema der ungarischen Minderheit in der Slowakei angesprochen, ist Viktor Orbán sehr deutlich: „*Es liegt im Interesse Budapests, dass die in der Slowakei lebenden Ungarn ihre eigenen Interessen in Pressburg vertreten können, und nicht, dass wir in Budapest verpflichtet sind, ihre Interessen in Pressburg zu vertreten. Wenn also die ungarische Gemeinschaft in der Slowakei Erfolg hat und sich selbst vertreten kann, so ist das besser für die Slowaken und für uns [...].*

Es liegt im Interesse des Fidesz, der eine nationale Partei ist, dass viele ungarische Kinder auch in der Slowakei geboren werden, dass ihre Mütter mit ihnen ungarisch sprechen, dass sie ungarische Schulen besuchen, dass niemand ihnen weh tut, wenn sie ungarisch sprechen und dass sie die Freiheit haben, politisch aktiv zu werden. Die Form, in der sie dies tun, ist sekundär. Deshalb unterstützen wir die kulturelle Identität, nicht die politischen Interessen.“

Polen ist das Flaggschiff der Visegrád-Gruppe

Zum Thema Visegrád-Gruppe betonte der ungarische Ministerpräsident die Bedeutung Polens: „*Das Flaggschiff [der Visegrád-Gruppe] ist Polen. Ohne Polen haben die anderen Länder in der Region nicht genug Gewicht. Sollte Polen aus der V4 austreten, würde Mitteleuropa seinen Kiel verlieren. Auch die Slowakei hat eine Schlüsselrolle zu spielen [...] Das Wesen der V4 ist die Fähigkeit, sowohl den Norden als auch den Süden zu beeinflussen.*

Im Norden haben Sie Polen, im Süden haben wir Ungarn. Der Norden muss sich mit dem Süden vereinen, ohne euch [Slowaken] wären wir in zwei Teile zerrissen.“ Er erklärt auch die Frage der Beziehungen der V4 zu Russland: „*Es ist offensichtlich, dass Polen Sicherheitsgarantien braucht, es ist ein riesiges, flaches Gebiet. Die Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik sind durch die Karpaten geschützt, natürlich brauchen wir auch Garantien, aber wir sind nicht von Russland bedroht, wie die Polen es denken. Deshalb ist es notwendig, die polnische Forderung nach einer Sicherheitsgarantie mit den Anforderungen der Zusammenarbeit“* mit Russland zu verbinden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Die Zukunft unseres Landes hängt von unseren Mädchen, Frauen und Männern ab

17. 05. 2021



***„Ich empfinde es als meine Pflicht, so viel wie möglich unsere traditionelle Lebendweise am Leben zu erhalten“
(Rebeka Bársony)***

Mutterschaft ist die Erfüllung des Frauseins. Das ist der Moment, in dem eine Frau glücklich wird; gleichzeitig haben Mütter eine große Verantwortung bei der Bestimmung der Werte, die zukünftige Generationen übernehmen können. Einmal sagte ein ranghoher Militär zu mir: „Die Zukunft unseres Landes hängt nicht von uns ab, sondern von euch: von Töchtern, Frauen und Ehefrauen.“ Es wäre gut, wenn man schon in jungen Jahren darauf aufmerksam gemacht würde. Ich frage mich, wie viele Eltern das tun?

Es gibt zwei Arten von Frauen, die ich für vorbildlich halte. Die erste ist eigentümlich ungarisch. Das ist der Charakter der ungarischen Grande Dame, die sich immer für die Sache des Ungarischen eingesetzt hat. Das Schicksal dieser Frauen war mit dem Dienst am Vaterland und am Christentum verwoben; ihr Mut, ihr Heldentum und ihre Haltung wetteiferten mit denen der größten Generäle. Man denke nur an Ilona Zrínyi, die drei Jahre lang die Burg von Munkács verteidigte.

Die zweite ist universell und war am typischsten für alte, nomadische Völker. Diese Frau lebte im Einklang mit der Natur, sie kannte Mutter Erde, Tiere, Pflanzen und Wasser. Und sie kannte sie nicht nur, sie verstand sie. Ihre Intuition, ihre subtile Spiritualität, verband sie mit den höheren Dimensionen, die sie auf ihrer Reise inspirierten und leiteten. Solche Frauen waren wissende, heilende Frauen, und im Mittelalter wurden sie wegen ihrer Fähigkeiten oft Opfer von Hexenverfolgungen.

Die sich verändernde Welt und die aktuellen Umstände erfordern die Verwendung der Vergangenheitsform, was aber nicht bedeutet, dass diese Eigenschaften völlig ausgestorben sind. Als ich Rebeka Bársony traf, war ich erfreut, in ihr die starke Präsenz beider Frauentypen zu entdecken. Trotz ihrer zarten Gestalt strahlt sie die Art von weiblicher

Urkraft aus, die „die Berge wegschiebt und das Leben gebiert“. Gleichzeitig fühlt sie sich der ungarischen Nation sehr verbunden, was sie gelegentlich auf ihren sozialen Profilen zum Ausdruck bringt.



Rebeka Bársony reitet und schießt seit ihrem vierten Lebensjahr mit dem Bogen - Foto: Zsófia Wesniczky

Sie ist im Komitat Zala (Westungarn) aufgewachsen und hat, wie man sagt, Patriotismus, Ungarntum und naturverbundene Lebensweise mit der Muttermilch aufgesogen. Seit ihrem vierten Lebensjahr reitet sie auf Pferden und übt sich im Bogenschießen, ihre Mutter hat sie schon früh in die Kräuterkunde eingeführt, und sie nutzt die Nahrung des Waldes und der Felder. „Die ungarischen Wälder, Wiesen, Hügel und Weiden sind das Fundament meiner Werte“, sagt die junge Frau, die schon als Kind mit ihren Eltern Vorlesungen über die ungarische Ur- und Frühgeschichte besuchte und später eine Leidenschaft für dieses Thema entwickelte. Sie sagt, dass das ungarische Altertum in ihrer Seele pulsiert, was sich in jeder ihrer Äußerungen widerspiegelt, ebenso wie in ihrem Leben mit ihrem Ehemann, dem mit Artisjus und Fonogram ausgezeichneten Saxophonisten und Komponisten Bálint Bársony.

- Ich glaube, dass die Akzeptanz unserer selbst damit beginnen muss, dass wir unsere Vorfahren akzeptieren und respektieren, und erst dann werden wir in der Lage sein, alle anderen zu akzeptieren und zu respektieren“, sagt Rebeka, die zugibt, dass sie es als ihre Pflicht ansieht, unsere Vorfahren in sich zum Leben zu erwecken. Sie sagt, es sei traurig, dass die sozialen Medien voll von Beiträgen von Personen ungarischer Nationalität sind, die über die Traditionen anderer Nationen sprechen, aber wenn jemand sein Ungarischsein betont, wird er abgelehnt. Er glaubt, dass unsere Feinde darauf abzielen, den Geist des Volkes zu brechen, weil wir das Volk von MAG sind, die Bewahrer des Wissens. Rebeka Bársony spricht sich, wie viele andere Menschen mit ungarischer Seele, dagegen aus.



Rebeka Bársony und ihr Mann, der Saxophonist und Komponist Bálint Bársony · Foto von Bársony Bence

- Ich versuche nicht zu erziehen, ich versuche nur, die Waage auszugleichen. Ich empfinde es als meine Pflicht, unserer Abstammung so weit wie möglich gerecht zu werden“, sagt er.

Die Frau, die sich um die ungarische Nation sorgt, verkörpert eine der weiblichen Rollen, die ihr innewohnen. Ich habe mich mit der ganzen Liebe meines Herzens darauf vorbereitet, getrieben von einer unerklärlichen Kraft und Sehnsucht, bis ich mein erstes Kind in den Armen hielt und dann mein zweites“, sagt die Mutter, die ihre beiden Töchter zu Hause mit Hilfe einer Hebamme und einer Doula zur Welt brachte, so wie es die Frauen von früher taten. Die Neugeborenen kamen in der liebevollen Umgebung an, in der sie seither leben, willkommen geheißen von der Wärme der Haut ihrer Geburtsmutter. Anders als im Krankenhaus werden bei der Hausgeburt die Nabelschnüre nicht sofort durchtrennt, sondern die Babys dürfen sich allmählich an die Lungenatmung und die äußeren Bedingungen gewöhnen, statt von Fremden weggebracht zu werden, um wenige Minuten später gewogen und gewickelt zu werden. Unter diesen Bedingungen weinen die Babys nicht, und die älteste Tochter der Bársony, Bodza Büvellő, lächelte sogar.



Für Rebeka Bársony ist die Mutterschaft das Wichtigste · Foto: Zsófia Wesniczky

Zweieinhalb Jahre sind seit ihrer Geburt vergangen und sie ist schon ein richtiges Naturkind. Sie ist den ganzen Tag draußen, bei Sonnenschein, Frost, Schnee und Regen; sie erforscht, entdeckt und nimmt die Energie der Erde auf“, sagt Rebeka, die versucht, das Wissen weiterzugeben, das sie als Kind von ihren Eltern erhalten hat. Und während sie über den Respekt der Vorfahren, das Baumsystem, die Liebe zu den Tieren und den Gott spricht, der die Erde so erschaffen hat, dass er ihr die Heilung von Krankheiten schenkte, stellt sie oft fest, dass ihre kleinen Mädchen – sogar die neun Monate alte Bejke Bíbor – ihr genauso viel beibringen wie sie selbst: Respekt, Demut, Liebe. Und wenn sie schließlich müde ist, legt sie sich mit dem Wissen vieler Jahrtausende auf den Boden, und wie sie sagt: „Ich flüstere Mutter Erde meine Schwierigkeiten zu, ich bitte sie, mich ein wenig zu halten, weil ich mich nicht mehr halten kann, und ich wache immer mit neuer Kraft und neuer Ladung auf.“

Wenn ich einen Wunsch für meine Nation, für mein Heimatland, für das Karpatenbecken äußern könnte, würde ich mir wünschen, dass immer mehr ungarische Kinder die Möglichkeit bekommen, in den Bedingungen und dem Geist aufzuwachsen, die die Familie Bársony geschaffen und vertreten hat.





Rebeka und Bálint Bársony

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autorin: Diána Zana)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Interview mit Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša

10. 05. 2021



Janez Janša · Foto: Büro des Ministerpräsidenten

„Der Unterschied zwischen Kommunismus und Demokratie und Gleichheit ist der Unterschied zwischen dem Gulag und einer freien, wohlhabenden Gesellschaft.“

Interview mit Janez Janša, Vorsitzender der Slowenischen Demokratischen Partei (Slovenska Demokraska Stranka – SDS) und Ministerpräsident seines Landes seit dem 13. März 2020.

Vor kurzem wurden Sie im Europäischen Parlament zensiert, und zwar ausgerechnet in einer Debatte, in der Ihrer Regierung vorgeworfen wurde, die Medien zu zensieren und anzugreifen. Was ist an diesen Vorwürfen dran? Wer steckt hinter dieser Kampagne?

Es ist wahr, es ist unfassbar, dass die europäische Öffentlichkeit Zeuge einer Zensur wurde, die im Namen der größten demokratischen Institution Europas von der Europaabgeordneten Sophie in 't Veld durchgeführt wurde, ironischerweise durch eine Gruppe, die eigentlich die Meinungsfreiheit verteidigen sollte. Die slowenische Regierung nimmt die Meinungs- und Medienfreiheit sehr ernst und ist mit Zensur nicht einverstanden, zumal die Erinnerung an die Zeiten, in denen Journalisten ihre Texte vor der Veröffentlichung zur Genehmigung an die kommunistische Parteizentrale schicken mussten, in der slowenischen Nation noch sehr lebendig ist. Auch ich wurde vom früheren Regime vor ein Militärgericht gestellt und inhaftiert, eben weil ich mein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen habe, was auch einer der Hauptgründe ist, warum ich mit solchen Handlungen nicht einverstanden bin. Was die Presse- und Meinungsfreiheit betrifft, so rangiert Slowenien in Zeiten von Mitte-Rechts-Regierungen auf der Skala der Medienfreiheit ganz oben, und dasselbe gilt für den Demokratieindex. Die Aussage, dass Journalisten unter dieser Regierung unterdrückt und zensiert werden, ist einfach nicht wahr, was jedem klar sein dürfte, der eine Woche lang mit einem Übersetzer die slowenischen Medien verfolgt. Wie viele andere Skandale werden auch diese Anschuldigungen über die Unterdrückung der Medienfreiheit von der Übergangslinke* ins Ausland exportiert, nur damit sie wieder in unser Land importiert werden können und so mehr Instabilität und Unruhe in die Gesellschaft bringen.

*) Der Begriff „Übergangslinke“ wird für slowenische linke politische Parteien mit totalitärem kommunistischem Hintergrund verwendet, die nach der slowenischen Unabhängigkeit die Maske der liberalen Demokratie aufgesetzt haben, aber prokommunistisch geblieben sind.



Janez Janša im Europäischen Parlament

Haben Sie in dieser Angelegenheit Unterstützung von Ihrer Fraktion, der Europäischen Volkspartei, erhalten?

Die Antwort der Europäischen Volkspartei war eher vage. Wenn es um Zensur und Meinungsfreiheit geht, würde ich mehr von der EVP und auch mehr Engagement von anderen Parteien im Europäischen Parlament erwarten. Um ehrlich zu sein, würde ich erwarten, dass sich alle Fraktionen im Europäischen Parlament klar gegen Zensur aussprechen.

Ihr Stabschef Peter Suhel hat in einem offenen Brief geschrieben, dass die Zensur im Europäischen Parlament an die Zensur im ehemaligen kommunistischen Jugoslawien erinnere. Viktor Orbán hat die EU ebenfalls mit der UdSSR verglichen. Teilen Sie diese Ansichten? Wenn ja, was ist Ihrer Meinung nach der Grund für dieses totalitäre Abdriften in der EU?

Es ist weniger wichtig, wie Sie die Tatsache nennen, dass der Präsident einem Premierminister einer souveränen Nation nicht erlaubt, seine Argumente während der ihm zustehenden Zeit für die Debatte vorzubringen. Der entscheidende Punkt, um den es geht, ist, dass wir solche Handlungen verurteilen. Dieser Vorfall ist besonders problematisch für das Europäische Parlament, das ein Symbol der EU-Demokratie sein sollte. Leider haben wir auch in anderen EU-Gremien ähnliche Verstöße gegen demokratische und EU-Prinzipien erlebt. Zum Beispiel die jüngste Entscheidung des COREPER, das Veto von drei Mitgliedstaaten zu umgehen, die das Element der Solidarität in einer bestimmten Entscheidung zum Coronavirus verstärken wollten. Dies sind besorgniserregende Ereignisse.

Slowenien hat sehr gute Beziehungen zu Ungarn und Sie sind mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán eng befreundet. Was halten Sie von der laufenden Dämonisierungskampagne gegen Ungarn und Polen? Glauben Sie, dass diese Kampagne zu einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union führen könnte?

Slowenien hat ausgezeichnete Beziehungen zu den anderen 26 EU-Mitgliedsstaaten. Vor ein paar Monaten hat mir der kroatische Ministerpräsident sein Stimmrecht übertragen und mich gebeten, in seinem Namen beim Europäischen Rat zu sprechen, da er wegen der Coronavirus-Infektion abwesend war. Das passiert nur zwischen starken Verbündeten. Die Gründerväter haben die Beziehungen in einem Geist des gegenseitigen Respekts aufgebaut, der auf der Anerkennung der gleichen Würde jeder Nation und jedes Staates beruht. Auf der Grundlage dieser Werte und Prinzipien ist Europa in seiner Vielfalt geeint worden. Wenn wir dieser Weisheit der Gründerväter nicht treu bleiben, kann das Erbe, das sie uns weitergegeben haben, und die Vorteile, die wir daraus ziehen, ernsthaft gefährdet werden. Wir täten gut daran, den Brexit als ausreichende Warnung zu beherzigen.

Was halten Sie vom Austritt Orbáns und des Fidesz aus der Europäischen Volkspartei? Wie sehen Sie die Zukunft der konservativen Rechten in Europa?

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass Politik, anders als Werte, dynamisch ist und auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren muss. Traditionelle politische Konfigurationen, wie Sozialisten gegen Konservative, weichen langsam neuen Paradigmen, neuen Spaltungen. Wir können sehen, was in Deutschland passiert. Auch die Identitäten der Parteien ändern sich. Alles in allem können wir uns nicht mehr auf die alten Etiketten und Modelle verlassen. Wer diese Veränderungen nicht erkennen kann, ist zum Scheitern verurteilt. Das Problem der großen Parteien ist, dass sie nicht ausreichend reagieren und in alte Routinen verfallen. In den letzten Jahren wurde die EVP, die mehr als zwei Jahrzehnte lang die dominierende

europäische Partei war, wegen des angeblichen Populismus einiger Ministerpräsidenten in unserer politischen Familie heftig kritisiert. Doch während einige laut redeten, arbeiteten diejenigen, die kritisiert wurden, hart und erzielten Ergebnisse. Vergessen wir nicht die grundlegende Tatsache, dass die Menschen diejenigen wählen, von denen sie glauben, dass sie gute Arbeit im öffentlichen Dienst leisten werden. Unsere Schwesterparteien in West- und Nordeuropa sind einfach nicht in der Lage, ihre Wähler davon zu überzeugen, und deshalb hat die EVP Probleme. Manchmal scheint es, dass die EVP genau so spielt, wie die Sozialisten und Liberalen es wollen, und deshalb wird sie immer schwächer. Nicht nur Orbán, sondern auch andere beginnen dies zu erkennen. Der Raum der rechten Mitte, auch der der Konservativen, muss modernisiert werden. Ich möchte, dass die EVP Teil dieses Prozesses ist, sonst wird sie zu einem toten Ast am Baum. Die Statistiken und die Trends sind sehr krass.

In einem Interview mit dem VOX-Europaabgeordneten Hermann Tertsch erwähnte er Ihren Mut an der Spitze der Zeitschrift *Mladina* und im Prozess gegen die Vier im kommunistischen Jugoslawien. Es scheint jedoch, dass viele in Brüssel Ihren Werdegang und den anderer wie Sie nicht kennen. Finden Sie es nicht erstaunlich, dass Politiker, die in freien Ländern geboren wurden, vorgeben, denen, die sich der kommunistischen Tyrannei widersetzen, Lektionen in Demokratie erteilen zu dürfen?

Viele in Brüssel und anderswo haben keine historische Erinnerung an die Zeit des Totalitarismus. Aber das bedeutet nicht, dass es keinen Totalitarismus gab und dass wir nicht vor bestimmten großen Herausforderungen stehen. Ich möchte Sie an die Resolution 1096 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erinnern, die auf diese Herausforderungen hinweist. Ihre wichtigste Empfehlung ist, dass alte Strukturen und Denkmuster abgebaut und überwunden werden müssen. Manchmal ist es schwer, Menschen zuzuhören, die in die Demokratie hineingeboren wurden, ohne dafür zu kämpfen, und die Menschen aus Ländern, die dafür kämpfen mussten, über Demokratie predigen. Viele verstehen uns nicht, und einige sehen nicht einmal die Notwendigkeit, die Geschichte, die kulturellen und politischen Besonderheiten der Länder zu verstehen, die nach 2004 der EU beigetreten sind. Das hindert sie daran, die reale Situation wirklich zu verstehen, was es braucht, um den Totalitarismus zu überwinden und vor welchen Herausforderungen wir stehen. Ich möchte auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Thema „Das europäische Gewissen und der Totalitarismus“ hinweisen, in der „die Bedeutung der Bewahrung der Erinnerung an die Vergangenheit unterstrichen wird, da es ohne Wahrheit und Erinnerung keine Versöhnung geben kann“. Sie betont auch die Überzeugung, dass „eine angemessene Bewahrung des historischen Gedächtnisses, eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte und eine europaweite Anerkennung aller historischen Aspekte des modernen Europas die europäische Integration stärken werden“. Die EU muss verstehen, dass eine Einheitslösung nicht funktioniert und auch nicht funktionieren kann. Wir haben ein gemeinsames Ziel, aber die Wege dorthin müssen unterschiedlich sein, wenn wir wollen, dass jeder es erreicht, da die Ausgangspunkte nicht die gleichen sind.

In Spanien sind die Kommunisten Teil der Regierung, und der Arbeitsminister hat öffentlich und schamlos erklärt, dass Kommunismus Demokratie und Gleichheit bedeutet. Was hat man in Europa falsch gemacht, dass diese Meinungen keinen Skandal auslösen und von vielen Menschen akzeptiert werden?

Ich werde mich nicht zur innenpolitischen Situation in einem EU-Mitgliedstaat äußern. Aber der Unterschied zwischen Kommunismus auf der einen Seite und Demokratie und Gleichheit auf der anderen Seite ist der Unterschied zwischen dem Gulag und einer freien,

wohlhabenden Gesellschaft. Ich gebe nicht vor, es besser zu wissen oder auf einer höheren moralischen Ebene zu stehen, wie es einige in Brüssel tun. Wir werden einen langen Weg gehen, wenn die Wahrheit des Kommunismus in den Schulen richtig gelehrt wird. Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Thema „Europäisches Gewissen und Totalitarismus“ fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um den Unterricht in europäischer Geschichte zu stärken und die historische Errungenschaft der europäischen Integration sowie den krassen Gegensatz zwischen der tragischen Vergangenheit und der friedlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung der heutigen Europäischen Union hervorzuheben.



Janez Janša in Kočevski Rog (dt. Hornwald bei Gottschee), wo Titos Partisanen 1.500 Menschen ermordeten.

Was das Schlimmste der kommunistischen Vergangenheit betrifft, so hat Slowenien große Anstrengungen unternommen, um die Orte freizulegen, an denen Zehntausende von Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg von Titos Partisanen ermordet wurden. Doch die Ehrung der Opfer ist umstritten: Ist die Wunde geheilt? Haben die Slowenen ihre Vergangenheit aufgearbeitet?

In den ersten Jahren nach der Gründung des unabhängigen und autonomen Staates der Republik Slowenien hoffte man, dass die demokratische Kultur und die Versöhnung schnell Wirklichkeit werden würden. Die Modernisierung gelang jedoch nicht, vor allem in den Schulen und im Mediumfeld. Der Widerstand und der Einfluss der alten kommunistischen Paten erwies sich als viel stärker, als wir dachten. Aufgrund ihrer totalitären Vergangenheit ist die slowenische Nation immer noch in Bürger erster und zweiter Klasse geteilt. Obwohl einige wichtige Schritte auf dem Weg zur Versöhnung gemacht wurden, sind wir Slowenen noch weit davon entfernt, mit unserer Vergangenheit versöhnt zu sein. Die Nachkriegs-Vernichtungslager, die fast täglich in ganz Slowenien entdeckt werden, offenbaren die Grausamkeit der „siegreichen“ Partisanen des Zweiten Weltkriegs und ihre kompromisslose Vorgehensweise bei der Eroberung und Festigung der Macht. Unter Titos verbrecherischem

Regime war es nicht erlaubt, über systemische und systematische Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten zu sprechen. Udba, die allmächtige geheime politische Polizei, hatte überall ihre Augen und Ohren. Vor allem ältere Menschen haben auch heute noch Angst. Der Abbau der Überreste des totalitären kommunistischen Systems geht zu langsam voran, und die slowenische Besonderheit in diesem Prozess besteht darin, dass die Opfer mehr an Versöhnung interessiert sind als die Henker. Die Versöhnung mit der Vergangenheit wird daher auch in Zukunft eine Aufgabe für die slowenische Gesellschaft bleiben.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf